Donnerstag, 1. September 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 203 - 35. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Unruhen in Polen: Mit Tränengas gehen polnische Miliz-Soldaten gegen Arbeiter im Krakauer Vorort Nowa Huta vor, die am dritten Jahrestag der Danziger Abkommen zwischen Regime und Gewerkschaft Solidarnosc demonstrieren. Papst Johannes Paul II. fordert Erfüllung der Abkommen. (S. 1)

Westbindung Japans: Außenminister Abe sichert Unterstützung für die US-Position in den Genfer Verhandlungen zu.

Begin-Nachfolge: Oppositionelle Arbeiterpartei erhofft sich Unterstützung von Knesset-Abgeordneten der Regierungskoalition, um selbst ein neues Kabinett zu bilden.

Gefechte in Libanon: In ganz Beirut wird wieder gekämpft. Libanesische Armee versucht Gegenangriff auf moslemische und Drusen-Milizen. (S. 8)

Flucht im Schlauchboot: Mit einem Schlauchboot flüchten zwei junge Männer aus der „DDR" über die Ostsee in die Freiheit. Schwedisches Fährschiff nimmt beide an Bord.

Kapitulation: Vier arabische Entführer eines französischen Flugzeugs geben in Teheran auf und bitten um politisches Asyl. Die Air-France-Maschine war am Samstag entführt worden.

Zwischenlösung: US-Unterhändler Nitze wird bei den neuen Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Genf ab 6. September „neue Vorschläge" an die Sowjets unterbreiten. Die vom Kreml geforderte Einbeziehung britischer und französischer Systeme wird nach wie vor abgelehnt. (S. 1)

Schneider zu Grünen: Das Verhalten einzelner Grüner erinnere an Neofaschisten, erklärt der Bauminister. Die Grünen seien „keine demokratische Partei".

Mahnung an Schmidt: FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer fordert den Altkanzler auf, sich jetzt ebenso zum NATO-Doppelbeschluß zu bekennen, wie in seiner Amtszeit. S. 4

Genscher optimistisch: Der FDP-Chef sieht Konsolidierung seiner Partei, die laut Infas jetzt 7,5 Prozent Wählerstimmen bekäme.

Breit bei Kohl: Nach einer Aussprache mit dem Bundeskanzler stellt der DGB-Vorsitzende „Bewegung" der Regierung in Sachen Arbeitszeitverkürzung fest. 35-Stunden-Woche „Nahziel" für Gewerkschaften.

Heute: Traditioneller Anti-Kriegstag des DGB. – Anhänger der „Friedensbewegung" wollen US-Kaserne in Mutlangen blockieren.

ZITAT DES TAGES



„Weder Regierung noch Präsident regieren in Frankreich, sondern die KP und die CGT ... Die Kommunisten leisten – aus ihrer Sicht – hervorragende Arbeit. Sie unterwandern die Struktur der französischen Gesellschaft."

Paul Marchelli, Generaldelegierter der französischen Angestelltengewerkschaft (CGC), in „Le Figaro" über die Kommunistische Partei und die von ihr beeinflußte Gewerkschaft CGT. FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Technologieh: Postminister Schwarz-Schilling warnt bei Abschluß der Testphase für Bildschirmtext in Berlin vor Fortschrittsfeindlichkeit; sie habe dazu geführt, daß die Bundesrepublik Deutschland im Kommunikationsbereich ihre Pionierfunktion verloren habe.

Werften: Auch Auftragshilfen der Bundesregierung können den bedrängten deutschen Werften keine Kapazitätsauslastung bringen, erklärt Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff.

Steuerwünsche: Mehrheit der US-Bevölkerung würde bei einer Steueranhebung höhere Verbrauchssteuern vorziehen.

Bund erhöht Rendite: Ab heute 8,15 Prozent für fünfjährige Bundesobligation, Ausgabekurs 99,4 Prozent.

Opec-Konkurrenz: Die in den Ölexport-Ländern entstehenden Industrien können zur Konkurrenz der Industriestaaten werden (RWI-Studie).

Lufthansa aufwärts: Positive Halbjahresbilanz zeigt Plus von 17 Prozent bei Frachten und 2,3 Prozent im Passagierverkehr.

Sowjetflotte: Handelsschifftonnage der UdSSR wächst seit Ende 1975 um 23,5 Prozent auf 16,3 Millionen BRT; Welthandelsflotte plus 20 Prozent.

Börse: An den Aktienmärkten kam es nach schwächerer Eröffnung im Verlauf auf einigen Marktgebieten zu höheren Kursen. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 135,6 (135,6). Dollarmittelkurs 2,7068 (2,6871) Mark. Goldpreis pro Feinunze 414,25 (418,10) Dollar.

KULTUR

Festwochen: Berliner Festwochen vom Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker eröffnet. Schwerpunktthema: Kunstentwicklung in Rußland vor der Oktoberrevolution.

Borges: Spanischer Verdienstorden für den argentinischen Schriftsteller.

Biennale: Eröffnung in Venedig mit Geissendörfer-Film.

SPORT

Tennis: John McEnroe mußte in Flushing Meadow 1850 Dollar Strafe zahlen. Er hatte einen Ball auf die Tribüne gespielt, weil dort ein Zuschauer seine Fehler beklatschte.

Fußball: Das Arbeitsgericht Frankfurt verurteilte den Spieler eines Kreisliga-Vereins zur Rückerstattung von 5000 Mark. Es ist die Hälfte des Handgeldes, das dem Amateur nicht zusteht.

AUS ALLER WELT

Herstatt-Urteil: Kölner Landgericht verurteilt ehemalige Mitarbeiter der 1974 zusammengebrochenen Herstatt-Bank zu jeweils zwei Jahren und fünf Monaten sowie 45 000 Mark Geldstrafe wegen Beihilfe zum Bankrott und Untreue. (S. 18)

Satellit ausgesetzt: Besatzung der US-Raumfähre Challenger setzt tonnenschweren indischen Satelliten aus.

Wetter: Im Norden zunächst sonnig, von Süden wolkiger und Schauer; bis 26 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Miliz geht gegen Arbeiter vor. Zahlreiche Festnahmen in Polen

Papst fordert: Danziger Abkommen anwenden, Dialog wiederaufnehmen

DW. Warschau

Schwere Zusammenstöße zwischen demonstrierenden Arbeitern und Angehörigen der Sondermiliz Zomo in Nowa Huta, der Arbeitervorstadt Krakaus, kennzeichneten gestern den dritten Jahrestag der Danziger Abkommen vom 31. August 1980. Papst Johannes Paul II. stellte sich am selben Tag ausdrücklich hinter diese Vereinbarungen, mit denen die Warschauer Führung die Tätigkeit der inzwischen verbotenen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" anerkannt hatte.

Die Situation in Nowa Huta wurde gestern nachmittag mit einer regelrechten Straßenschlacht verglichen. Augenzeugen berichteten, es hätten sich rund 10 000 Demonstranten und Angehörige der berüchtigten Zomo-Miliz gegenübergestanden. Die Miliz-Soldaten gingen massiv mit Tränengas gegen die Arbeiter vor, konnten die Menge, die lautstark den Namen der „Solidarität" skandierte, jedoch nicht zerstreuen. Die Zahl der demonstrierenden Arbeiter nahm zum Schichtende in den Lenin-Stahlwerken ständig zu. Im Stadtzentrum wurden Spruchbänder mit dem „Solidarnosc"-Aufdruck entfaltet. Die Miliz nahm zahlreiche Menschen fest.

Mit einer Demonstration der Stärke in Danzig hatten die Behörden versucht, Demonstrationen zu verhindern. Die Leninwerft war praktisch abgeriegelt worden. Etwa 5000 Menschen folgten aber am Nachmittag Arbeiterführer Lech Walesa, als er das Werksgelände durch das Haupttor gegenüber dem Denkmal für die Opfer der Unruhen von 1970 verließ, um einen Kranz niederzulegen. Kolonnen von Polizeifahrzeugen, gepanzerter Mannschaftswagen, Wasserwerfer und Polizeistreifen waren in den Straßen der Hafenstadt aufgefahren. Am Mahnmal vor der Werft hatten bereits am Vormittag offizielle Abordnungen der Betriebe, der Stadtverwaltung und der regimenahen Patriotischen Bewegung für nationale Wiedergeburt (Pron), an einer Gedenkfeier teilgenommen.

SEITE 6:
Erkenntnisse einer Polen-Reise

Papst Johannes Paul II. unterstützte mit seinem Appell, die Abkommen von Danzig aus dem Jahre 1980 anzuwenden und den Dialog zwischen der Warschauer Führung und den gesellschaftlichen Kräften wiederaufzunehmen, die Position der polnischen Bischofskonferenz. Die Bischöfe hatten in der vergangenen Woche gerügt, daß das polnische Regime beim Besuch des Oberhaupts der katholischen Kirche die Chance, zu einer nationalen Übereinkunft zu kommen, nicht genutzt habe.

Offensichtlich wollte Johannes Paul II. mit seinen Äußerungen vor Pilgern auf dem Petersplatz in Rom unmißverständlich zum Ausdruck bringen, daß der polnische Episkopat in dieser Frage auch die Autorität des Papstes in Anspruch nehmen könne. Er nannte die vor drei Jahren unterzeichneten Abkommen zwischen der polnischen Regierung und den Arbeitern als ein in der jüngsten Geschichte Polens „besonders wichtiges Ereignis".

Am Dienstagabend hatte der Untergrundsender der „Solidarität" die Danziger Bevölkerung aufgefordert, dem Aufruf zu Demonstrationen für die Verwirklichung der Vereinbarungen zu folgen. In der Sendung sprach der im Untergrund lebende Gewerkschafter Bogdan Lis, der die Abkommen 1980 mit unterzeichnet hatte. Lis: „So wie die Dinge liegen, wird uns nichts gewährt, wenn wir es nicht mit Macht durchsetzen."

Rasante Zunahme der Weltbevölkerung

Jetzt bei 4,7 Milliarden / In fünf Ländern lebt die Hälfte der Menschheit

DW./AP, Washington

Die Weltbevölkerung hat sich innerhalb eines Jahres um 82 Millionen auf 4 721 881 000 Milliarden Menschen vermehrt und damit den bisher größten jährlichen Zuwachs erreicht. Das geht aus einem jetzt veröffentlichten Bericht des US-Amtes für Statistik für den Zeitraum Juni 1982 bis Juni 1983 hervor. Danach leben heute rund eine Milliarde Menschen mehr auf der Erde als 1970.

Nach Zuwachsraten von rund 2,2 Prozent Mitte der sechziger und 1,9 Prozent Mitte der siebziger Jahre stagniert die Zuwachsrate jetzt bei etwa ein Prozent. Da sie aber auf eine jährlich größer werdende Bevölkerungsbasis umgerechnet werden muß, nimmt die absolute Zahl der Menschen weiterhin in großen Sprüngen zu.

Wegen der besseren medizinischen Versorgung fiel gleichzeitig die Sterberate in vielen Ländern, wie die Beauftragte des „Büro für Bevölkerung" in Washington, Jean van der Tak, erklärte. Diese Entwicklung hatte bereits in den sechziger Jahren eingesetzt, so daß es jetzt immer mehr Frauen im gebärfähigen Alter gibt. Obwohl die Zahl der Geburten pro Frau abnimmt, erhöht sich aber die Gesamtzahl der Neugeburten nach Ermittlungen der unabhängigen Studiengruppe. Außerdem, so Frau van der Tak, hätten verbesserte Zählmethoden ergeben, daß der Rückgang des Bevölkerungswachstums in China und Indonesien keineswegs so stark war wie ursprünglich angenommen.

Den indischen Bemühungen um eine Geburtenbeschränkung war kaum Erfolg beschieden. In China ist mit einem weiteren Geburtenanstieg zu rechnen, weil sich nun die „Babyschwemme" der sechziger Jahre auswirkt.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in den fünf größten Ländern der Erde leben. Das sind China (1 059 802 000 Menschen), Indien (730 572 000), die Sowjetunion (272 308 000), die Vereinigten Staaten (234 193 000) und Indonesien (160 932 000).

Indien hat China bereits mit einer jährlichen Zunahme von 15,5 Millionen Menschen überholt. China steht jetzt auf Platz zwei mit einer Bevölkerungszunahme von 15 Millionen Menschen. Es folgen Indonesien mit 3,3 Millionen, Brasilien mit drei Millionen und Bangladesch mit 2,9 Millionen. Die Bevölkerung der USA nahm um 2,1 Millionen und die der Sowjetunion um 2,3 Millionen Menschen zu.

Nur wenige Länder konnten in dem Berichtsjahr einen Rückgang ihrer Bevölkerung verzeichnen. Die Gründe reichen – wie im Fall Afghanistans wegen der sowjetischen Invasion – von Fluchtbewegungen bis zu erfolgreichen Kampagnen für Geburtenkontrolle. Zu den Ländern, in denen außer Afghanistan ein Rückgang der Geburten verzeichnet wurde, gehören unter anderen Dänemark, die „DDR", Ungarn, Libanon, Malta und die Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesrepublik belegt in der Liste der 25 bevölkerungsreichsten Länder der Erde mit 61 543 000 Menschen den zwölften Platz. Die Zahl ihrer Bewohner ging im Berichtszeitraum um 95 000 zurück.

Der jetzt erschienene Bericht ist die Vorarbeit zu einer umfassenden Studie, die noch in diesem Jahr veröffentlicht werden soll und Angaben über die Zahl der Lese- und Schreibkundigen, der Kindersterblichkeit und der Bevölkerungsentwicklungen enthält.

Washington: Neue Initiative für Genf

Die Vereinigten Staaten wollen Vorschlag für eine modifizierte Zwischenlösung vorlegen

TH. KIELINGER, Washington

Die amerikanischen Bemühungen, doch noch Fortschritte bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen zu erzielen, sehen nicht den Verzicht auf die Pershing 2 vor.

Im Vorfeld der am 6. September beginnenden sechsten Verhandlungsrunde über die Reduktion der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa finden auf westlicher Seite zur Zeit intensive Konsultationen statt. Während deutsche Abrüstungsexperten Anfang der Woche zu Gesprächen in Washington weilten, steht schon die nächste Tagung der NATO-Sonderberatungsgruppe (Special Consultative Group) in Brüssel an. Dieses mit der Abrüstung befaßte Gremium tagt seit längerem im Turnus von 14 Tagen, um zusammen mit den Amerikanern die Marschroute für Genf minutiös abzusprechen.

Am 4. und 5. September wird dann noch einmal US-Chefunterhändler Paul Nitze in Bonn erwartet. In seinem Gepäck werden so etwas wie „neue Vorschläge" für Genf enthalten sein, die aber lediglich eine Version der seit langem den Sowjets unterbreiteten „Zwischenlösung" darstellen. Diese Zwischenlösung besagt, daß eine Reduktion des Mittelstreckenarsenals auf alle möglichen Zahlenstufen denkbar ist. Die Amerikaner haben dem Vernehmen nach vor, diese allgemeine Vorgabe diesmal mit konkreten neuen Zahlenvorschlägen anzureichern, in der Hoffnung, die festgefahrenen Verhandlungen damit vielleicht doch noch von der Stelle bewegen zu können.

Dabei hat sich jedoch, im Gegensatz zum berühmt gewordenen „Waldspaziergang" vom Juli 1982, in Washington wie auch in den anderen Bündnishauptstädten die Ansicht durchgesetzt, daß bei einer Zwischenlösung, wie auch immer ihre Zahlen aussehen mögen, auf keinen Fall auf die Stationierung der Pershing 2 verzichtet werden könne.

Ebenso eindeutig lehnt das Bündnis die Einbeziehung der französischen und britischen Systeme in die INF-Verhandlungen ab. Sie sind nach einhelliger westlicher Auffassung kein Instrument der Bündnisstrategie. Experten haben im übrigen auf eine bisher wenig beachtete sowjetische Verhandlungsposition aus den Jahren der Nonproliferationsdebatten hingewiesen, aus denen hervorgeht, daß auch Moskau diese Sicht des Westens teilt. Die nichtatomaren Bündnisstaaten wurden bei den Verhandlungen über die Nicht-Verbreiterung von Atomwaffen von Moskau immer darauf hingewiesen, daß sie ja den Schutz des amerikanischen nuklearen Schirms besäßen. Dieser Schutz kann mithin nicht durch die Waffen von Drittländern ausgeübt werden.

Angeboten haben die Amerikaner in Genf ihrem sowjetischen Gegenüber die Bildung von vier Arbeitsgruppen, die einen endgültigen Vertragsabschluß über die INF-Verhandlungen vorbereiten helfen sollen. Es sind Arbeitsgruppen zum Datenvergleich, zu den Details der Vertragssprache, zur Verifikation und zu vertrauensbildenden Maßnahmen.

Aquino: Millionen bei Beisetzung

AFP, Manila

Nahezu drei Millionen Menschen haben gestern an der Beisetzung des zehn Tage zuvor ermordeten philippinischen Oppositionsführers Benigno Aquino in Manila teilgenommen. Die Trauerkundgebung wurde zur bisher größten regierungsfeindlichen Demonstration gegen das Regime von Präsident Ferdinand Marcos.

Zu Hunderttausenden drängten sich die Trauernden vor der Santo-Domingo-Kathedrale, wo der Erzbischof Jaime Kardinal Sin während seiner Predigt zugleich das Marcos-Regime kritisierte. In dem Land herrsche „ein Klima von Tyrannei und Unterdrückung", sagte der Primas. Die massierten Sicherheitskräfte gingen gegen regierungsfeindliche Parolen und Transparente aus der Menge nicht vor.

Paris verstärkt Truppe in Tschad

dpa, Paris

Frankreich will in den nächsten Tagen sein Truppenkontingent in Tschad verstärken. Wie gestern am Standort der betreffenden Fallschirmjäger-Einheit in Tarbes mitgeteilt wurde, werden weitere 100 Soldaten im Laufe der nächsten Woche ankommen. Insgesamt befinden sich bislang mehr als 2500 französische Soldaten in Tschad.

Der tschadsche Präsident Hissène Habré hat in N'Djamena direkte Verhandlungen mit Libyen zur Beilegung des Konflikts nicht ausgeschlossen und Libyen einen „gegenseitigen Nichtangriffspakt" angeboten. Vorbedingung dafür sei aber der vollständige Rückzug Libyens. Der von Mitterrand angeregte Vorschlag einer Föderation in Tschad lehnte Habré ab.

Flucht über die Ostsee geglückt

DW. Bad Bramstedt

In einem Schlauchboot ist zwei jungen Leuten aus der „DDR" die Flucht über die Ostsee geglückt. Wie der Bundesgrenzschutz in Bad Bramstedt gestern mitteilte, handelt es sich bei den beiden Flüchtlingen um einen 16jährigen Schüler und einen 19jährigen Musiker.

Sie waren im Ostseehafen Saßnitz auf Rügen in einem kleinen Plastikboot losgerudert und wollten direkt in die Bundesrepublik. Nach 15stündiger Irrfahrt waren sie am Dienstagnachmittag auf hoher See von der Besatzung des schwedischen Fährschiffes „Trelleborg" entdeckt und an Bord gehievt worden. Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in Schweden trafen sie gestern mit der Fähre „Peter Pan" in der Bundesrepublik ein.

DER KOMMENTAR

4 721 881 000

HERBERT KREMP

4 721 881 000 ist eine Zahl und ein abstraktes Monstrum zugleich. Es ist die Zahl der Menschen, die heute auf Erden leben. Als die Fünfzigjährigen zur Schule gingen, lernten sie noch, daß die Erdbevölkerung zwei Milliarden betrage. Das schien faßbar. Jetzt stehen wir vor dem Unfaßbaren. Der Gedanke an Explosion, an Lawine und Überflutung stellt sich ein. Jeden Monat kommen 6,9 Millionen Menschen hinzu. Jeden Monat einmal die Schweiz.

Aber sie leben nicht wie in der Schweiz. Dort beträgt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen rund 12 400 Dollar. In Bangladesh hingegen, dessen Bevölkerung im Jahr um 2,9 Millionen zunimmt, 90 Dollar. Das Elend, das dort wächst, beruht auf großen zivilisatorischen Fortschritten: Auf der besseren medizinischen Versorgung, dem Rückgang der Kindersterblichkeit, der höheren Lebenserwartung. Große Kriege bleiben aus. Auch menschenfressende Bürgerkriege wie die Taiping-Revolte von 1850–1864 in China, die mehr als 50 Millionen Leben kostete. Und die große Seuche schläft.

Pro Frau mehr Kinder in den unbemittelten Ländern. Maßnahmen der Geburtenbeschränkung greifen in Staaten wie Indien, Bangladesh und Indonesien nicht. Die Mentalität, die Religionen leisten Widerstand. Wo es kein System sozialer Sicherungen gibt, gelten die Kinder als die Ernährer der Alten. Es müssen viele her, damit es für später reicht. Die strenge Organisation der leninistischen Partei in China kämpft heute nicht mehr für die Ideologie, sondern gegen das Kind. Die Ein-Kind-Politik verändert die Seele und vergröbert die Sitten. Das Mädchen wird zu Tode gebracht, damit Platz bleibt für den Sohn.

Die reißende Zunahme an Menschen löst pessimistische und revolutionäre Ideen aus. Inmitten der Masse wird es mit der Ebenbildlichkeit Gottes schwieriger, fühlen die Europäer. In ihrer Wohlstandszone ist die Wachstumsrate am niedrigsten. In beiden Teilen Deutschlands geht die Bevölkerung zurück. Es gibt einen Pillenknick, viel Vergnügen und noch mehr Melancholie. In den Wohnkolossen Hongkongs sind die Menschen fröhlicher als im Märkischen Viertel. Die gleichförmig-riesigen Fassaden sind mit Wäsche geflaggt. Da kriegen die Langnasen Platzangst.

Die große Menschenzahl ist ein Zeichen großer Vitalität. Ihr Glück weniger eine Sache der Weltumverteilung als der Leistung und ortstypischen Entwicklung. Ängstigen müssen sich nur die Theoretiker des ökonomischen Null-Wachstums.

Um Begins Nachfolge wird noch gerungen

RS. Bonn/Jerusalem

Beim Kampf um die Nachfolge des zum Rücktritt entschlossenen israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin zeichnete sich gestern immer deutlicher die Möglichkeit ab, daß die oppositionelle Arbeiterpartei mit Unterstützung von Abgeordneten der gegenwärtigen Regierungskoalition eine neue Regierung zu bilden versucht.

In Begins eigener Herut-Partei blockieren sich vorläufig die aussichtsreichsten Kandidaten um seine Nachfolge, Außenminister Itzhak Shamir und Wohnungsbauminister David Levy. Der 68jährige Shamir, der ebenso wie Begin aus Polen stammt, kann dabei auf die Mehrheit der Likud-Fraktion, die die Herut und die Liberalen vereinigt, rechnen. Dagegen dürfte der aus Marokko stammende 46jährige David Levy die Mehrheit im über tausendköpfigen Zentralkomitee der Herut besitzen. Darüber hinaus ist Levy bei der orientalischen Mehrheit Israels überaus populär. Shamir und Levy versuchen nun, die Entscheidung über die Nachfolge Begins jeweils in das Gremium zu verlegen, in dem sie die Mehrheit besitzen.

Dagegen versucht Oppositionsführer Shimon Peres, nach einer Meldung des israelischen Rundfunks, mit Hilfe der ethnisch-religiösen Tami-Partei und einiger liberaler Abgeordneter des Likud eine neue Koalition zu bilden. Es ist bekannt, daß mehrere liberale Likud-Abgeordnete befürchten, ihre Partei werde nach dem Weggang Begins von der Herut dominiert werden.

Genscher hatte Bedenken gegen Auslieferung

hey./DW. Bonn/Ankara

Dem Türken Kemal Altun, der in Berlin Selbstmord begangen hat, drohte nicht die unmittelbare Auslieferung. Wie Bundesaußenminister Genscher gestern in Bonn mitteilte, habe er von vornherein schwerwiegende Bedenken gegen die Auslieferung des Mannes gehabt und „keinen Zweifel daran gelassen", daß eine Entscheidung erst nach Abschluß des Verfahrens vor der Europäischen Menschenrechtskommission getroffen würde. Dem 23jährigen Altun wird in der Türkei vorgeworfen, an einem Mordanschlag auf einen ehemaligen Minister beteiligt gewesen zu sein.

Genscher sagte, wenn es politische Hintergründe gebe, würden Asylbewerber auch in Zukunft nicht ausgewiesen. Gerade die Bundesrepublik trage bei der Wahrung des Asylrechts hohe moralische Verantwortung.

Zu Forderungen, jegliche Auslieferung an die Türkei zu unterlassen, wird in Regierungskreisen darauf verwiesen, daß seit der Machtübernahme durch die Militärs im September 1980 insgesamt 25 Straftäter – 18 unter der alten und sieben unter der neuen Bonner Regierung – überstellt worden waren. Proteste dagegen hatte es lediglich im Fall von Sami Nemes gegeben, der am 12. August ausgeliefert worden war.

Die türkischen Zeitungen berichteten in großer Aufmachung über den Selbstmord Altuns. Die liberale Tageszeitung „Hürriyet" überschrieb ihren Bericht: „Der verrückte Terrorist stürzte sich in den Tod." Die Boulevardzeitung „Günes" sprach vom „Tod eines Terroristen".

Auch Bulgarien kämpft gegen die Korruption

Hotelmanager, Ärzte und Buchhalter werden überprüft

DW./AFP, Sofia

In Bulgarien ist ähnlich wie in der Sowjetunion eine breit angelegte Kampagne gegen Korruption, Unterschlagung von Staatsgeldern, Disziplinlosigkeit am Arbeitsplatz und Verantwortungslosigkeit der Kader im Gange. Die staatlichen Medien berichten praktisch täglich von solchen Fällen. In den vergangenen Monaten wurden nach einer Meldung der Gewerkschaftszeitung 1300 Personen dazu verurteilt, dem Staat Entschädigungszahlungen im Wert von umgerechnet zwanzig Millionen Mark zu leisten.

An vorderster Front stehen Einrichtungen, die sich mit Tourismus beschäftigen oder anderweitig mit dem Ausland zu tun haben. Hervorgehoben wurde vom Miliz-Organ „Anteni" der Fall des Direktors des großen Hotels „Sofia" in der Hauptstadt. Constantin Batalov wurde kürzlich wegen Geldunterschlagung zu 18 Jahren Zuchthaus und anschließenden 20 Jahren Verbannung aus Sofia sowie mit einem Arbeitsverbot verurteilt. Ähnlich lautstark wurde über Betrugsfälle in der staatlichen Devisenladen-Kette Corecom, bei der Tourismus-Agentur Balkantourist sowie anderen Staatsunternehmen berichtet. Die Delikte lauteten auf Rechnungsschwindel, Steuerhinterziehung und Bestechung.

Häufig ist auch die Rede von Ärzten oder Buchhaltern, die ungerechtfertigte Krankenscheine oder falsche Arbeitsbescheinigungen ausstellen. Die Zahl der Betrugsfälle hat, wie das KP-Organ „Rabotnitscheski Delo" meldete, seit 1981 stark zugenommen. Eine wahre Plage sei das unerlaubte Fernbleiben vom Arbeitsplatz oder Schwarzarbeit während der Bürostunden. Seit kurzem häufen sich die Polizeikontrollen in den Lokalen von Sofia zum Auffinden von „Schwänzern". Die Parteizeitung zitierte eine Erklärung von Staats- und Parteichef Todor Schiwkoff, nach der der Volkswirtschaft des Landes 1981 durch Gewissenlosigkeit der Beschäftigten im Zusammenspiel mit organisatorischen Schwächen der Jahresertrag von insgesamt 150 000 Arbeitern verlorengegangen ist. Das entspräche 20 Prozent der Industrieproduktion des Landes.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Zögern mit Blut bezahlt

Von Jürgen Liminski

In Beirut fließt fremdes Blut. Amerikanische und französische Soldaten der internationalen Friedenstruppe sind gefallen. Die Zahl der Opfer unter den Zivilisten erinnert an die schlimmsten Tage des Bürgerkriegs von 1975/76.

Auch die Berichterstattung aus dem feuererprobten Beirut erinnert an frühere Tage, da die westlichen Korrespondenten unter dem Druck der Palästinenser – heute der Syrer – Greuelgeschichten über die libanesischen Christen und die israelische Armee verbreiteten. Heute wird die libanesische Armee mit schwerbewaffneten Staatsfeinden gleichgestellt.

Diese Armee aber, die anfangs von der Gewalt der prosyrischen Angreifer überrumpelt worden war, nimmt jetzt nur ihre Aufgabe wahr, so gut sie eben kann: Sie geht als legales Instrument der Staatsgewalt gegen Rebellen vor, die, von Damaskus gedeckt, unter dem interessierten Blick der Sowjets das prowestliche Staatsgefüge zerstören und Libanon in das Lager der Gegner eines Friedens mit Israel zerren wollen.

Die Reaktion kommt spät. Die Befehle aus Baada, dem Präsidentenpalais, ließen auf sich warten. Gewiß ist dem libanesischen Präsidenten Gemayel einiges an der Entwicklung vorzuwerfen. Sein Hauptfehler war aber zweifellos, daß er seit seiner Wahl vor knapp einem Jahr seine Politik ausschließlich auf das diplomatische Geschick der Amerikaner gründete. Washington jedoch fehlte das klare Konzept und der realistische Blick zur Lösung dieser Krise. In der syrischen Wüste kann man keine Rosen pflücken. Gemayel hat die Kräfteverhältnisse in der Region dementsprechend falsch eingeschätzt und nur zögerlich gehandelt. Dafür zahlt Beirut heute die Zeche.

Israel hat kein Interesse mehr daran, den Beiruter Dschungel zu entflechten. So ruht die Wahrnehmung der westlichen Interessen in dem strategisch und wirtschaftlich wichtigen Levante-Staat vorwiegend auf den Schultern der kleinen libanesischen Armee sowie der französischen Paras und amerikanischen Marines. Daß dabei Blut fließt, ist der Preis, den der Westen heute für die Freiheit eines Landes entrichten muß, für das er zu lange nur Worte und Illusionen übrig hatte.

Besuch eines alten Herrn

Von Astaf Domberg

Seltsame Dinge geschehen im sowjetisch beherrschten Osteuropa: Da erhält Jiri Hajek, der ehemalige tschechoslowakische Außenminister und jetzige prominente Bürgerrechtskämpfer der „Charta 77", über die Budapester Akademie der Wissenschaften – also eine immerhin amtliche Institution der ungarischen Volksrepublik – die Einladung, an einem internationalen Kongreß über Friedensforschung in der ungarischen Stadt Györ (Raab) teilzunehmen. Hajek will der Einladung der ungarischen Volksdemokraten Folge leisten, wird aber von den tschechoslowakischen Volksdemokraten an der Reise gehindert. Auch Versuche Hajeks, Kongreßteilnehmern, die über Prag nach Györ reisen, schriftliche Stellungnahmen mitzugeben, werden von der tschechoslowakischen Polizei vereitelt.

Erst vor wenigen Tagen erregte eine Meldung großes Aufsehen, wonach Alexander Dubcek, der Parteichef des „Prager Frühlings" – er lebt jetzt als Pensionist in der Slowakei – einen Brief an Jurij Andropow geschrieben haben soll. Es heißt sogar, der sowjetische Parteichef habe ihm geantwortet und den Erhalt des Briefes ausdrücklich bestätigt.

Festzuhalten bleibt: Keine offizielle Institution der ungarischen Volksrepublik hätte Jiri Hajek eingeladen, wenn es dafür nicht gewisse Rückendeckung gebe. Die Ungarn wissen genau, wer Hajek ist und was die „Charta 77" bedeutet. Bisher war es immer noch so, daß das offizielle Budapest sich aller Kontakte zu solchen „Dissidenten", dazu noch in einem „sozialistischen Bruderland", zu enthalten pflegte.

Die Einladung an Hajek, einem Kongreß in einem Nachbarland, ja in einem Bruderland des „realen Sozialismus" beizuwohnen, könnte bedeuten, daß es gewisse Kräfte gibt, die diesen Mann – der 1968 in der UNO gegen den sowjetischen Einmarsch in Prag protestierte – nicht mehr als „Unperson" betrachten. Ein Versuchsballon? Ein Versuch Andropows, seine Gesprächsbasis in Osteuropa zu erweitern? Oder nur ein Zufall und Versehen? Auf letzteres kann man sich immer noch hinausreden, aber glaubhaft wäre es nicht.

Objekt-Schützen

Von Enno v. Loewenstern

Sollen Schützenliesel und Schützenhiasl die Kirchen schützen; sollen sie stumm, doch Armbrust oder Stutzen vielsagend in der Hand, eine Kette um die Gotteshäuser bilden, um Besetzer zu entmutigen? Der Vorschlag des CDU-Abgeordneten Willi Weiskirch – er hat daran erinnert, daß Schutz der Kirchen die Aufgabe war, die sich die Schützenvereine bei ihrer Gründung stellten – hat eine Panik im Lager des Fortschritts ausgelöst. „Unverantwortlich" – „Volksverhetzung" – „Schindluder mit dem Gewaltmonopol des Staates" zetert ein SPD-nahes Blatt. „Weiskirch tut so, als müsse der brave Bürger mit dem Gewehr in der Hand seine Gotteshäuser vor wildgewordenen Chaoten schützen."

Man reibt sich die Augen. Gewiß ist Weiskirchs Vorschlag nicht ernst zu nehmen und hoffentlich auch nicht ernst gemeint. Wo der Pfarrer die Kirche zum Gottesdienst und nicht zum Andropow-Dienst verwendet sehen will, genügt ein Anruf bei der Polizei. Wo der Pfarrer – nicht umsonst ging beim Dresdner Kirchentag ganz offen das Schlagwort um: „Frieden schaffen ohne Pfaffen!" – mit den Gewalttätern Hand in Hand arbeitet, bleiben die demokratisch gesonnenen Bürger ohnehin daheim und suchen Zwiesprache mit ihrem Gott ohne Einschaltung derart unappetitlicher Instanzen.

Kurios ist aber die Selbstverständlichkeit, mit der hier ignoriert wird, daß Weiskirch den Demonstranten sozusagen einen Tropfen ihrer eigenen Medizin anbietet. Gewaltfreie Blockaden – seit wann haben die gewaltfreien Blockierer was dagegen? Seit wann ist bei ihnen das Gewaltmonopol des Staates wieder so hoch im Kurs? Eben noch wurden wir belehrt, daß es nur ein Gewaltmonopol gibt, nämlich das der Linken.

In der Tat, Gott, den so viele Pfarrer links liegen lassen, Gott bewahre uns davor, daß eines Tages auch in dieser Republik „der ruh'ge Bürger greift zur Wehr", daß womöglich Links und Rechts Straßenschlachten austragen wie in Weimar. Letztlich davor bewahren aber kann uns nur das Gewaltmonopol des Staates, ohne Wenn und Aber und vorgetäuschte „Verzweiflung". Falls Weiskirchs Gedankenspiel etwas von dieser Einsicht in geistliche und weltliche Gehirne zurückgerufen haben sollte, wäre es – insofern – nützlich.



... und sagte fast kein einziges Wort

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Horrorspirale

Von Peter Gillies

Der Mensch, der deutsche zumal, neigt zu kollektivem Trübsinn. Das erstaunt, denn ausweislich eigener Bekundung fühlt er sich persönlich zufrieden, gar glücklich. Wie passen gesellschaftliche Düsternis und privates Wohlbefinden zusammen – ist eine Neurose mit stetiger Verschlimmerung nicht die unausweichliche Folge?

Der Befund von privater Zufriedenheit und kollektiver Verdrossenheit ist demoskopisch belegt. Das Allensbacher Institut für Demoskopie veröffentlichte vor wenigen Tagen das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage über Streß, Zufriedenheit und Arbeitsbedingungen.

Auf die Frage „Haben Sie eigentlich den Eindruck, daß die meisten Leute in der Bundesrepublik zur Zeit unter Streß leiden oder nicht?" antwortete eine satte Mehrheit von 61 Prozent mit Ja. Nur 19 Prozent vermochten Streß nicht zu erkennen. Allgemein herrscht also der Eindruck, als ersticke die Nation in emsiger, schädlicher Anspannung.

Ein völlig anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man den einzelnen nach dem Streß befragt. Persönlich, so bekundeten sie, litten sie keineswegs unter Streß. Die Zahl der Gestreßten lag bei mageren 31 Prozent, 62 Prozent bekundeten ausdrücklich, sich nicht unter Streß zu fühlen.

Ähnlich zwiespältige Befunde werden über die Zufriedenheit geäußert. Nur 47 Prozent glauben, daß die Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind. Persönlich befragt, bezeichnen sich jedoch erstaunliche 79 Prozent als zufrieden. Auch bei der Beurteilung der Arbeitsbedingungen das gleiche Phänomen: Die Befragten finden zu zwei Dritteln ihre Arbeitsbedingungen „gut" bis „sehr gut", halten aber das Arbeitsklima in der Bundesrepublik für weit düsterer.

Seit längerem bekannt ist diese Erkenntnis auch in Wohnungsfragen. Ein sehr hoher Prozentsatz beurteilt seine persönlichen Wohnverhältnisse positiv, glaubt aber gleichwohl, daß kollektiv eine „neue Wohnungsnot" herangebrochen sei.

Es scheint, so meinen die Demoskopen, eine „atmosphärische Verstärkung für Negativwahrnehmungen" zu geben. Frau Professor Noelle-Neumann hat das Phänomen der „Schweigespirale" entdeckt – jene sich verstärkende Zurückhaltung, wenn man sich in der Minderheit weiß. Das ergänzende Gegenstück ist offenbar die Horrorspirale: Man höt so viel Schreckliches in Abodnachrichten, „kleinen Fernsehpielen", kritisch hinterfragenden Zeitfilmen und berufssorgenvolln Berufspolitiker- und Berufsfunktionärstatements, daß man nicht wagt, daß man es gar für unanständig hält, von eigener Zufriedenheit auf eine allgemeine zu schließen.

Gewiß: Daß am heutigen Donnerstag 32 Millionen Deutsche sich unfallfrei über die deutschen Straßen bewegt haben, bewegt kein Medium so sehr wieder gräßliche Unfalltod einer Familie am Autobahnkreuz Köln-West. So gewinnt die Faszination des Anomalen, der Übertreibung, des über den Bildschirm flimmernden Elends, des organisierten Mißvergnügens offenbar die Glaubwürdigkeit für sich. Denn anders wäre der Zwiespalt einer Nation nicht zu erklären. Aber das eigene, das wirkliche Leben ist anders.

Gewiß gibt es auf Erden kein Paradies; im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot verdienen – oder auch deine Unterstützung abholen. Aber in diesem Lande sind noch nicht alle arbeitslos, selbst wenn der Bildschirm entsprechend flimmert. Auch die Obdachlosigkeit hat hundert Prozent noch nicht erreicht, die Kürzung des Mutterschaftsgeldes ist noch kein vorrevolutionärer Vorgang.



Streß? Ich nicht, aber alle anderen FOTO: SVEN SIMON

„Der Besitz macht uns nicht halb so glücklich, wie uns der Verlust unglücklich macht", wußte Jean Paul. Dennoch hat die Methode der Verbreitung von Grämlichkeiten ihre Grenzen. Sie ist zwar in allen Parteien unterschiedlich stark entwickelt – bei Sozialisten kam eigentlich Freude noch nie auf, aber auch Konservative lassen es beim allenfalls gespreizten Ernst bewenden –, der Bürger jedoch nimmt dies nur begrenzt an. Denn wenn dem Zerrbild des Negativen voller Erfolg beschieden wäre, hätten die Demoskopen den Zwiespalt nicht feststellen können. Vielmehr wäre private Zufriedenheit schon längst von der verbreiteten Düsternis aufgesogen worden. Das geschah nicht und läßt hoffen.

Andererseits sprechen massenweise Anwandlungen von Hysterie dagegen. Wenn sich Hunderttausende vor Raketen fürchten, die es noch gar nicht gibt, aber mit höchster Gelassenheit jene betrachten, die schon längst auf sie gerichtet sind, ist das auch eine Variation der Neurose.

Warum eigentlich wagt es ein Glücklicher, ein Zufriedener hierzulande kaum noch, seine Stimme zu erheben und von sich zu berichten? Er schreckt vor der öffentlich-rechtlichen Horror-Spirale zurück, empfindet es als unbotmäßig, in sich zu ruhen, wo doch alles so gräßlich aufgewühlt scheint. Aber die inszenierte Aufwallung löst Probleme nicht, weil ihr der Blick für die wirklichen Proportionen fehlt.

Eine einfache Erklärung wäre, daß das private Wohlbehagen um so lustvoller genossen wird, je düsterer sich das allgemeine Elend als Kontrastprogramm ausnimmt. Aber in Wahrheit ist das natürlich nicht so. Kein Mensch, wie wohlversorgt er sich auch weiß, kann glücklich sein in einem unglücklichen Land.

In seinem letzten Interview mit dieser Zeitung hatte Ludwig Erhard kurz vor seinem Tode gesagt: „Es gibt eine Art bedauerns- und bewundernswerter Naivität zugleich – die Weigerung, Sachverhalte eingehender selbst zu prüfen, wohl aber jeden auf den ersten Blick verwertbaren Gedanken an die Öffentlichkeit zu tragen." Der Mehrheit, die man manchmal die schweigende nennt, ist diese Naivität nicht eigen. Die der öffentlichen Gedankenverwerter jedoch lastet auf ihr.

IM GESPRÄCH KLAUS FRANKE

Bausenator ahoi

Von Hans-Rüdiger Karutz

Heute betritt ein Fregattenkapitän der Bundesmarine in Reserve die Kommandobrücke von Berlins problematischster Verwaltung: Klaus Franke (CDU), der neue Senator für Bau- und Wohnungswesen, erfüllt sich mit sechzig Jahren einen jahrealten Wunschtraum.

Anders als viele andere, die sich in diesen verwirrenden Zeitläuften nicht nach politischer Verantwortung drängen, freut sich der CDU-Politiker ohne jeden Vorbehalt auf sein Amt: „Ich mache das gern. Zumal da es eine Herausforderung für mich ist, in meiner Geburts- und Heimatstadt diesen Auftrag zu übernehmen."



Meinungsverschiedenheiten sind dazu da, daß man sie austrägt: Franke FOTO: DPA

Denn neben Professor Rupert Scholz ist Ex-U-Boot-Leutnant Franke der einzige gebürtige Spree-Athener im Kabinett. Für die Wahl von Klaus Franke, dessen Handfestigkeit und bisweilen ungeschütztes „Geradeheraus" bei Richard von Weizsäcker nicht unbedingt gelitten ist, sprach am Ende die sichere Verankerung in der Berliner Union. In der Spree-CDU gehört der wortgewandte und pointiert formulierende Parlamentarier zur sogenannten „Beton-Fraktion". So nennen die in den letzten Jahren ebenfalls zu Amt und Würden gekommenen „Reformer" der Partei die Mittelgruppe, die seit Beginn der siebziger Jahre beharrlich auf die Übernahme der Senatsverantwortung durch die CDU in Berlin hinarbeitet.

Klaus Franke kennt als Direktor einer Senats-Wohnbaugruppe das politische Umfeld, die Gefahren und die Usancen einer in bestimmten Verhaltensweisen gewiß nicht feinen Branche „aus dem Effeff", wie die Berliner sagen. Er leitete jahrelang den parlamentarischen Bauausschuß und deckte zu Zeiten der absoluten SPD-Mehrheit so manchen Genossen-Klüngel auf. Über Berlin hinaus geriet sein Name in die Gazetten, als er 1976/77 den Untersuchungsausschuß leitete, der die sogenannte KPM-Affäre (Vorgänge in der staatlichen Porzellanmanufaktur) analysierte. Die Ermittlungsergebnisse läuteten den Abgang von Klaus Schütz und den Anfang vom Ende der SPD-Regierung in Berlin ein.

Innerhalb der Berliner Union blieb Franke in fast zwanzig Parlamentarierjahren seiner Devise treu: „Politische Meinungsverschiedenheiten sind dazu da, daß man sie austrägt – und nicht dazu, daß man sie verschleiert!" Wankelmut vor Königsthronen ist dem Protestanten Franke fremd. Mit ihm nimmt mit Sicherheit kein „bequemer" Senator am grünen Tisch im Rathaus Schöneberg Platz.

Doch er ist ebenso wie alle anderen Stadtväter in die finanziellen und wirtschaftlichen Zwänge dieses Gemeinwesens eingebunden: Franke wird mit Sicherheit nicht nach dem für Berlin häufig so typischen Motto, zwar kein Geld, aber bisweilen durchaus die Mühe zu scheuen, verfahren. Bis zu den Wahlen Ende Mai 1985 muß er jede Amtsstunde nutzen, um der Stadt durch die Internationale Bauausstellung und eine weltweit vorzeigbare Präsentation zum 750. Geburtstag in vier Jahren einige „high lights" aufzusetzen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Begins Rücktritt beschäftigt weiterhin viele Zeitungen:

JERUSALEM POST

Es wäre von größerer Bedeutung gewesen, hätte Begin, der für so viele Jahre den Kampf gegen die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik geführt hat, Kohl in Jerusalem begrüßt und dies nicht seinem Nachfolger überlassen. Das derzeitige, ungewöhnlich dichte Netz von Beziehungen, das Israel mit der Bundesrepublik verknüpft, ist auf unvermeidbare Weise von den Schrecken des Holocausts überschattet, die Begin in diesem Zusammenhang selten unerwähnt gelassen hat. Doch auch unausgesprochen bleibt die jüdische Tragödie in den deutsch-israelischen Beziehungen stets gegenwärtig, und dies verpflichtet die Bundesrepublik zu einer ganz spezifischen Verhaltensweise gegenüber diesem Land ... Das bedeutet nicht, daß Israel von der Bundesrepublik verlangen kann, zu allen politischen Entscheidungen Israels „Amen" zu sagen. Dagegen hat sich auch Kohl verwehrt. Doch wenn es um Dinge geht, die Israels vitale Sicherheitsinteressen betreffen, dann kann es nur richtig sein, daß die Bundesrepublik ihre Interessen denen Israels unterordnet.

DIE PRESSE

Verfolgt man die vorschnellen Abschiedskommentare des Auslands zum angekündigten (endgültigen) Rücktritt Menachem Begins, dann könnte man meinen, einzig die Person des intransigenten Politikers hätte bis dato verhindert, daß es a) einen Palästinenserstaat, b) Frieden in Nahost, c) eine gesunde israelische Wirtschaft und d) einen ordentlichen, friedfertigen Judenstaat nach den Vorstellungen der Sozialistischen Internationale gibt. Das ist nicht so, und Bruno Kreiskys apodiktischem Ausspruch, Begins Politik sei gescheitert – er wollte primär die Person treffen –, fehlen die Beweise. Der „König von Israel" verläßt die politische Bühne. Er war der Premierminister eines demokratischen, aber keines europäischen Staates. Er war ein Israeli der ersten Stunde, ein Mann aus dem Getto, wie gesagt. Von dorther hat er Patriotismus, Härte und – Träume mitgebracht. Drei Eigenschaften, die die Verständigung mit ihm sehr schwierig, oft unmöglich machten. Und die Kritik an ihm so oft nicht ungerecht, aber falsch.

SALZBURGER NACHRICHTEN

Selbst viele seiner politischen Gegner bezeichneten ihn als „aufrichtigen fanatischen Menschen". Begin ließ nie auch nur den Schimmer eines Zweifels an seinen wahren Absichten aufkommen, er war nie bereit, sich in lebenswichtigen Fragen auf Kompromisse einzulassen, die er als faul beurteilte.

FINANCIAL TIMES

Man kann unmöglich bestreiten, daß Begin sein Land in einer stärkeren strategischen Position zurückläßt als er es vorgefunden hat. Die Militärmaschinerie ist sehr viel beeindruckender. Die Uneinigkeit der Feinde ist sehr viel offensichtlicher. Über die zukünftige Stellung des Westufers ist, de facto, sehr viel schwieriger zu verhandeln. Er hat der Außenpolitik seines Landes ein hartes und klares Sendungsbewußtsein aufgezwungen, welches, wer auch immer ihm nachfolgen möge, schwer auszulöschen sein wird. (London)

Wie Hamburg einsam in den Sozialismus zieht

Dohnanyis Kampf um ein Profil gegen die Wende / Von Uwe Bahnsen

In der Hamburger SPD, insbesondere rings um ihren Spitzenmann Klaus von Dohnanyi, entwickelt sich so etwas wie eine sozialdemokratische Diaspora-Gesinnung – das Gefühl, zur progressiv-linken Insel in einem Meer konservativer Rückständigkeit zu werden. Der Blick nach Hessen, wo Holger Börner um die Macht bangen muß, gewährt den Genossen an der Elbe insoweit wenig Trost; und der Stadtstaat Bremen vermag Zuversicht schon gar nicht zu erzeugen, denn an der Weser regiert – nach dem kühlen Urteil eines prominenten hanseatischen Sozialdemokraten mit langer Senatserfahrung – eine „im Grunde marode Partei". Hans Koschnicks kaum noch verstohlenes Buhlen um die bremische CDU, die in Bonn für gut Wetter sorgen soll, ist im Hamburger Rathaus natürlich nicht verborgen geblieben.

Dem Bürgermeister Klaus von Dohnanyi soll so etwas nicht passieren. Ihn treibt ein mittlerweile hochgespanntes sozialdemokratisches Sendungsbewußtsein, unlösbar verbunden mit einer elitären Einschätzung der eigenen Person. Er möchte an der Elbe modellhaft das entwickeln, was er am liebsten der gesamten Bundesrepublik als Remedium verschreiben würde: Nur der Staat, so lautet vereinfacht formuliert sein politisches Credo, könne den unumgänglichen Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft so steuern und abfedern, daß die Ergebnisse akzeptabel bleiben.

Wer sich solcherart als Pfadfinder seiner Partei bundesweit zu profilieren wünscht, braucht ein Kontrastprogramm vor allem zur Politik der Bonner Koalition. So stellt denn Klaus von Dohnanyi unentwegt gemeinsam mit seinen Senatoren öffentlich jene politischen Feldzeichen auf, die seine Positionen für Freund und Feind markieren sollen: Der im übrigen sachliche und bedächtige Finanzsenator Jörg König attestiert der Bundesregierung und ihrem Finanzminister lautstark, ihre „unsozialen" Haushaltsentscheidungen verteilten die Lasten von oben nach unten, zum kleinen Mann, und im übrigen zu den Kommunen um. Der Umweltsenator Curilla, der die Hansestadt am liebsten mit einem zentralisierten Schreiberregiment zur Fertigung von Katastern überziehen würde, haut vor allem dem Bundesinnenminister um die Ohren, Bonn tue zu wenig, und das auch noch zu spät für eine Verbesserung der Luft. Die Heizkraftwerke auf Kohlebasis, die der Hamburger Senat zu errichten gedenkt, stören ihn bei diesen Behauptungen nicht im geringsten.

Der Schulsenator Professor Joist Grolle verkauft das als BAföG-Ersatz konzipierte Hamburger Schülergeld mit der Feststellung, dies sei jedenfalls ein kleiner, bescheidener Beitrag Hamburgs, um jene Not der Bedürftigen zu lindern, die absichtlich durch die Bonner Streichbeschlüsse erzeugt werde; im übrigen gebe es ein „schreiendes Mißverhältnis" zwischen dem Versprechen der Bundesregierung, für mehr Ausbildungsplätze zu sorgen, und dem, was Bonn in dieser Hinsicht wirklich leiste – nämlich weniger als vorher, jedenfalls in Hamburg, etwa bei der Bundesbahn. Der Innensenator Alfons Pawelczyk gibt öffentlich zu Protokoll, die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts sei „politischer Wahnsinn"; der Staat, genauer: Bonn, dürfe sich nicht als „Aufschaukler" betätigen, um „Situationen hochzujagen". Die Justizsenatorin Eva Leithäuser zieht im Auftrag des Senats in Karlsruhe gegen das Neuordnungsgesetz zur Kriegsdienstverweigerung zu Felde, weil es verfassungswidrig sei.

Der Erste Bürgermeister schließlich bescheinigt der Bundesregierung soeben, ihre und des HDW-Vorstandes Untätigkeit in der Werftenkrise bringe Tausende von Arbeitern um Lohn und Brot. Das Verdikt, in Bonn sei in dieser Sache die pure Inkompetenz am Werke, trifft vor allem den Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der weder für Stahl noch für Schiffbau Konzepte habe und mit den Methoden des vorigen die Probleme des nächsten Jahrhunderts lösen wolle; helfen aber müsse er den Werften, insbesondere auch in Hamburg; das sei „unabdingbar". So spricht der Chef einer Landesregierung, die seit Jahren nicht einmal ein Unternehmenskonzept für ihre Staatsreederei Hadag zustande bringt – von einem in sich schlüssigen Hamburger Werftenkonzept ganz zu schweigen. Man wird an Dohnanyis Amtsvorgänger Hans-Ulrich Klose erinnert, über den während des Stoltzenberg-Umweltskandals Bonner Spitzengenossen höhnten: „Er will den Kapitalismus reparieren und kann nicht einmal seine Gewerbeaufsicht organisieren."

Sehr diplomatisch gegenüber Bonn, von dem man ja Hilfe haben will, ist das alles nicht. Vielleicht sollen die Bürger glauben, daß redliche Hanseaten aus ihren lange vernachlässigten Herzen keine Mördergrube machen müssen. In Wahrheit aber ist es wohl eher eine Flucht nach vorn in die konkrete Utopie, deren Lärm jedes Nachdenken darüber ersticken soll, wie planlos und widersprüchlich der Senat seit Jahren operiert – und wie planlos und widersprüchlich seine heutigen Wünsche sind.

In drei Tagen kroch der Lindwurm an die Elbe

100 Kilometer Fußmarsch in drei Tagen – von Munster bis zur Elbe – hatte der Kommandeur seinen Soldaten befohlen. Im Zeitalter der motorisierten Armeen schon fast eine Seltenheit. Es gab Blasen und Blessuren, aber 90 Prozent der Soldaten erreichten ihr Ziel.

Von DETLEV AHLERS

Das Bataillon rückte zugweise in den Biwakraum am Lopau-See ein. Viele humpelten, die Rücken der Anzüge waren bis in den Rucksack hinein verschwitzt, die Kleidung dreckig und unordentlich. Bald kamen Kinder auf Fahrrädern, um sich das Spektakel anzuschauen: Soldaten! Sie hatten 38 Kilometer Marsch hinter sich an diesem Freitagabend. Sie breiteten ihre Schlafsäcke aus, tippelten barfuß auf Zehenspitzen, um die Blasen an den Fersen zu schonen, faßten Suppe und ein Bier und warfen sich in den Schlaf.

Sie wollten Kraft sammeln, denn zwei Etappen hatten sie noch vor sich. Der Kommandeur des Bataillons 173 und der unterstellten 3. Kompanie 171 hatte entschieden; die 100 Kilometer vom Truppenübungsplatz bei Munster bis zum Grenzfluß der Garnison Hamburg, der Elbe, zu Fuß zurückzulegen: „Lindwurm" nannte er den Marsch. Und an der Elbe bei Geesthacht mußte der Tausendfüßler, inzwischen mit 20 Meter Heftpflaster von Sanitätern verklebt, im Laufschritt Sturmboote besteigen, übersetzen und antreten. Dann gab es Sonderurlaub.

Von 444 Soldaten, die in Munster losmarschierten, kamen immerhin 405 zu Fuß bis zur Elbe. Zwei wurden Samstag nacht mitten auf einem Stoppelfeld von einem betrunkenen Autofahrer in ihren Schlafsäcken überrollt, zum Glück aber nur leicht verletzt. Einer von den beiden, ein Fähnrich, marschierte mit einer Schulterprellung weiter.



Kameradschaft wurde auf dem Marsch groß geschrieben. Wer müde war, wurde gestützt, und wer kräftig war, trug auch mal zwei Gewehre.

Nicht alle waren so diensteifrig. Eine Handvoll fuhren gar einen Teil des Weges auch mal Taxi. Vielen, so ein Soldat, „stank" der Marsch gewaltig. Aber es gab ein Trostpflaster: Wer zu Fuß ging, konnte nach zwei Wochen Truppenübungsplatz in Staub und Hitze bereits Sonntag nachmittag zum Urlaub bei der Familie oder bei der Freundin sein. Die Kranken mußten noch bis Montag abend in Munster „die Fahrzeuge bewachen". So fehlten nur 69 beim Marsch – Kranke, Wache und Versorgungstruppe.

Der erste Tag, so zog ein Stabsarzt Bilanz, war der Tag der Hitzeopfer. Auf den Panzerstraßen rund um den Übungsplatz, wo der rollende Kantinier die Cola-Preise als Monopolist auf eine Mark erhöhte, wurde ein scharfes Anfangstempo angeschlagen. Auf der zweiten Etappe, am Samstagmorgen 25 Kilometer, waren es die Blasen, in Rot und Weiß, die einige auf den Sanitätskarren kippen ließen. Während der dritten Etappe, in der Nacht zum Sonntag in der Marsch, traten Schmerzen in Gliedern und Gelenken auf.

An Gepäck hatte jeder zu tragen: Stahlhelm, Poncho, Kochgeschirr, Feldflasche, Messer, Munitionstaschen, Waffen und die klobige ABC-Ausrüstung – insgesamt etwa 13 bis 18 Kilo; wobei die Gewehrträger gegenüber den Maschinenpistolen- und Pistolenträgern im Nachteil waren.

Auch der Kommandeur mußte nur eine Pistole tragen; aber es gab viele bis hinauf zu den Kompaniechefs, die ihm gern eine schwere Panzerfaust aufgedrückt hätten. Freundlich plaudernd, Vitalität demonstrierend, rannte er bald diesem Rekruten, bald jenem Feldwebel davon – und wie er aufrecht mit festem Tritt den Kompanien im Rastraum an der Elbe erschien, deutete ein Spieß auf die Gestalt auf dem Elbdeich wie auf den Schimmelreiter: „Er kommt."

Weshalb hatte er diesen Marsch befohlen? Bei dieser Frage wurde gern nach Falkland gedeutet – das gab in der Hitze der Heide etwas Frische ins Gespräch. In der Tat waren beim fast rein infanteristischen Kampf der Briten im Inselmorast viele Verluste auf die Folgen körperlicher Erschöpfung zurückzuführen, auch auf die mit ihr verbundene Unaufmerksamkeit. Vor allem der Versorgungstroß, die Köche, Geräte- und Monteurtrupps waren nach jahrelangem Kasernendienst den Anforderungen nicht gewachsen. Das ließ die Bundeswehr aufhorchen, denn ihre Rekruten sind eigentlich ganz gut zu Fuß – wann aber marschierten schon mal die vielen Stabs-Unteroffiziere mit?

Doch ein Offizier spottete, es komme darauf an, welche Erfahrungen man aus anderer Länder Kriegen zöge. So wolle man auch viel von den Israelis lernen, dennoch sei noch niemand auf den Gedanken gekommen, in Deutschland wie in der Wüste den Soldaten Büsche zur Tarnung aufzubinden. Ihm zumindest schien der Marsch absurd – ein abgesessenes Panzergrenadier-Bataillon bei einem Drei-Tage-Gewaltmarsch zu Kriegszeiten? Nur weil im Krieg alles möglich ist, wollte er daran einen Gedanken verschwenden.

Es waren auch wohl eher die inneren Vorgänge in seinem Bataillon, die den Kommandeur marschieren ließen. Das zweiwöchige enge und dauernde Beisammensein auf dem Truppenübungsplatz hatte Bindungen geschaffen, die unter Druck verschweißt werden sollten. Dieser Druck war der Marsch.

Man marschiert nicht in einem Zug; so waren am Freitag, auf der ersten Etappe, die Züge und Gruppen bald auseinandergezogen. Fast marschierte jeder für sich. Ab und zu hörte man noch das Plärren eines Radios. Es gab auch die europäischen Wettermeldungen durch: ... Moskau 5 Grad – „Rechts schwenkt!" befahl daraufhin ein Witzbold. Doch bald waren die Radios als unnützer Ballast auf die Versorgungsfahrzeuge gepackt. Und einige Züge sammelten sich, fingen an zu singen. Auch das Lied vom „Westerwald". Bald hatte sich die rheinische Mentalität der meisten Wehrpflichtigen durchgesetzt, kurz vor Haltringhausen hörten die Heidschnucken: „Wir lassen de Dom in Kölle!" und andere Jeckereien völlig unkriegerischer Art. Allein zur Ablenkung von der Mühe sangen sie, denn es ging sich wirklich leichter mit Lied.

Obwohl die Zugführer das Gepäck nicht beckmesserisch kontrolliert hatten – waren die Munitionstaschen wirklich an jedem Mann? –, wurde einigen das Gepäck schwer. Kameraden halfen für ein paar Kilometer weiter. Ab Sonnabend hatten sich viele Dreiergruppen gebildet, zwei außen, einer humpelnd in der Mitte, der mitgeschleppt wurde.

Das Gefühl, mit dem anderen Gefreiten zusammen zu marschieren, mit dem Unteroffizier zusammen und wegen desselben Leidens vor dem Sanitätsgefreiten zu sitzen, mit dem Hauptmann zusammen auf den Wasserwagen hinter der nächsten Ecke zu hoffen – das schafft das Zusammengehörigkeitsgefühl, das für den Ernstfall so wichtig ist.

Doch diese Gruppenbindung sorgte auch für absurde Umstände. So liefen die durstigen Soldaten einer Kompanie mit den Augen starr geradeaus am Wasserstand einer anderen vorbei – weil ihr Spieß noch besser für sie sorgt, das war doch klar. So hatte ihr Feldwebel bereits im Biwakraum einen Waschplatz aufgebaut, von dem Soldaten der anderen Kompanien wegkomplimentiert wurden.

Zudem eignete sich der Marsch vorzüglich, die Führer und Unterführer des Bataillons unter die Lupe zu nehmen. Wer nicht ankam, hat schlechte Karten bei der Vergabe der wenigen Beförderungsstellen. So erreichten alle losmarschierten 15 Offiziere und 92 Unteroffiziere die Elbe. Ein Hauptmann humpelte zwei Tage lang mit einer Schleimbeutelentzündung. Er ist übrigens 31 Jahre alt, seit 12 Jahren Soldat, verantwortlich für 100 Mann und Millionen Mark teures Gerät und wird nach A 11 bezahlt. Zum Vergleich: Eine Hamburger Grundschullehrerin wird mit etwa 26 und PH-Studium mit A 13 eingestellt.

Genau 100 Kilometer sollten alle marschieren, doch wer weiß, wie viele mehr gelaufen sind? Viele, die zu Hause in Erzählungen noch zehn Prozent draufpacken, mögen recht haben. Vor allem auf der letzten Etappe, in der Nacht zum Sonntag, waren die Karten überholt, und die Konzentration schwand. Es gebe zuwenig Karten, war eine häufige Klage, die jedoch an militärischen Gegebenheiten vorbeiging. Es darf pro Trupp nur einen Kartenleser geben, und der muß eher zwei Kilometer Umweg machen, wenn er merkt, daß er sich verlaufen hat, als 500 Meter zurückgehen. Denn das Wissen der Mannschaften um eine unsichere Führung schadet auf einem Marsch mehr als die zusätzlichen Schritte.

Fast hätten auch britische Soldaten für zusätzliche Wege gesorgt. Sie haben zwischen Soltau und Lüneburg einen für sie reservierten Übungsplatz und ein General der Königin hatte dem Kommandeur gedroht, wenn ein deutscher Soldat ihn betrete, würde England für keinen Pfennig Manöverschaden dort mehr aufkommen. Der Kommandeur ließ trotzdem durchmarschieren. Wenn schon Friedensdemonstranten ungestraft meine Kaserne blockieren dürfen, dachte er, komme er dafür auch ungeschoren davon.

Mehr als die Hälfte des Bataillons sei für die nächsten zwei Wochen innendienstkrank, manche Gelenkerkrankung sei verschlimmert worden, meinte ein Stabsarzt auf dem Elbdeich gegenüber von Geesthacht. Die Truppe war müde, war nach 100 Kilometern hingesunken und schlief tief bis zum Übersetzen. Wie immer bei solchen Märschen hatte es bis zum Schluß humpelnde Witzbolde gegeben, die mit einer Bemerkung einen Stimmungsumschwung bewirken konnten und unersetzlich für die Moral waren. Es verlieh Kraft, wenn sie einen Kameraden, der nur noch mit dem Ballen auftreten konnte, „Nurejew" nannten; wenn sie dem Strümpfe wechselnden Leutnant auflauerten, er zöge neue Slicks auf; wenn sie ausrechneten, daß der Rosenmontagszug genauso lang, doch kurzweiliger sei. „Na ja, verkleidet haben wir uns wenigstens auch."

Neben einiger Motzerei kam nur einmal während des Marsches Zorn auf, als sich das Versprechen des Kommandeurs nicht erfüllen ließ, im Lopau-See zu baden. Es sei verantwortungslos, diese Füße aufweichen zu lassen, außerdem sei es mit den Sicherheitsbestimmungen nicht zu vereinbaren, erläuterten die Feldwebel. Fröhlich plantschten nur die vom Treiben erstaunten Urlauber.

37 Soldaten erreichten das Ziel nicht: Die Hitze forderte ihre Opfer. FOTOS: DETLEV AHLERS

WIE WAR DAS? Als der Papst die Jesuiten tadelte

Von F. MEICHSNER

Anfang September wird die Generalkongregation der Jesuiten in Rom den neuen „Preposito Generale", das Oberhaupt des zugleich renommiertesten und umstrittensten Ordens der katholischen Kirche, wählen. Der „General", auch „schwarzer Papst" genannt, tritt an die Spitze eines 27 000-Mann-Heeres, von dessen „Soldaten" nicht wenige schon seit vielen Jahren beim Vatikan im Verdacht des Ungehorsams stehen.

Es war an einem Novembertag des Jahres 1966, als sich diese drückende Verdachtsatmosphäre in einem Gewitter über 220 in der Sixtinischen Kapelle versammelte Jesuiten-Delegierte unter ihrem spanischen Ordensgeneral Pedro Arrupe entlud, als Paul VI. unter Michelangelos Deckengemälde des Jüngsten Gerichts das Wort ergriff.

„Welche seltsamen und verhängnisvollen Einflüsterungen", so fragte der erzürnte Papst, „haben um alles in der Welt in einigen Winkeln eurer verbreiteten Gesellschaft den Zweifel genährt, ob der Orden weiterhin den von seinem heiligen Gründer (Ignatius von Loyola) aufgestellten weisen und festen Normen folgen solle?" Im Orden habe sich „absoluter Historizismus" breitgemacht, der „das Charisma der permanenten Wahrheiten im Katholizismus" zu verdrängen drohe. Manche Jesuiten neigten zu Aktivismus und individuellem Verantwortungsbewußtsein, worunter die Bereitschaft zum absoluten Gehorsam leide.

Für den päpstlichen Tadel gab es mehr als einen konkreten Anlaß. Jesuiten hatten besonders in den Vereinigten Staaten und in den Niederlanden in aller Öffentlichkeit die Lehraussagen Pauls VI. zur Geburtenregelung (Enzyklika „Humanae vitae") und zum Priesterzölibat in Frage gestellt. Sie hatten sich für die Zulassung von Frauen zum Priesteramt und für andere von Rom abgelehnte „progressistische" Öffnungen eingesetzt. Andere Jesuiten hatten entgegen päpstlichen Warnungen aktiv an den revolutionären Bewegungen und sogar an sogenannten Befreiungskämpfen in der Dritten Welt, vor allem in Lateinamerika, teilgenommen.

Dem scharfen Ordnungsruf folgten andere – sowohl von Paul VI. als auch von dessen Nachfolgern Johannes Paul I. und Johannes Paul II. Sie hatten offenbar nicht die gewünschte Wirkung. Denn als der – nach Ansicht konservativer Vatikankreise viel zu „liberale" – Ordensgeneral Arrupe im August 1981 einen Schlaganfall erlitt und gemäß Ordensstatuten sofort einen seiner Generalassistenten zum Vikar bestellte, entschloß sich Papst Wojtyla zum direkten Eingriff, zu einer Aktion, die in der 400jährigen Ordensgeschichte beispiellos ist: Er annullierte Arrupes Entscheidung, indem er den konservativen Pater Dezza als seinen persönlichen Delegaten interimistisch mit der Leitung des Ordens betraute. Zu Dezzas Koadjutor ernannte er den für besonders energisch geltenden sardischen Pater Pittau. Die von Arrupe gewünschte Generalsneuwahl wurde damit zunächst unterbunden. Auf einer von Dezza einberufenen außerordentlichen Versammlung der Provinzialoberen, Assistenten und Generalräte sollte die aus Reih und Glied geratene Elitetruppe des Papstes erst einmal auf Vordermann gebracht werden.

Den Versammlungsteilnehmern wurden die dezidierten „Wünsche" des Papstes für die künftige Ausrichtung des Ordens übermittelt. Johannes Paul II. selbst verfügte bei einer Audienz: „Für Abweichungen ist kein Raum mehr!" Er verurteilte alles „psycho-soziologische" Theoretisieren. Der Dienst der Jesuiten sei essentiell geistlicher Art, „nicht der des Arztes, des Sozialhelfers, des Politikers oder der Gewerkschafters".

Welche Früchte diese Ermahnungen getragen haben, muß sich bei der jetzt endlich zugelassenen Neuwahl des Ordensoberen zeigen. Als Kandidat des Papstes gilt Pater Pittau. Da aber offizielle Kandidaturen nicht zulässig sind und der „rebellische' Geist im Orden keineswegs ganz unterdrückt zu sein scheint, ist das Ergebnis der geheimen Wahl alles andere als sicher. In Ordenskreisen werden noch andere Namen genannt, darunter der des Direktors von Radio Vatikan, Pater Tucci.



Reich an Spannungen: Pedro Arrupe vor Papst Paul VI. FOTO: DPA

Blockade mit Böll, Grass und Kindern

XING-HU KUO, Stuttgart

In aller Frühe wird heute der sogenannte „heiße Herbst" eröffnet: Um 5.45 Uhr treffen sich in Mutlangen (bei Schwäbisch Gmünd) Prominente der „Friedensbewegung" zum Beginn ihrer bundesweit angelegten Aktionen gegen die mögliche Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland. Datum und Uhrzeit sollen daran erinnern, daß am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg begonnen hatte. Der Ort Mutlangen wurde für diesen Auftakt ausgewählt, weil dort das Hauptquartier der 56. US-Feldartillerie-Brigade beheimatet ist, die angeblich mit Pershing-2-Raketen bestückt werden soll.

Für den Beginn dieses sogenannten heißen Herbstes hat die „Friedensbewegung" so ziemlich alles aufgeboten, was im In- und Ausland an linker Prominenz aufzutreiben war. Erwartet werden für die dreitägige Blockade des US-Hauptquartiers in Mutlangen neben 5000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet rund 150 „Promis", wie die namhaften Gäste im Camp-Jargon heißen.

Von der SPD und den Grünen werden u. a. Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Gerd Bastian, die ehemaligen Berliner und Hamburger Bürgermeister Pfarrer Heinrich Alberts und Hans-Ulrich Klose kommen. Schriftsteller und andere Künstler wollen sich ebenfalls an der dreitägigen Blockade beteiligen: Die Palette reicht von Günter Grass, Heinrich Böll, Robert Jungk bis zur Schauspielerin Barbara Rütting.

Viel versprechen sich die Veranstalter auch vom Erscheinen zahlreicher Pfarrer, Richter und Staatsanwälte in Dienstkleidung. Eine besondere Wirkung soll durch die Teilnahme von zahlreichen Kindern an der Blockade erzielt werden.

Bis Ende Oktober ist bundesweit eine ganze Reihe ähnlicher Aktionen geplant, vor allem gegen amerikanische Einrichtungen: „Sternmärsche" zum amerikanischen Waffendepot in Bitburg (Eifel). „Die-ins" (Massensterben), beispielsweise in München, einen Frauenmarsch von Berlin nach Genf.

Abschließender Höhepunkt in Baden-Württemberg: am 22. Oktober eine 100 Kilometer lange „Menschenkette" von Stuttgart bis Neu-Ulm.

Bei den Neuen Medien hat die Zukunft längst begonnen

Die 7. Internationale Funkausstellung in Berlin zeigt, wohin die Fahrt geht

Von JÜRGEN HÖFLE

Was auf dem Gebiet der Neuen Medien in diesem Jahr auf der 7. Internationalen Funkausstellung in Berlin gezeigt wird, ist keine Zukunftsmusik mehr. Die neuen Medien sind da. In Einzelfällen kann man sagen, sie stehen „ante portas".

- Satelliten strahlen durch Werbung finanzierte TV-Programme aus – auch in Europa.
- Über Kabel empfangen viele Hunderttausende von Familien zusätzliche Fernsehprogramme – auch in Europa.
- Video-Recorder und Video-Filme erweitern das Fernsehangebot – auch in Europa.
- Bildschirmtext hat Bundespostminister Schwarz-Schilling am 31. August das Startsignal gegeben.
- Videotext ist dabei, bundesweite Verbreitung zu erreichen.
- Eine bierdeckelgroße, silberglänzende Scheibe, Compact Disk (CD) genannt, ist dabei, eine Revolution im HiFi-Bereich herbeizuführen.
- Verlagsriesen wie der Konzern Bertelsmann schicken sich an, in das Fernsehgeschäft einzusteigen. Das Unternehmen hat beim rheinland-pfälzischen Justizministerium einen Erlaubnisantrag gestellt, sich am Kabelpilotprojekt Ludwigshafen als Programmveranstalter zu beteiligen. Dabei denke das Gütersloher Unternehmen daran, Kooperationspartner in seine Pläne einzubeziehen.

Was tut sich da? Wie ist diese Medienszene so in Bewegung geraten? Wohin geht die Fahrt? Am Anfang war der Chip. Anders gesagt: Die rasant fortschreitende Technik, besonders aber die Mikroelektronik, hat diese Entwicklung erst möglich gemacht.

Gerhard Naeher schreibt in seinem Buch „Stirbt das gedruckte Wort": „Das Vordringen von Mikroprozessoren, die millionenfach Daten speichern und mit logischer Intelligenz verarbeiten können, wird das tägliche Leben der Zukunft stärker prägen, als dies der technische Fortschritt in der Vergangenheit vermochte."

Wann man die verschiedenen Bereiche der neuen Medien betrachtet, ergibt sich folgender Stand:

Satellitenfernsehen: Die „European Space Agency" (ESA) startete 1978 einen „Orbital Test Satellite" (OTS), um damit Telekommunikationsversuche durchzuführen. Als diese Tests abgeschlossen waren, gab die „Eutelsat", die Gemeinschaft aller Europäischen Postverwaltungen, der englischen Firma „Satellite Television" die Genehmigung für ein englischsprachiges kommerzielles Fernsehprogramm. Dieses Programm wird seit dem 26. April 1982 ausgestrahlt und kann mit Parabolantennen, die einen Durchmesser von 3 m haben, überall in Europa empfangen werden, soweit dies der jeweilige Gesetzgeber erlaubt.

Im Frühsommer 1984 wird ein sog. „ECS-Satellite" (European Communications Satellite) betriebsfertig sein. Auf dessen neun Kanälen werden Deutsche, Engländer, Franzosen, Schweizer und Holländer auch kommerzielle Programme senden. Ein eigener deutscher Rundfunk-Satellit wird im Sommer 1985 betriebsfertig sein. Mit diesem Satelliten werden ARD und ZDF arbeiten, während die privaten Programmveranstalter wahrscheinlich über einen Kanal des ECS-Satelliten ihre Programme ausstrahlen werden. Auf einen derartigen Kompromiß werden sich wahrscheinlich die Ministerpräsidenten der Länder im Oktober einigen.

Kabelfernsehen: Zum Jahreswechsel 1982/83 waren rund 350 000 Haushaltungen in der Bundesrepublik verkabelt. Die Bundespost investiert in diesem Jahr eine Milliarde Mark, um überall in der Bundesrepublik die Kabelnetze zu erweitern. In vier Pilotprojekten (Ludwigshafen, Berlin, München, Dortmund), die viele Millionen Mark kosten, soll getestet werden, wie der Bürger auf dieses neue Angebot reagiert. Nur in Ludwigshafen werden private Programmveranstalter zugelassen.

Video: Video-Recorder sind unaufhaltsam auf dem Vormarsch. Ende 1982 verfügten rund 10 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik über einen Video-Recorder. Der Umsatz mit Programm-Cassetten, der fast ausschließlich vom Verleihgeschäft getragen wird, lag Ende 1982 bei 450 Mill. DM. Bis 1985 wird voraussichtlich jeder dritte Haushalt einen Video-Recorder besitzen. Die Bildplatte kann sich im Wettbewerb mit dem Video-Recorder kaum durchsetzen. Ihr Nachteil liegt vor allem darin, daß die Aufzeichnung und das Löschen von Programmen nicht möglich sind.

Bildschirmtext: Btx eröffnet für jedermann den Zugriff auf Datenbanken der verschiedensten Art, wobei das herkömmliche Fernsehgerät zum Bildschirmtext-Terminal erweitert und das vorhandene Telefonnetz als Übertragungsweg eingesetzt wird. Der Teilnehmer kann Btx rund um die Uhr nutzen. Er kann aktuelle Meldungen, Sportergebnisse, Verbraucherinformationen, Devisen- und Sortenkurse abrufen. Der Fernsehzuschauer wird zum „Fernleser". Dieser kann aber auch über das Fernsehgerät einkaufen, sein Bankkonto führen, Rechnungen bezahlen, Spiele spielen, Hotelreservierungen vornehmen und schließlich mit jedem Teilnehmer individuelle Mitteilungen austauschen, die nur Bruchteile von Sekunden unterwegs sind.

Videotext: Videotext bietet, ähnlich wie Btx, Textinformationen auf dem Bildschirm. Der Nachteil: Die Seiten benötigen eine gewisse Zeit, um auf dem Schirm aufzutauchen (Zugriffszeit). Sie sind bei Antennenstörungen oft unleserlich, weil Videotext im Gegensatz zu Btx gesendet wird. Trotzdem verbreitet sich auch dieses Medium langsam, aber sicher. Vorteil: Noch ist es kostenlos, während bei Btx gewisse Telefongebühren anfallen.

Compact Disk: Ein mit Laserstrahl arbeitender Digital-Plattenspieler zaubert aus den kleinen bierdeckelgroßen Scheiben Klänge von bisher ungehörter Klarheit. Alle Fachleute sind sich so einig wie selten: Hier bahnt sich eine Revolution des HiFi-Bereichs an. Bis zu 70 000 Plattenspieler (Preis ca. DM 2000) und rund 200 000 Platten zum Preis von DM 35 bis DM 40 sollen in diesem Jahr in Deutschland verkauft werden. Branchenkenner sagen voraus, daß es in zehn Jahren keine herkömmlichen Schallplatten mehr, sondern nur noch Compact Disks geben wird.

Seite 9: Europäische Konzentration

„Höchste Zeit, daß Schmidt ein klares Wort spricht"

WELT-Interview mit der FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer zur Nachrüstungsdebatte

DW. Bonn

Die FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer hat den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgefordert, sich jetzt öffentlich genauso zum NATO-Doppelbeschluß zu bekennen wie in seiner Zeit als Regierungschef. In einem WELT-Interview warf sie den Sozialdemokraten vor, sich in dieser Frage „mit einer Mischung aus Selbstverleugnung und Unredlichkeit" von ihrer bisherigen Sicherheitspolitik zu verabschieden. Die Fragen stellte Stefan Heydeck.

WELT: Im Herbst will sich der Bundestag erneut mit dem NATO-Doppelbeschluß befassen. Sehen Sie angesichts des Streits zwischen Regierung und Opposition noch die Möglichkeit zu einer Rückkehr auf die vor dem Bonner Bündniswechsel vom gesamten Parlament gemeinsam vertretene Linie?

Adam-Schwaetzer: Die Koalition hält an dem damals gemeinsam Beschlossenen eindeutig fest. Die SPD aber verabschiedet sich mehr und mehr von ihrer bisherigen Sicherheitspolitik. Beim Doppelbeschluß macht sie das mit einer Mischung aus Selbstverleugnung und Unredlichkeit. Mit der Bekämpfung einer von ihr selbst noch vor Jahresfrist verfochtenen Politik versucht sie sich bei den Grünen und Alternativen gerade auch mit Blick auf die Landtagswahlen anzubiedern. Das ist in meinen Augen das Verhalten einer alternden Diva, die jede Rolle anzunehmen bereit ist, wenn sie dadurch nur im Geschäft bleiben kann.

WELT: Aber nun gibt es ja unter anderem den ehemaligen Kanzler Helmut Schmidt, der wesentlich am Zustandekommen des NATO-Doppelbeschlusses mitgewirkt hat ...

Adam-Schwaetzer: Es ist höchste Zeit, daß endlich gerade er ein klares Wort spricht und sich als Bundestagsabgeordneter der SPD öffentlich zu dem bekennt, was er als Kanzler vertreten hat. Aber derzeit ist es wohl



FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer

eher so, daß die Sozialdemokraten um ihn eine Mauer des Schweigens errichten. Es ist schon ein aufsehenerregender Vorgang, daß seine Genossen laut Presseberichten sogar versuchen, sein letztes, Monate zurückliegendes Eintreten vor der SPD-Fraktion für beide Teile des Doppelbeschlusses einfach totzuschweigen.

WELT: Halten Sie es nicht doch noch für möglich, daß sich bei einer Abstimmung im Bundestag SPD-Politiker an den von ihnen früher vertretenen Kurs erinnern?

Adam-Schwaetzer: Erst einmal: Jetzt geben in der Sicherheitspolitik in der SPD die Lafontaines, Bahrs und Kloses den Ton an. Unterstützung und Rückendeckung erhalten die dabei von ihrem Parteivorsitzenden Willy Brandt und von Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, der vor dem linken Flügel wohl schon kapituliert hat. Trotzdem: Ich hoffe noch, daß trotz dieses Drucks zumindest einige SPD-Abgeordnete zu ihren früheren Entscheidungen stehen und bei einem möglichen Scheitern der Genfer Verhandlungen die dann unumgängliche Nachrüstung mittragen werden.

WELT: Wie aber wollen Sie eine denkbare Aufstellung neuer Raketen für die Bürger einsehbar machen? Das auch vor dem Hintergrund jüngster Umfrageergebnisse?

Adam-Schwaetzer: Vielleicht haben wir alle die starke Emotionalisierung dieser Frage nicht rechtzeitig genug erkannt und zu spät darauf reagiert. Wichtig ist jetzt, daß wir die Bürger sachlich und nüchtern darüber informieren und aufklären, was zum Erhalt der Sicherheit Europas und des Friedens unerläßlich ist. Auch wenn dies eine eher mittel- und langfristige Aufgabe ist, so sind aber nicht nur wir Politiker, sondern auch Medien, Kirchen und alle gesellschaftlichen Gruppen gefordert.

In den Domänen der SPD sucht Wallmann die Entscheidung

Von D. GURATZSCH

Vier Wochen vor der Hessenwahl ist die CDU unter ihrem neuen Landesvorsitzenden, dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, mit Großkundgebungen in die „heiße Phase" des Wahlkampfes eingetreten. Alles ist anders an diesem Start als vor einem Jahr, als der Versuch von Alfred Dregger zum vierten Mal scheiterte, der SPD die Macht, die sie seit 1951 ununterbrochen innehat, zu entreißen.

Wallmann hat seine Großkundgebungen mitten in die Domänen der SPD, in die industriellen Ballungsgebiete, gelegt – Dregger hatte noch die Auftaktkundgebung mit gewaltigem Publikumsandrang in Frankfurt, auf dem Römerberg, abgehalten. Damals wie heute mußten die Politiker gegen pfeifende, johlende, transparentschwingende Politrokker anreden. Aber während es damals allein in Frankfurt 17 Verletzte und vier Schwerverletzte bei Prügeleien gab, ist es bei den Kundgebungen dieses Jahr noch zu keinen Rüpeleien mit Verletzungsfolgen gekommen. Während damals die Wahlplakate der Parteien demoliert, überklebt und zertrümmert wurden, haben sie in diesem Jahr den Wahlkampf bis jetzt nahezu unbeschädigt überstanden – ein Novum in der Nachkriegsgeschichte seit 1968.

Aber es ist nicht auszuschließen, daß das veränderte Klima des Wahlkampfes auch ein Symptom mangelnden Interesses ist. Meinungsumfragen der SPD zum Trotz, die erfahrungsgemäß in Hessen die besten Ergebnisse bei hoher Wahlbeteiligung erzielt, scheint sich die Begeisterung des Publikums für den dritten Wahlkampf, den dieses Land innerhalb dieses Jahres erlebt, in Grenzen zu halten. Noch keine einzige Veranstaltung konnte überfüllte Säle oder gar Marktplätze melden. Selbst bei den Rockfesten der Grünen unter dem suggestiven Titel „Der Löwe ist los" wollen sich die Hallen nicht recht füllen.

Zugpferd der CDU beim Auftakt in Wetzlar sollte der Bundeskanzler sein. Aber der abschüssige Domplatz in der Lahnstadt, der an guten Tagen bis zu 10 000 Menschen fassen kann, sah an diesem sonnigen Montagabend nur knapp 3000. Waren das wirklich die Arbeiter der „industriellen Ballungsregion", die Kohl und Wallmann hier ansprechen wollten?

Es ist das Konzept Walter Wallmanns, der vor Ort gehen und mit Argumenten um Vertrauen werben möchte. Zu diesem Konzept gehören „Gespräche mit der Jugend", wie sie Wallmann schon in Runkel bei Limburg geführt hat, Auftritte in Bürgerhäusern und eben auch in Industriezentren, wo sich die Wahl entscheiden wird; denn ohne Stimmen aus dem SPD-Reservoir kann die CDU die Wahl auch diesmal nicht gewinnen. Mit offenem Visier zu kämpfen, nichts zu versprechen, was nicht gehalten werden kann, sich den Bürgern zu stellen, sich von ihnen in die Pflicht nehmen zu lassen – das ist das immer wiederholte Angebot Wallmanns. In Frankfurt hat er damit Erfolg gehabt, ob es in der Provinz Anklang findet, muß sich erst noch erweisen.

Dem Bundeskanzler, so scheint es in Wetzlar, ist dieses Konzept wie auf den Leib geschnitten. Braungebrannt, im hellgrauen Anzug, gelingt ihm mit Appellen an die gemeinsame Anstrengung, an die geistig-moralische Verantwortung, an das Verständnis für die Jugend ein fast volkstribunhafter Auftritt. Die „Turnschuhgeneration" sei eine „ganz prima Generation", der „Schatz der Bundesrepublik" sei der hohe Ausbildungsstand, seien aber auch Fleiß und Ideenreichtum ihrer Bürger, „rücken wir zusammen – wir schaffen das", solche Sätze sind den Leuten wie aus dem Herzen gesprochen. Als Kohl zum Schluß in das Pfeifkonzert der 200 Demonstranten hineinruft: „Und so führen wir auch den Wahlkampf in Hessen – nicht, indem wir versuchen, andere niederzubrüllen, sondern indem wir versuchen, sie zu überzeugen", rührt das Publikum auch in den hintersten Ecken des Platzes die Hände.

Am Abend darauf, in Rüsselsheim, sind die Demonstranten mit denselben Plakaten und denselben gelben und roten Trillerpfeifen erneut zur Stelle und begleiten die Reden von Walter Wallmann und Bundesfamilienminister Heiner Geißler mit ohrenbetäubendem Lärmen. Diesmal kommen auch Knallkörper, drei Tomaten und ein Apfel geflogen, zerplatzen am Rand des Podiums und zwischen den Sitzreihen der Senioren. Und dennoch ist diese Veranstaltung auf dem Marktplatz fast eine Sensation. In diesem Zentrum der Startbahnbewegung hat schon lange kein Spitzenpolitiker mehr einen Auftritt unter freiem Himmel riskieren wollen.

Vor den 1000 Zuhörern stellt Walter Wallmann sofort die Maßstäbe seiner Politik klar: „Die SPD ist nicht unser Hauptgegner – unsere Feinde sind die Extremisten aller Schattierungen." Da übertönt der Beifall zum erstenmal laut und lange die Pfeifen und Sprechchöre. Heiner Geißler beschwört die christlichen Tugenden Nächstenliebe, Toleranz, Einsatzbereitschaft für den anderen und verurteilt die „faschistische Gesinnung" der Demonstranten. Als wollten sie ihm recht geben, grüßen sie mit dem Hitlergruß.

Im Fall des MAD-Chefs Schmähling gibt es noch viele ungeklärte Fragen

Minister entscheidet über Disziplinarverfahren / Hat der Admiral Unwahrheit gesagt?

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Nachricht der WELT über die bevorstehende Ablösung des Chefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Admiral Elmar Schmähling, hat bei den Angehörigen des Nachrichtendienstes und bei den anderen Sicherheitsbehörden beträchtliche Aufmerksamkeit gefunden. Das Bundesverteidigungsministerium, das seit mehreren Wochen informelle Ermittlungen gegen den 46jährigen Admiral führt, ist darum bemüht, keine Einzelheiten der gegen Schmähling erhobenen Vorwürfe nach außen dringen zu lassen.

Die Überprüfung der zum „Fall Schmähling" eingegangenen Informationen liegt in der Hand des stellvertretenden Generalinspekteurs, General Walter Windisch. Er hat, wie inzwischen bekanntgeworden ist, mehrere Gespräche mit Admiral Schmähling geführt. Dabei soll es in erster Linie um Beziehungen des Admirals zu einer Mitarbeiterin an der Schule für das Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Bad Ems gegangen sein. Dabei sollen auch Notizen, die darüber angefertigt worden sind und von denen das Bundesverteidigungsministerium Kenntnis erlangt hat, eine Rolle spielen. Windisch, dem – neben einem Schulkommandeur – diese Schule in Bad Ems unterstellt ist, hat dem Admiral deshalb Vorhaltungen gemacht. Dabei habe Schmähling Angaben und Rechtfertigungen unterbreitet, die bei näherer Nachprüfung General Windisch Gewißheit gegeben hätten, sie seien nicht wahrheitsgemäß gewesen.

In einem zweiten Gespräch habe General Windisch dies auch dem MAD-Chef gesagt. In anderen Fällen, die ebenfalls überprüft werden, soll es um Alkoholmißbrauch gehen. Um im Interesse des MAD und der Bundeswehr diese Vorgänge möglichst nicht in die breite Öffentlichkeit gelangen zu lassen, wurde mit Admiral Schmähling vereinbart, daß er seinen Jahresurlaub antritt. Er selbst meldete sich allerdings krank. In einem kurzen Fernschreiben vom 17. August, das an alle MAD-Kommandeure gegangen ist, heißt es lediglich: „Bin erkrankt. Voraussichtliche Wiederaufnahme des Dienstes Anfang September."

Dazu wird es, wie es aussieht, allerdings nicht kommen. Die Entscheidung liegt bei Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, der heute aus dem Urlaub nach Bonn zurückkehrt.

Zu diesen Entscheidungen gehört auch, ob gegen Admiral Schmähling ein Disziplinarverfahren mit der möglichen Folge eines truppendienstgerichtlichen Verfahrens eingeleitet wird. Da der Admiral erst 46 Jahre alt ist, wird nicht an eine vorzeitige Pensionierung gedacht. Admiral Schmähling war durch die starke Fürsprache von SPD-Politikern im Februar 1982 mit der Leitung des MAD beauftragt worden. Für seine Nachfolge an der MAD-Spitze gibt es mehrere Namen. Ob sich Minister Wörner dabei für einen Offizier des MAD oder einen Außenstehenden entscheidet, ist ungewiß. Allerdings, das zeigen die Erfahrungen, war die Auswahl von außenstehenden Offizieren – Schmähling und den früheren MAD-Chef Scherer kann man dazuzählen – nicht die richtige Entscheidung.

Kohl für faire Diskussion über Albrecht-Thesen

dpa, Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat an die Union appelliert, die Diskussion über das Thesen-Papier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zur Wirtschaftspolitik fair und in wechselseitigem persönlichen Respekt zu führen. Kohl: Albrechts Thesen enthielten sowohl Vorschläge, denen er zustimme, als auch solche, die er ablehne. Abgelehnt würden von ihm beispielsweise Albrechts Ausführungen zur geltenden Mitbestimmungsregelung. „Die Mitbestimmung wird nicht angetastet", sagte Kohl, der im übrigen auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Leitlinien des CDU-Grundsatzprogramms und die Aussagen seiner Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik verwies.

Albrechts Thesen hatten innerhalb der Union gegensätzliche Äußerungen ausgelöst. Die von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm geführten Sozialausschüsse lehnten die Vorschläge ab, während die CSU und auch die FDP sie als Schritt in die richtige Richtung bewerteten.

Albrecht plädiert unter anderem für eine Senkung der Unternehmensbesteuerung um 20 Prozent und hält zum Ausgleich eine Mehrwertsteuererhöhung für denkbar. Er vertritt die Ansicht, die bisher eingeleiteten Maßnahmen allein reichten nicht aus, einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung herbeizuführen und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Kohl machte in seiner Stellungnahme klar, daß Albrecht die Thesen auf seine Bitte hin als Lagebeurteilung in einem Diskussionspapier für das CDU-Präsidium vorgelegt habe. Für eine große Volkspartei sei es wichtig, auch schwierige Themen offen und sachlich diskutieren zu können, erklärte der Bundeskanzler.

Polnischer Diplomat bittet um Asyl

JGG. Kopenhagen

Der erste Sekretär der polnischen Botschaft in Kopenhagen, Zygmunt Idczakowski, hat gemeinsam mit seiner Frau, seiner Tochter und Ehemann sowie deren Kind die dänischen Behörden um politisches Asyl gebeten. Wie polnische Kreise aus Dänemark berichteten, wurden alle fünf Polen sofort unter Polizeischutz gestellt, bis das dänische Justizministerium eine Entscheidung treffen wird.

Moskau: Hungerstreik für Abrüstung

AFP, Moskau

Der erste auf Grund seines Engagements für die nukleare Abrüstung verurteilte Sowjetbürger, Alexander Schatrawka, ist aus Protest gegen das Verbot, Briefe zu schreiben, in den Hungerstreik getreten. Die Ehefrau Schatrawkas, der wegen „antisowjetischer Tätigkeit" zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war, teilte in Moskau mit, sein Hungerstreik habe am 19. August begonnen und werde bis zum 7. September dauern. An diesem Tage sollen in Madrid die Außenminister der Signatarstaaten der KSZE-Schlußakte zur Abschlußsitzung der Folgekonferenz zusammenkommen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Auch die Basken kommen ohne Madrid nicht aus

Die Naturkatastrophe zeigte die Grenzen der Autonomie

HEINZ BARTH, Bonn

Langsam arbeitet sich das Baskenland aus dem Schlamm der Überschwemmungskatastrophe des vergangenen Wochenendes, die 40 Menschenleben gekostet hat. Es wird noch bis Mitte September dauern, bevor sich der volle Umfang der Schäden ermessen läßt, die Madrid zwangen, das Gebiet zu einer Desaster-Zone zu erklären, womit automatisch eine finanzielle Hilfsaktion der Zentralregierung verbunden ist. Das wäre an sich nichts Ungewöhnliches, denn Spanien wird mit einiger Regelmäßigkeit von solchen entfesselten Naturereignissen heimgesucht. Noch vor weniger als einem Jahr wurde die Levanteküste von einer ähnlichen Katastrophe betroffen, die sich fortgesetzt wiederholen, weil es dem Land an einer Regulierung seines hydraulischen Systems fehlt.

Doch die Überschwemmung der Altstadt von Bilbao, die von dem Unglück am härtesten betroffen wurde, wirft neben den Problemen der Vorbeugung und Infrastruktur auch Fragen auf, die das gespannte Verhältnis der Basken zur spanischen Regierung unmittelbar berühren.

Dieses Verhältnis ist nicht viel besser geworden, seit Madrid ihnen die Autonomie gewährte und der baskischen Identität Zugeständnisse machte, die weit über das hinausgehen, was der Selbständigkeit anderer spanischer Regionen, mit Ausnahme Kataloniens, zugestanden wurde.

Eigentlich müßten die Fluten von Bilbao den überhitzten Nationalismus der Basken zur Besinnung gebracht haben. Es waren die Hubschrauber der von den ETA-Terroristen verfolgten Guardia Civil, die der Bevölkerung zu Hilfe kamen und die Opfer der Überschwemmung von den Dächern ihrer Häuser holten. Es waren auch die Lastauto-Kolonnen und die Tankwagen des spanischen Heeres, die Lebensmittel und Wasser heranbrachten.

König Juan Carlos, der bei seinem ersten offiziellen Besuch der Region von den radikalen Separatisten des Basken-Parlaments wie ein fremdes Staatsoberhaupt behandelt worden war, besuchte die Desaster-Zone ebenso wie Ministerpräsident Felipe Gonzales – eine nicht mißzuverstehende Geste der Verbundenheit mit Spaniens widerspenstigster Provinz. Ein Hinweis auch für die Basken, daß sie sich mit ihrem Streben nach Unabhängigkeit und ihrem oft herausfordernden Auftreten gegen die Zentralgewalt vielleicht doch übernommen haben. Für Carlos Garaikoetzea, den überaus selbstbewußt auftretenden „Lendakari" (Präsidenten) der Basken-Regierung, war bisher nichts genug, was Madrid an Autonomie konzediert hatte. Die Autonomie, so behauptet er, sei auf halbem Weg stehengeblieben. Was er von der Monarchie verlangt, ist nicht mehr und nicht weniger als die Aufteilung Spaniens in einen Staatenbund, der den Basken mehr Selbständigkeit einräumt als der Mehrzahl der anderen Autonomien, die nicht die gleichen nationalen Besonderheiten aufweisen.

Doch wenn es ernst wird, wie bei dem Desaster von Bilbao, zeigt sich jedesmal, daß es ohne die zentrale Autorität eben doch nicht geht. Die baskische Industrie könnte ohne das übrige Spanien, das ihr natürliches Absatzgebiet ist, in der jetzigen Wirtschaftkrise nicht überleben – nicht zu reden von den Problemen, die der spanische Beitritt zur EG schaffen würde.

Frankreichs Kommunisten dringen in Verwaltung und Wirtschaft vor

Der Kampf um Schlüsselpositionen / Regierung Mitterrand „Geisel der KPF"?

H. WEISSENBERGER, Paris

Das Ende der traditionellen Ferienpause fällt in diesem Jahr zusammen mit einer neuen kommunistischen Offensive, die von der Verwaltung und den verstaatlichten Betrieben übergreift auf die Privatwirtschaft. Stoßkeil dabei ist die kommunistische Gewerkschaft CGT, trotz rapiden Mitgliederschwunds in den letzten zwei Jahren mit etwa 1,5 Millionen Mitgliedern immer noch die stärkste der französischen Gewerkschaften.

Der an allen Fronten geführte kommunistische Vorstoß veranlaßte den Chef der Angestelltengewerkschaft CGC (Confédération Générale des Cadres), Paul Marchelli, in einem Interview mit der Tageszeitung „Le Figaro" zu dem Alarmruf: „Zur Zeit regieren weder die Regierung noch Staatspräsident Mitterrand Frankreich, sondern die Kommunistische Partei und die CGT."

In der Tat ist die Anwesenheit von vier kommunistischen Ministern im Kabinett die Achillesferse des Regimes von Präsident Mitterrand, dem die gaullistische Opposition vorwirft, zur „Geisel" der KPF geworden zu sein.

Dies wurde deutlich klar bei den Kommunalwahlen im Frühjahr, bei denen sich die Sozialisten gezwungen sahen, fast überall „Einheitskandidaten" zusammen mit der KPF aufzustellen, um angesichts der wachsenden Opposition gegen die linke Koalition zu retten, was zu retten war.

Der gaullistische Parteichef Jacques Chirac und andere Oppositionsführer haben in letzter Zeit mehrfach die Entfernung der kommunistischen Minister aus der Regierung gefordert. Sie weisen darauf hin, daß die kommunistischen Kabinettsmitglieder eine „Belastung" für die Glaubwürdigkeit der Regierung im Ausland seien: Sowohl hinsichtlich Polens wie Afghanistans wie in der Frage der Euroraketen wie der Haltung gegenüber der NATO oder auch des Eingreifens in Tschad und der Austerity-Politik stehen die Kommunisten in offener Opposition zu Mitterrand und seinem sozialistischen Ministerpräsidenten Pierre Mauroy.

Daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten die KPF die Regierungskoalition nicht aufkündigt, erläuterte der KP-Minister Anicet le Pors vielsagend: „Die KP ist eine Partei, die ihre eigene Meinungsbildung und die Zugehörigkeit zu der Koalition auf dialektische Weise in Übereinklang bringt."

Dieser dialektische Kunstgriff sieht in der Praxis so aus: Unter dem kommunistischen Transportminister Charles Fiterman wurde staatlichen Betrieben wie Air France, der Eisenbahn, dem Kohlebergbau und den Verkehrsbetrieben des Pariser Großraums zur Auflage gemacht, soundsoviel Personal neu einzustellen. Man braucht nicht dreimal zu raten, welches Parteibuch die von Amts wegen angeheuerten Kameraden haben.

Der „starke Gewerkschaftsarm der KPF", die CGT, weitet die Wühlarbeit in diesem Herbst noch aus. Im Zuge des neu in Kraft tretenden Gesetzes „zur Demokratisierung des öffentlichen Sektors" kommen Gewerkschaftsvertreter in die Verwaltungsräte der öffentlichen Betriebe, und im Rahmen der neuen Arbeitsgesetzgebung des sozialistischen Arbeitministers Jean Auroux, den viele den „fünften kommunistischen Minister im Kabinett Mauroy" nennen, bekommen die Gewerkschaften weitgehende Befugnisse in Privatbetrieben.

Selbstverständlich profitiert davon in erster Linie die CGT. Sie marschiert in diesen neuen Kampf um Schlüsselpositionen in der Wirtschaft mit populären Schlagworten wie „Wiedereroberung des einheimischen Marktes" und „Kampf zur Verteidigung der Arbeitsplätze". Die staatliche Autofirma Renault bekam die neue Taktik bereits zu spüren: Die CGT ritt eine scharfe Attacke gegen die Direktion, die in den USA investieren wollte. „Verrat am sozialistischen Experiment in Frankreich", tönte die CGT.

Nur noch französisch soll demnächst auch das Papier sein. Die CGT bestätigte jetzt, daß sie in einer „Aktionswoche" vom 19. bis 23. September nur Zeitungen drucken lassen wird, die auf französischem Papier gedruckt werden.

Die CGT demonstrierte auch vor dem Industrieministerium des Sozialisten Laurent Fabius, weil dieser die Genehmigung zum Verkauf der Zeitungspapierfabrik Chapelle-Darblay an einen holländischen Konzern genehmigte. Der Automobilfirma Peugeot-Citroën-Talbot will die CGT vorschreiben, den berühmten „Deux Chevaux" weiter in Poissy bei Paris zu bauen, statt die Produktion in das kostengünstigere Spanien zu verlegen.

Am verblüfftesten jedoch war wohl der erst vor einem Jahr neu ernannte Chefredakteur der der sozialistisch-kommunistischen Regierung nahestehenden Tageszeitung „Le Monde", André Laurens, als er in seiner eigenen Zeitung ein ihm bis dahin unbekanntes Kommuniqué der CGT las, in der eine neue Chefredaktion gefordert wurde. (SAD)

Salvador: Neuer Dialog mit der Guerrilla

AFP, San José/Bogotá

Als „großen Erfolg" haben Vertreter der salvadorianischen Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) ihre zweite Begegnung mit dem US-Sonderbotschafter für Mittelamerika, Richard Stone, bezeichnet. Das Treffen in der costaricanischen Hauptstadt San José zwischen Stone und Vertretern der salvadorianischen Guerrilla war auf Vermittlung des Staatspräsidenten von Costa Rica, Louis Alberto Monge, zustande gekommen. Monge bezeichnete das Klima der Gespräche als „offen" und von „gegenseitiger Achtung" geprägt.

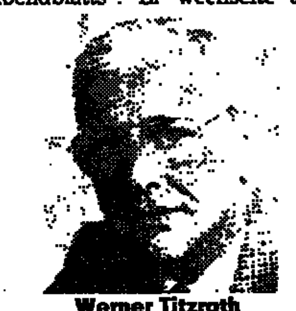
Während sich Stone, der von drei amerikanischen Beratern begleitet wurde, nach dem Gespräch kommentarlos zurückzog, betonten die beiden FDR-Führer Guillermo Ungo und Ruben Zamora, daß eine Verhandlungslösung des Konflikts in El Salvador am vernünftigsten wäre. Zamora erklärte, die USA hielten den Schlüssel zu einer politischen Lösung in ihren Händen. Die Guerrilla hoffe, daß die direkten Kontakte mit der amerikanischen Regierung eine „wirkliche und nicht nur taktische Änderung" bedeuteten.

Werner Titzrath gestorben

DW. Berlin

Werner Titzrath, Chefredakteur der Zeitung „Hamburger Abendblatt", ist nach längerer schwerer Krankheit im 56. Lebensjahr gestorben.

Werner Titzrath, geboren in Essen, gehörte dem Verlagshaus Axel Springer seit 30 Jahren an und leitete die Redaktion des „Hamburger Abendblatts" seit dem 1. August 1969. Seine journalistischen Sporen verdiente sich Titzrath nach Ausbildung und dreijähriger Tätigkeit bei der Industrie- und Handelskammer in Essen, in der Redaktion der Kölner Zeitung „Die Welt von morgen". Als Korrespondent ging er 1952 nach Bonn, wo er für das „Hamburger Abendblatt" und andere bedeutende Zeitungen arbeitete. 1958 wurde er Leiter des Bonner Büros des „Hamburger Abendblatts". Er wechselte am 1.



Werner Titzrath

September 1963 zur „Bild"-Zeitung nach Hamburg, wo er zum stellvertretenden Chefredakteur berufen wurde. Von Februar 1966 bis Dezember 1968 leitete er das Ressort Innenpolitik der WELT bis zur Berufung zum stellvertretenden Chefredakteur des „Hamburger Abendblatts" im Jahre 1969. Wenige Monate später wurde er Chefredakteur.

Werner Titzrath, erfahrener und besonnener Journalist, hat die vom Verleger Axel Springer begründete Konzeption des „Hamburger Abendblatts", eine der erfolgreichsten Tageszeitungen der Bundesrepublik, weiterentwickelt. Sein Ziel war es, in klarer Erkenntnis heraufziehender Gefahren, Hamburgs größte Tageszeitung gegen die Konkurrenz der elektronischen Medien zu sichern – insbesondere durch eine umfassende Berichterstattung im lokalen und regionalen Bereich.

Funk-Ideen aus Moskau

Tass und Sowjetradio richten sich in der Karibik ein

HERMANN JÄGER, Worms

In den Funkhäusern der sonnenüberstrahlten Karibik herrscht Empörung über die eigene Rundfunk-Union, die „Caribbean Broadcasting Union" (CBU). Was war geschehen? Mit Datum vom 21. März 1983 erhielten die dieser Rundfunk-Union angeschlossenen Sender – sozusagen auf dem Amtswege – ein Schreiben des Sekretariats der „CBU" mit Sitz in Bridgetown (Barbados), in dem die Bitte ausgesprochen wurde, „aus dem beiliegenden Dokument doch das eine oder andere in die eigenen Programme einfließen zu lassen-" ... Das beigefügte „Dokument" trägt die Überschrift „Sowjetische Radioprogramme für Kinder"..! Das so weitergereichte „Dokument" stammt aus der „Küche" der Rundfunk-Organisation der Ostblockstaaten, der „OIRT", mit Sitz in Prag ... Es empfiehlt den Sendern der Karibik, „die jungen Bürger zu überzeugten Patrioten und Internationalisten zu erziehen".

Der Manager des größten kommerziellen Senders der freien Welt in der Karibik, „Radio Antilles" (Montserrat), K. Knaack, kommentierte der WELT gegenüber die Aktion seiner Rundfunkunion so: „... unsere eigene Rundfunk-Organisation fordert uns auf, die Ideen des Sowjetradios in unsere eigenen Programme einfließen zu lassen."

Doch auch auf anderen Wegen drängt Moskau in die Karibik: Tass richtet zur Zeit ein Büro in Grenada ein, der marxistischen Karibik-Insel. Allgemein wird in der Inselwelt erwartet, daß Tass schon bald einen englischen Dienst zu Dumping-Preisen anbieten wird, den viele kleine Radiostationen in der Karibik, schon aus Kostengründen, abonnieren dürften.

Es gibt zwar eine eigene Nachrichtenagentur in der Karibik, die „CANA", doch ist deren Dienst (der als gut und ausgeglichen gilt) den kleineren Sendern zu teuer. Für Moskau rechtfertigt das politische Interesse den Dumping-Preis.

Ein Lichtblick: Über die Unesco finanziert die Bundesrepublik mit 600 000 Dollar ein Vorhaben, das Tass und Sowjetradio das Geschäft verderben könnte. Denn mit diesen Mitteln baut „CANA" einen „Summary-Dienst" auf, der kostengünstig per Luftpost oder Kurier bezogen werden kann. Dazu erhält die „CANA" ein eigenes Gebäude mit Studio in Barbados. Für 1984 ist zusätzlich ein „Voice-cast-Dienst" für Radiostationen in der Karibik geplant.

Kommentar aus der Karibik zu diesen Bonner Geldern via Unesco: „... ein sinnvoller Beitrag für eine gut funktionierende Dritte-Welt-Nachrichtenagentur".

Australien stärkt seine Verteidigung

Bündnis mit den USA bekräftigt / Labor-Premier vermeidet sozialistischen Kurs

MANFRED NEUBER, Bonn

Die neue australische Regierung unter dem Labor-Premier Robert Hawke hat mit dem ersten Budget sechs Monate nach ihrem Amtsantritt viele Befürchtungen über eine sozialistische Wende auf dem fünften Kontinent zerstreut. Schatzkanzler Paul Keating findet weithin Zustimmung zu seiner Vorlage.

Bier und Benzin werden teurer in Australien, und auch die Steuern auf andere Verbrauchsgüter steigen. Canberra verzichtet aber auf höhere Einkommensteuern sowie die Einführung einer Erbschaftssteuer. Dafür nimmt Keating ein Rekorddefizit von 8,36 Milliarden australischer Dollar im neuen Haushaltsjahr in Kauf.

Die Labor-Regierung will mehr Geld für die Verteidigung, die Auslandshilfe und die soziale Sicherheit im eigenen Lande ausgeben. Auch die Mittel für Bildung und Gesundheit wurden aufgestockt. Durch ein großes öffentliches Bauprogramm soll die Arbeitslosigkeit, wie vor der Wahl versprochen, reduziert werden.

Premier Hawke zieht sich mit seiner gemäßigten Wirtschaftspolitik zunehmend den Zorn seiner linken Parteifreunde zu. Auch in der Außenpolitik hat er als pragmatischer Regierungschef die in Labor-Manifesten vorgezeichnete Linie verlassen. Dafür wächst bei vielen, die Hawke skeptisch gegenüberstanden, das Vertrauen in diesen Premier.

Der ehemalige Gewerkschaftschef sieht es als seine wichtigste Aufgabe an, „den zügellosen Egoismus und die Zwietracht" in der australischen Gesellschaft einzudämmen. Er plädiert für mehr Gemeinsamkeit aller Schichten und die Förderung des Gemeinwohles.

Seinen ersten Erfolg erreichte er im April kurz nach dem Regierungsantritt mit der Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über eine weitere Lohnpause. Bis 1986 will er eine halbe Million Arbeitsplätze schaffen und die jährliche Wachstumsrate auf fünf Prozent bringen.

Auf einer Weltreise bemühte sich Hawke mit großem Geschick darum, die Sorgen des Auslandskapitals und befreundeter Regierungen über mögliche sozialistische Experimente zu beseitigen. Königin Elizabeth II. ist Hawke wohl gesonnen, obwohl die australische Labor-Partei die Republik will. Und US-Präsident Ronald Reagan meinte über Hawke: „Wir haben vieles gemeinsam."

Nach seinem USA-Besuch sagte der Premier: „Wir sind ein fester Bestandteil des amerikanischen Bündnissystems." Er verteidigt die US-Militäreinrichtungen in Australien und setzt sich für eine Stärkung des Anzus-Paktes (mit Neuseeland und den USA) sowie der Südostasiatischen Gemeinschaft (Asean) ein.

„Man braucht nur auf Afghanistan zu blicken und sich vor Augen zu führen, was in Polen geschieht", bemerkte Hawke zur sowjetischen Bedrohung. „Man verfolgt den Ausbau ihres Militärpotentials in Vietnam und sieht ihre Waffenlieferungen nach Mittelamerika. Das sind unbestreitbare Tatsachen."

Australien und die USA unterhalten gemeinsame Radar- und Nachrichten-Anlagen auf dem fünften Kontinent. Hawkes eigene Partei befürchtet, sie könnten im Ernstfall einen Atomschlag auf sich ziehen. Dazu der Premier: „Die Abschreckungsfähigkeit der USA, zu der diese Anlagen beitragen, überwiegt nach unserem Urteil die möglichen Risiken."

Eine pragmatische Haltung nimmt Hawke auch gegenüber Indonesien ein. Weil der Nachbarstaat Osttimor annektiert hat, fordern Labor-Linke die Einstellung der Militärhilfe für Jakarta. Der Premier widerspricht – nur ohne eine Trübung des Verhältnisses zu Indonesien könne Australien humanitäre Hilfe für Osttimor leisten.

Ebenso widersteht Hawke dem Druck aus der eigenen Partei, den Uran-Abbau einzustellen. Er drohte Frankreich allerdings mit einer Liefersperre, falls Paris die nuklearen Versuche im Pazifik nicht beendet.



„Die Polen schätzen ihre Situation sehr viel realistischer ein als der Westen“

Erkenntnisse einer Polen-Reise / WELT-Gespräch mit dem österreichischen ÖVP-Politiker Erhard Busek

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Welche Zukunft hat Polen? Welche Möglichkeiten gibt es für eine Lösung der polnischen Krise? Diese Fragen haben einen der führenden christlich-demokratischen Politiker Österreichs, den Wiener Vize-Bürgermeister und ÖVP-Landesvorsitzenden Erhard Busek, auf eine Reise nach Warschau und Danzig geführt. Busek ist ein eigenwilliger politischer Kopf, ein Mann, der weit über kommunal- oder innenpolitische Dimensionen hinaus denkt. In ihm steckt sicher auch ein Stück Wiener und österreichische Fähigkeit, mit den Nachbarn im Osten umzugehen und zu erkennen, was dort hinter den Fassaden vor sich geht.

So ist es nicht verwunderlich, daß Busek getan hat, wozu mancher andere westliche Polen-Reisende der jüngsten Zeit sich nicht entschließen konnte: Der österreichische christliche Demokrat sprach nicht nur mit Vertretern des Jaruzelski-Regimes, sondern besuchte auch den Arbeiterführer Lech Walesa.

In einem Gespräch mit der WELT berichtet Busek, Walesa sei eine „charismatische, kompakte Persönlichkeit“. Busek hat offenbar nicht den Eindruck, daß Walesa „ausgespielt“ habe, wie manchmal im Westen vermutet wird. Der „Solidaritäts“-Vorsitzende sei vielmehr von seiner Rolle und von der Aufgabe, die er zu erfüllen habe, „völlig überzeugt“. Busek: „Walesa steuert nicht irgendein kurzfristiges Ziel an, sondern will in einer langfristigen Auseinandersetzung eine bessere wirtschaftliche Situation und mehr persönliche Freiheit für polnische Menschen erreichen. Er betrachtet seine Person eigentlich als ein Zeichen oder Symbol des Widerstandes, ferner als Ärgernis für die Regierung, um darauf aufmerksam zu machen, daß die Probleme nicht gelöst sind.“

Walesa – eine Symbolfigur

Walesa wolle überdies mit seinem Verhalten den Menschen in seinem Lande Hoffnung geben. „Stark an ihm ist die ausgeprägte ethische Überzeugung“, berichtet Busek. Diese sei gar nicht von außen in ihn eingepflanzt worden, sie stecke vielmehr in dem Mann selber. Walesa könne diese Überzeugung „mit den natürlichen Worten eines Arbeiters“ formulieren. Schon durch den Druck, dem er ständig ausgesetzt sei, und durch die Art, wie er sich dabei dennoch seine innere Freiheit erhalte, sei Walesa für viele Polen zu einer Symbolfigur geworden.

Über eine Möglichkeit, daß die Gewerkschaft „Solidarität“ kurzfristig wieder zugelassen werde, oder daß sich in Polen in nächster Zeit etwas ändern könne, mache sich der Arbeiterführer keine Illusionen. Nur bei sehr großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes sieht Walesa eine Chance, daß die Machthaber ihn als Gesprächspartner akzeptieren. Dennoch sei Walesa der Ansicht, „daß es weitergehen muß“ und daß er dafür zu sorgen habe, „daß es weitergeht“.

Walesa sei, so berichtet Busek ferner, aufgrund der geopolitischen Situation Polens der Meinung, daß es für sein Land keine Chance gebe, außerhalb des Warschauer Pakts zu stehen. Er sehe aber zugleich die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen – nicht in Richtung Marktwirtschaft, sondern im Blick auf die Wirtschaftsstruktur Polens und der anderen Ostblockländer, die er in hohem Maße für veraltet halte.

Auf die Frage, was denn die Vertreter des Jaruzelski-Regimes, mit denen Busek in Warschau gesprochen hat, zum Thema Walesa zu sagen hatten, antwortet der ÖVP-Politiker: „Spätestens im dritten Satz betonen sie, daß Walesa eine Privatperson ist – um dann ausführlich zu erklären, welche Irrtümer diese Privatperson begeht und welch falschen Eindruck der Westen von dieser Privatperson hat, so daß man am Schluß genau weiß: Lech Walesa ist alles andere als eine Privatperson.“ Außerdem berichteten der Regierungsrundfunk und das staatliche Fernsehen andauernd, was Walesa mache und sage, um dann seinen Erklärungen entgegenzutreten.

Busek glaubt, daß die Entwicklung in Polen anders verlaufen wird als in Ungarn unter Kadar nach 1956 oder auch als in der Tschechoslowakei unter Husak nach 1968. Die Polen würden für ihre eigene Situation eine eigene Lösung finden – nur wüßten nicht einmal die Polen selber, wie diese Lösung aussehen wird.

„Wir im Westen gehen mit falschen Kategorien an die polnische Situation heran“, resümiert Busek. „Ein Land wie Polen, das in der Geschichte so viel durchgemacht hat, das Teilungen überlebte – ein solches Land hat seine eigene alogische Art, sich selbst zu erhalten und seine eigene Perspektive zu gewinnen. Diese Perspektive liegt in der nationalen Identität, ferner im geistigen Leben, das ungemein stark mit dem Westen verbunden ist. Die Polen begreifen sich als ein westliches Land, daß durch die, wie sie sagen, „unglücklichen Beschlüsse von Jalta“ in den Osten geraten ist.

Der Westen müsse sich zunächst darüber im klaren sein, daß das Kriegsrecht in Polen nicht aufgehört habe, sondern daß die neuen Gesetze – so Busek – „die Fortsetzung des Kriegszustandes mit anderen rechtlichen Mitteln darstellen“. Busek verweist im Gespräch darauf, daß es keine wirkliche Amnestie gegeben habe, daß viele Menschen noch in den Gefängnissen auf ihren Prozeß warten, daß in Polen auch kein gesellschaftlicher Pluralismus existiere. Wörtlich: „Die Auflösung des Schriftstellerverbandes und die Änderung des PEN-Club-Vorstandes signalisieren sehr deutlich, welcher Methoden man sich da bedient.“

Mit den Menschen reden

Busek ist der Meinung, daß der Westen sich von seiner eigenen, westlichen Logik „verabschieden“ müsse, wenn er den Zustand in Polen richtig beurteilen wolle: „Wir im Westen leben auf die Ereignisse zu – aber die Polen leben von ihrer jetzigen Situation weg. Alles, was sie von der jetzigen Situation wegbringt, ist für sie besser als der gegenwärtige Zustand. Da ist die Frage des Zieles nicht so relevant.“

„Der Westen“, so fährt Busek fort, „träumt davon, da die Polen für ihn besorgen sollen, was er eigentlich selber tun müßte: Nämlich daß die Polen sich in einem Sprung der Qualität plötzlich in Freiheit befinden, daß die Polen aus dem Warschauer Pakt austreten oder ihre Regierung erschießen. Das aber findet nicht statt, weil die Polen ihre Situation viel realistischer einschätzen als der Westen. Trotzdem haben die Polen mehr Hoffnung. Sie resignieren nicht so rasch wie der Westen.“

Der Westen solle nach Buseks Meinung über Polen „eine Art Friedenspolitik“ betreiben: Friedenspolitik „nicht so sehr auf der Ebene der Regierungen, sondern auf der Ebene des Privaten und Versöhnlichen“. Busek formuliert das so: „Ich bin dafür, nach Polen zu fahren und dort zu reden – ein bißchen mit der Regierung und viel mit den Menschen, die zu solchen Gesprächen äußerst bereit und geradezu dankbar sind, wenn man diese Kontakte hält. Friedliche Friedensmärsche nach Polen sind viel sinnvoller als Demonstrationen hier im Westen.“

Die katholische Kirche Polens ist, wie Busek sagt, „die polnische Identität“. Sie bilde eine Art Ersatz-Staat, betreue Behinderte, organisiere Umschulungskurse für Arbeiter, sie sei für die Menschen eine „politische Klagemauer“ und sie besänftige zugleich die Regierung. Die Kirche sei durch den Papst-Besuch noch stärker geworden. Interessanterweise sei aber auch Jaruzelski durch den Besuch gestärkt worden, weil er – nachdem er den Besuch gut überstand und meisterte – im Ostblock mehr Spielraum gewonnen habe. Die Kirche sei nun auf der Suche nach einer „gesellschaftlichen Kraft“ – denn die Kirche wolle zwischen der Regierung und dieser gesellschaftlichen Kraft vermitteln, wolle aber nicht selber Dialogpartner sein. ‚Dies halte ich für ein sehr kluges Konzept.“

Polen sei gegenwärtig von seinen kommunistischen Nachbarn hermetisch isoliert. Die „hermetischste Grenze“, die es gegenwärtig gebe, sei die Grenze zwischen Polen und der „DDR“. Nicht viel anders sehe es an der Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei aus – und die polnisch-sowjetische Grenze sei schon immer „abgeriegelter“ gewesen. Im Osten spielen, nach Buseks Auffassung, nationale Ressentiments noch immer eine große Rolle: Man sei dort mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs weniger fertig geworden als im Westen.

„Eines muß ich allerdings erwähnen“, sagt Busek am Ende seines politisch-philosophischen Gesprächs über Polen, „neben dem Dank für die Hilfe aus Österreich, hat die breite Hilfe aus der Bundesrepublik dazu geführt, daß die polnischen Ressentiments gegenüber den Deutschen ungeheuer reduziert wurden. Hier hat sich, ausgelöst durch die politische Situation in Polen, ein sehr wichtiger historischer Prozeß vollzogen.“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einseitige Schuldzuweisung

„Israel-Erklärung des Weltkirchenrates in Vancouver“; WELT vom 12. August

Sehr geehrte Redaktion,

diese einseitige und unausgewogene Anti-Israel-Erklärung wird für alle Betroffenen – Christen, Mohammedaner, Juden – unheilvolle Folgen haben und sich zu einem Verhängnis auswirken. Sie dient nicht der Überwindung verkrusteter Positionen, sondern wird im Gegenteil die Gegensätze verhärten. Der Weltkirchenrat hat mit dieser pauschalieren Kritik an Israel der Sache, im Nahen Osten ausgleichend zu wirken und Frieden zu stiften, einen schlechten Dienst erwiesen, der nicht einmal den eigenen kirchlichen Interessen zum Vorteil gereichen wird.

Diese Erklärung weckt bei mir und gewiß ebenso bei vielen anderen Juden das alte Mißtrauen, daß die Kirche in entscheidenden Situationen Judentum und Judenheit im Stich läßt. In Erinnerung an die jüngste Geschichte, in der das Versagen der Kirche angesichts der Verfolgungen der Juden ein düsteres Kapitel ausmacht, wird diese Kirche ethisch und moralisch unglaubwürdig, wenn sie jetzt gegegenüber den überkonfessionellen Problemen im Nahen Osten von einer möglichen „kritiklosen Unterstützung Israels“ spricht und „das Schuldgefühl der Christen wegen des Schicksals der Juden“ relativiert.

Ich weiß nicht, welche deutschen Bischöfe dieser Erklärung zugestimmt haben, aber ihr Plazet wird als ein Schandmal in die Kirchengeschichte eingehen. Denn mit dieser Erklärung wurde eine von der Kirche aus selbstkritischer Einsicht proklamierte „Theologie nach Auschwitz“ desavouiert, die sich zur Aufgabe stellte, das am Judentum und an der Judenheit begangene Unrecht und den durch Christentum und Christenheit mitverschuldeten und geduldeten Holocaust durch eine faire Haltung im Geiste einer Vergangenheitsbewältigung gerecht zu werden.

Wer sich für die Grundrechte des palästinensischen Volkes einsetzt – dem uneingeschränkt zuzustimmen ist! – muß sich ebenso ausdrücklich für die Existenz und Grundrechte des von der arabischen Umwelt bedrohten israelischen Staates als Conditio sine qua non aussprechen. Dabei geht es nicht um „kritiklose Unterstützung Israels“, sondern um die Einsicht und Verantwortung angesichts politischer und überkonfessioneller Gegebenheiten und Zusammenhänge.

Die Frage stellt sich auch, warum der Weltkirchenrat schwieg zu der Zeit, als Ost-Jerusalem in arabischen Händen war, die Synagogen der Altstadt zerstört oder geschändet, den Juden der Zugang zu ihrem höchsten Heiligtum, der Klagemauer, verwehrt und der uralte jüdische Friedhof auf dem Ölberg verwüstet wurde? Mit diesem Hinweis soll nicht Verdrängtes aufgerechnet werden, sondern allein zum Ausdruck kommen, daß mit einseitiger Schuldzuweisung in den hier anstehenden Problemen dem Frieden und der Gerechtigkeit für alle Betroffenen nicht gedient ist.

Es grüßt Sie
Arie Goral, Hamburg 60

Zerstörtes Bildungsniveau

„Die Wende der Bildungsreformen fand nicht statt“; WELT vom 28. August

Der bayerische Ministerpräsident vergaß zu erwähnen, daß auf dem Bildungssektor eine Wende noch nicht einmal in Ansätzen zu erkennen ist. Die arglistige Zertrümmerung der deutschen Bildungslandschaft durch die Einflußagenten der Neuen Linken in der Pädagogik hatte ja als strategisches Ziel die Herstellung von Hunderttausenden von brotlosen „Akademikern“, um das revolutionäre Potential der Straße zur schleichenden Demontage des Staates dienstbar zu machen.

Parallel dazu lief die ungeheure volkswirtschaftliche Verschwendung von Steuergeldern für das mehrheitlich studierunfähige Abiturientenproletariat der reformierten Oberstufe der Gymnasien in Schule und Universität.

Wie sähe eine echte Wende aus? Nach der Wiederherstellung des fortschrittlichen Klassensystems wird in den Schulen knallhart auf Leistung gebimst, 60 Prozent der verschleierten Realschüler an den Gymnasien werden wieder in die Realschulen geschickt, 60 Prozent der verschleierten Hauptschüler in den Realschulen werden wieder in die Hauptschule geschickt. Diese Hauptschüler lernen wieder Rechnen, Lesen, Schreiben und Erzählen als Fundamente eines handwerklichen Berufsprofils. Dann können sie auch wieder die Arbeiten verrichten, zu denen sie sich heute zu fein sind und die man den ausländischen Arbeitnehmern überläßt. Die Kassen der öffentlichen Hände würden um erkleckliche Milliardenbeträge entlastet.

An den Gymnasien wird eine allgemeine Studienberechtigung als Abitur erteilt, eine fachbezogene Studierberechtigung als Matura den Schülern ermöglicht. So kann er mit der 11. Klasse die Fächer abwählen und ihnen fernbleiben, die er später nicht studieren will. Das System kostet dem Staat keinen Pfennig.

Und wenn man schon die Gesundung der Staatsfinanzen wirklich will, dann wird in einem Abwasch gleich die Einheitsschule als Gesamtmurks von Marx' Gnaden abgeschafft, weil sie für die Volkswirtschaft eine ähnliche Rendite erwirtschaftet, wie es eine Gesamtliga im Fußball für die Vereine tun würde, in welcher der Altherrenkicker neben dem Bundesligaspieler sich abmüht: Gähnende Leere in den Stadien gleich Lücken im Staatssäckel, gleich der Pleite der Vereinskassen.

Dr. Edgar Krämer, Kiel-Suchsdorf

Benachteiligung

Sehr geehrte Redaktion,

die Kontroverse in den Regierungsparteien über die Kürzung des Mutterschaftsgeldes zeigt, daß man sich in Bonn doch noch mehr zusammenraufen muß. Hoffentlich dauert dies nicht zu lange, weil uns sonst nach der nächsten Wahl wohl wieder eine neue Regierung ins Haus stehen wird.

Befremdet hat mich in diesem Zusammenhang die Ablehnung des Vorschlages von Ministerpräsident Späth, wonach das Mutterschaftsgeld bei höheren Einkommen nicht mehr gezahlt werden soll, um es den Familien mit geringerem Einkommen in voller Höhe und während der ganzen Zeit zu belassen.

Sollten nicht überhaupt Leistungen des Staates, also Steuergelder, mehr an diejenigen gegeben werden, die diese wirklich benötigen, als eine Verteilung per Gießkanne vorzunehmen. Ein Beispiel mag hier das Kindergeld für das erste Kind in Höhe von DM 50,– monatlich sein, welches bei jedem Einkommen ausgezahlt wird. Mir ist bekannt, daß viele besser Verdienende gegen die Streichung dieser Leistung nichts einzuwenden hätten.

Mit freundlichem Gruß
Bodo Pfau, Hamburg 65

Würdigster Platz

„Madonna von Stalingrad, eine Mahnung zum Frieden“; WELT vom 27. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dank dem Verleger, Herrn Axel Springer, dem Chef des Hauses Hohenzollern, Prinz Louis Ferdinand, und der Gattin des WELT-Journalisten, Herrn Manfred R. Beer, für die Gestaltung der Feierstunde zur Übergabe der Kohlezeichnung der Madonna von Stalingrad in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche.

Hier hat Dr. Reubers Werk den würdigsten Platz gefunden, und ich freue mich heute schon darauf, im Oktober mit mehreren Kameraden im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. die Originalzeichnung der Madonna von Stalingrad sehen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen
Joseph Plempe, Marsberg-Westheim

Idealer Kandidat

Sehr geehrte Redaktion,

die Union sollte Richard von Weizsäcker als Regierenden Bürgermeister in Berlin lassen, wo er hochnotwendig ist, und für den Bundespräsidenten endlich – was überfällig wäre – einen Mann aus der Schwesternpartei vorschlagen. Wäre nicht Richard Stücklen, der ein hervorragender Bundestagspräsident war, ein würdiger Kandidat für das höchste Staatsamt, der zudem viele und große Sympathien aus der Bevölkerung auf sich vereinigt?

Mit freundlichem Gruß
Dr. Peter Binding, Berlin

Spät kommt ihr

„Steuersenkung: Pläne bekräftigt“; WELT vom 22. August

In Ihrer Ausgabe vom 22. August bringen Sie eine Meldung darüber, daß Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff (FDP) sich entschieden dafür eingesetzt habe, daß noch in dieser Bundestagsperiode die Steuerlast um mindestens 12–14 Milliarden Mark gesenkt werden müsse. Man muß hier sagen: „Spät kommt ihr, aber ihr kommt.“ Daß die Steuerlast so drückend geworden ist, ist mit ein wesentliches Verschulden der FDP, die mit der SPD in der sozial-liberalen Koalition die enormen Ausgaben und die Schulden beschlossen hat, die die Enkelkinder im Mutterleib noch verschulden.

Es wäre angebracht, daß Herr Lambsdorff sich nicht so sehr um das Ressort eines anderen Ministers kümmert, sondern um sein eigenes.

Mit freundlichen Grüßen
Anton Ott, Augsburg

Wort des Tages

„Es ist eine Regel, daß diejenigen, die sich an das Wesentliche halten, ihren Zeitgenossen oft als unzeitgemäß und begeisterungsfähig erscheinen. Später wird dann allerdings die Rangordnung eine andere: Jene, die in allen Zwangsvorstellungen des Zeitalters aufgingen, gehören nun zu den Rhetoren, deren Rede verklungen ist, und einige Außenseiter, von wenigen bei Lebzeiten erkannt, sind nun die wirklich Lebendigen, nämlich jene, die auf das Dauernde gerichtet waren, die diesem Strom von Sucht und Wahn widerstanden.“

Carl Jacob Burckhardt, schweiz. Diplomat und Historiker (1891–1974)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Dipl.-Ing. Max Gesch, Ehrenpräsident des Verbandes Beratender Ingenieure (VBI), ist mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Damit werden nicht nur die Verdienste des früheren VBI-Präsidenten geehrt, sondern auch seine Tätigkeit für den Umweltschutz. Gesch ist seit 31 Jahren der einzige Sachverständige für Industrie-Schornsteinbau in Nordrhein-Westfalen.

*

Der österreichische Autor **Gerhard Roth** ist der diesjährige Empfänger des mit 15 000 Mark dotierten Alfred-Döblin-Preises. Roth erhält die 1979 von **Günter Grass** gestiftete Auszeichnung für sein Buch „Landläufiger Tod“.

VERÄNDERUNGEN

Marco Colombo, Botschaftsrat an der italienischen Botschaft, zuständig für Politik und Presse, verläßt nach viereinhalbjähriger Tätigkeit Bonn. Am Empfang zur offiziellen Verabschiedung durch Botschafter **Luigi Vittorio Ferraris** – Colombo geht als Gesandter nach Belgrad – nahmen Staatsminister **Philipp Jenniger** und Staatssekretär **Lothar Ruehl** teil.

*

Dr. Günther Letschert, Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekenbank, übergab wegen seines bevorstehenden Ausscheidens aus dem aktiven Berufsleben den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute an **Klaus Flachmann**, Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekenbank.

GEBURTSTAG

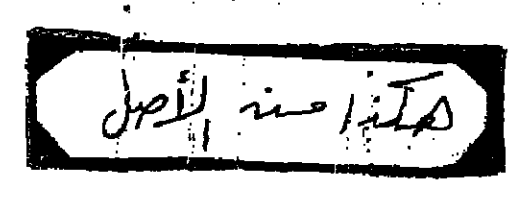
Der Präses des Zentralausschusses Hamburgischer Bürgervereine, **Günther Glatz**, wird heute 60 Jahre alt. Glatz, der aus Breslau stammt, ist Leiter einer Sonderschule. Lange vor dem Aufkommen der Ökologie-Bewegung galt sein Interesse der Umweltpolitik. So war Glatz von 1970 bis 1978 als FDP-Bürgerschaftsabgeordneter Vorsitzender des Umweltausschusses im Hamburger Landesparlament. Er ist heute Bezirksvorsitzender seiner Partei von Hamburg-Harburg.

TODESFÄLLE

Prof. **Herwig Blankertz**, Erziehungswissenschaftler und Bildungspolitiker, starb an den Folgen eines Verkehrsunfalles im Alter von 56 Jahren. Der Direktor des Erziehungswissenschaftlichen Instituts der Universität Münster war durch den Modellversuch Kollegschule bekanntgeworden. Von 1974 bis 1978 war Blankertz Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.

*

Der Theologe und Musikwissenschaftler **Oskar Söhngen**, promovierter Philosoph und theologischer Ehrendoktor, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Der langjährige Herausgeber der ökumenischen Zeitschrift „Kunst und Kirche“ war maßgeblich an der Neuordnung des Kirchenmusikwesens und der Gestaltung des Evangelischen Kirchengesangbuchs beteiligt.



FUSSBALL

Konietzka dämpft jede Euphorie

DW. Krefeld

Grund zur Freude hätte er genug, aber der Mann, Neuling im Trainergeschäft der Fußball-Bundesliga, bleibt ernst bis zur Verbissenheit: „Ich bin nicht zum Lachen nach Uerdingen gekommen. Ich bin nicht hier, um den Clown abzugeben." So redet Timo Konietzka auch nach dem vierten Spiel ohne Niederlage. Seine Mannschaft, Aufsteiger Bayer Uerdingen, hat auch den 1. FC Kaiserslautern besiegt (3:1).

Nach Udo Klug (Nürnberg), Branko Zebec (Frankfurt) und Ernst Happel (HSV) macht nun schon der vierte Trainer vor dem Kollegen Konietzka seine verbale Verbeugung. Dietrich Weise: „Dieser Neuling ist grandios. 7:1 Punkte sind ebenso sensationell wie 14:7 Tore. Vor allem kämpferisch hat uns Uerdingen in die Schranken gewiesen. Die Verbissenheit im Zweikampf gab den Ausschlag – da können wir noch viel lernen."

Konietzka ist so viel Lob fast schon peinlich, er zwingt sich weiter zur kühlen Reaktion und hofft, seine Spieler würden ihn dabei zum Vorbild nehmen. Der Trainer jedenfalls ist weit davon entfernt, die frühen Siege zu genießen. Er sagt: „Ich muß hart arbeiten. Ich betreue junge Männer, die mit dem ganzen Drum und Dran in ihrer Umgebung schnell ausflippen. Die muß ich auf dem Teppich halten. Denn was sie gut gemacht haben, wissen sie sowieso, darum muß ich ihnen sofort die Fehler unter die Nase halten." Erst im Winter, so Konietzka, „werden wir wissen, wo wir wirklich stehen".

So wird beim überraschend starken Aufsteiger gesprochen, im Hintergrund steht das Wissen darum, was Friedhelm Funkel so ausdrückt: „Der Einbruch kommt bestimmt bald – so kann es ja nicht weitergehen." Bei einem Anwärter auf den Titel verfällt der Vereinspräsident ins andere Extrem. Der 1. FC Köln liegt nach der 0:1-Niederlage in Bremen am Tabellenende, aber Peter Weiand wirft sich in die Brust: „Ich bin stolz. Wir kämpfen wieder."

Da scheinen die Maßstäbe nicht mehr ganz zu stimmen. Die Leistung der Kölner war schwach, nur der überragende Schumacher verhinderte eine höhere Niederlage. Hannes Löhr, *nach dem Abgang von Rinus* Michels Trainer und Manager gleichzeitig, blieb auch gar nichts anderes übrig, als Durchhalteparolen zu verbreiten: „Wir müssen in Ruhe weiterarbeiten. Immerhin hat sich unsere Abwehr als stabil erwiesen." Ein schwacher Trost, der es rechtfertigt, stolz zu sein?

ZWEITE LIGA

SCC Berlin – Hannover	2:0	(0:0)
Kassel – Schalke 04	0:2	(0:1)
Saarbrücken – Ulm 46	2:0	(1:0)
Wattenscheid – Darmstadt	1:1	(1:1)
Köln – Freiburg	3:1	(1:0)
Essen – Duisburg	0:0	
Lüttringhausen – Osnabrück	0:0	

1. Karlsruhe	6	3	3	0	14:5	9:3
2. Schalke	6	3	3	0	11:4	9:3
3. Kassel	6	4	0	2	14:7	8:4
4. Ulm	6	3	1	2	11:8	7:5
5. Duisburg	6	2	3	1	7:4	7:5
6. Freiburg	6	2	3	1	8:7	7:5
7. Aachen	6	2	3	1	5:4	7:5
8. Solingen	5	1	4	0	7:6	6:4
9. Osnabrück	5	2	2	1	4:5	6:4
10. Essen	6	2	2	2	8:8	6:6
11. Köln	6	2	2	2	14:15	6:6
12. Saarbrücken	6	2	2	2	7:9	6:6
13. Darmstadt	6	2	2	2	7:10	6:6
14. Charlottenburg	6	2	1	3	5:7	5:7
15. Hertha	5	1	2	2	11:10	4:6
16. Wattenscheid	6	0	4	2	5:9	4:8
17. Oberhausen	5	1	1	3	10:11	3:7
18. Stuttgart	5	0	3	2	4:9	3:7
19. Hannover	6	0	3	3	4:11	3:9
20. Lüttringhausen	5	0	2	3	2:9	2:8

Fünfmal Erschöpfung im deutschen Achter. Und dennoch sagt Bundestrainer Peter Schmidt: „Keine Gegenwehr, kaum Kampf." FOTO: AP

RUDERN / Weltmeisterschaft in Duisburg – Gründe für das Versagen des Paradebootes

Ein Leck ist im Achter – Schlimmes Debakel nach langem Streit der Trainer und Funktionäre

MARCUS BERG, Duisburg

„Was mich sprachlos macht, ist nicht die Tatsache, daß wir ausgeschieden sind, sondern wie wir gescheitert sind. Keine Gegenwehr, kaum Fight." Peter Schmidt, gemeinsam mit Rainer Kleinschmidt verantwortlich für den deutschen Verbandsachter, war fassungslos. Fassungslos, weil die Ruderer aus Kassel, Hannover, Karlsruhe, Essen, *Dortmund, Benrath und Berlin im* Hoffnungslauf der Weltmeisterschaften mit vier Längen Rückstand auf die Sieger aus Neuseeland ins Ziel gekommen waren und damit das Finale verpaßt hatten.

Woran lag es? In der „Sport-Illustrierten" schrieb Moritz von Groddeck, 1960 Olympiasieger im Achter: „Der Deutsche Ruder-Verband produziert mit Sicherheit die größte Anzahl guter Ruderer in der Welt. Aber das Zusammenspiel der Kräfte ohne Alleingänge, Scheingänge, Rivalitäten, wie es der Schriftsteller Rudolf Hagelstange einmal nannte, wird hierzulande nicht mehr auf den Achter gelenkt. Auf niedrigem Niveau kultivieren Pseudo-Startrainer mit Pseudo-Starruderern ihre Pseudo-Spitzenstellung. Ohne die Besessenheit, die auch heute noch im Sport Berge versetzen kann."

Matthias Schuhmann, Weltmeister 1978 im „DDR"-Achter und nach seiner Flucht im Würzburger Boot rudernd, stellte in Duisburg fest: „Während wir uns untereinander aufgerieben haben, haben die anderen Länder sich auf die Weltmeisterschaft konzentriert. Dort hat man sich über unser Theater wohl totgelacht."

Das Theater: Weil die Ruderer aus Würzburg („Bayern-Express") und aus Osnabrück die Zusammenarbeit mit Kleinschmidt und Schmidt verweigerten, *mußte ein anderer Ver*bandsachter gebastelt werden. Das geschah in diesem Frühjahr. Vor sieben Wochen in Luzern schlug dieses Boot die Würzburger und fuhr sogar in Tuchfühlung zum „DDR"-Achter. Peter Schmidt, ein Schüler des verstorbenen Karl Adams und mittlerweile einer der besten Achter-Trainer der Welt, schien wieder einmal gute Arbeit geleistet zu haben. Doch Peter Schmidt, der die deutschen Nachwuchs-Achter schon dreimal zu Junioren-Weltmeistertiteln führte, konnte unter der Leitung des früheren Jura-Studenten Rainer Kleinschmidt nicht immer so arbeiten wie er wollte. Schmidt, nach einer andauernden persönlichen Krise im vorigen Jahr psychisch angeknackst, stand im Schatten Kleinschmidts, dessen Führungsqualitäten im Verband umstritten sind.

Dafür dieses Beispiel: Vor vier Wochen fuhr man ins Höhenlager nach St. Moritz. Da stellte Kleinschmidt auf einmal fest, daß ihm jemand jene aufbauenden Elektrolyte-Getränke gestohlen hatte, die er an die Ruderer verabreichen wollte. Anstatt die Athleten zur Rede zu stellen, besorgte sich der leitende Bundestrainer Kleinschmidt einen Nachschlüssel und durchsuchte heimlich die Hotelzimmer der Ruderer. Als das herauskam, war das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Trainer und Athleten gestört.

Es wurde noch mehr gestört, als Kleinschmidt sechs Tage vor Beginn der Weltmeisterschaften den eingespielten Schlagmann Holger Piontek durch den Esserer Georg Bauer ersetzte. Pionteks Leistungen waren urplötzlich abgefallen – nun sollen die Ärzte herausfinden, woran es lag.

Rund 100 000 Mark wurde für die Achter-Vorbereitung bisher in dieser Saison ausgegeben – eine Fehlinvestition. Vielleicht, so argumentieren Kritiker der Personalpolitik des Verbandes sarkastisch, klappt es mit den Bundestrainern nach deren Besuch eines Fortbildungslehrganges im Oktober in Prag künftig besser. Denn im Höhentrainingslager von St. Moritz wurde beobachtet, daß der nun gescheiterte Achter allenfalls die Hälfte des einstigen Trainingsprogramms von Karl Adam absolvierte. Geschah das, weil die Athleten ohnehin nicht höher belastbar sind? Oder geschah es, weil die Trainer sich nicht durchsetzen konnten?

Von Medaillen und vom olympischen Finale im nächsten Jahr in Los Angeles haben sie aber alle trotzdem schon geträumt. Ihre Berufe wollten sie aufgeben, sich als Studenten einschreiben lassen, um möglichst oft rudern zu können. Die Sporthilfe würde es ihnen finanziell schon richten, schließlich befänden sie sich längst im Kielwasser der einst so erfolgreichen deutschen Achter, die zwischen 1959 und 1968 unter Karl Adams Leitung neun Goldmedaillen gewannen. John F. Kennedy lud damals die deutschen Ruderer ins Weiße Haus ein. Der Präsident sagte: „Ich wollte die Männer kennenlernen, die den Achter meiner Universität Harvard bei den Weltmeisterschaften bezwungen haben."

Das war vor 21 Jahren. Inzwischen ist aus der einstigen deutschen Achter-Herrlichkeit ein sinkendes Boot geworden. Den Ruderern ist dabei noch nicht einmal ein allzu großer Vorwurf zu machen, wohl aber der Verbandsleitung, die ihre Personalpolitik nicht in den Griff bekommt. Nun soll freilich mal alles wieder anders werden. Von Zusammenarbeit mit den Klubtrainern wurde nach der verheerenden Niederlage in Duisburg gesprochen.

STAND PUNKT

Gericht und Amateure

Was Spatzen von den Dächern pfeifen, weiß jeder brave Sportfunktionär – er hört nur nicht hin, wenn der lästige Gesang an seiner heilen Welt kratzt. Die drei Affen – nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – sind oft genug Wappentiere von Verbänden, bei denen ehrenwerte Statuten aus abgelebter Zeit nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen. Nur das verhindert eben nicht, daß dann andere Instanzen noch genauer hingucken, zuhören – und dann Urteile sprechen.

Die fünfte Kammer des Arbeitsgerichtes Frankfurt hat es jetzt getan. Sie verurteilte den Spieler Armin Klara zur Rückerstattung von 5000 Mark. Das ist die Hälfte eines Handgeldes, das ihm drei Mäzene gezahlt haben, damit er für den Kreisliga-Verein (!) SV Schmitten-Hattstein (Hochtaunuskreis) künftig gegen den Ball tritt.

10 000 Mark Handgeld für einen Kreisliga-Spieler: Der Verein weiß, daß er das nach den Statuten nicht bezahlen darf. Amateur Klara, der schon bei Wacker Innsbruck und beim US-Profiklub Houston Hurricans Geld verdiente, weiß, daß er das gar nicht annehmen darf. Nur die Geldgeber, Geschäftsleute, die Werbung betreiben oder ihr persönliches Ansehen in der Gemeinde mit Hilfe des Fußballs heben wollen, begriffen hier nicht, daß ein Geschäft im Amateursport nur einseitiges Bezahlen bedeuten soll. Sie klagten, weil Klara während eines Spiels ohne ersichtlichen Grund den Platz verlassen und erst zwei Tage später ein Attest über eine Knieverletzung vorgelegt hatte. Das Arbeitsgericht gab ihnen recht und bemerkte in seiner Urteilsbegründung, der Spieler habe das Vertrauen der Sponsoren enttäuscht.

Was nun? Der Hessische Fußball-Verband will jetzt den Verein bestrafen. Geschäftsführer Helmut Walter sagt: „Wir dürfen nicht die Augen verschließen, wenn solche Dinge bekannt werden." Scheinheilige Empörung, mehr nicht. Sie wissen ja alle, das für Geld gespielt wird. Nur, welcher Funktionär hört schon darauf, was Spatzen von den Dächern pfeifen...

que

NACHRICHTEN

Neuer Ehrenpreis des IOC

Düsseldorf (sid) – Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, hat einen sportwissenschaftlichen Preis gestiftet, der alle zwei Jahre verliehen werden soll. Er ist mit 5000 Dollar dotiert.

Tennis: Hanika nur schwach

New York (dpa) – Silvia Hanika (Berlin) hat sich in der ersten Runde der Internationalen Tennis-Meisterschaften der USA in Flushing Meadow *erst nach heftigem Kampf gegen die* 17jährige Larissa Sawschenko (UdSSR) durchsetzen können: 6:2, 5:7, 6:4.

Berit Walz zurückgefallen

Göteborg (dpa) – Bei der Weltmeisterschaft der Modernen Fünfkämpferinnen in Göteborg (Schweden) gab es für die deutsche Mannschaft beim 200-m-Freistil-Schwimmen nur mäßige Resultate. In der Einzelwertung fiel Berit Walz deshalb vom zweiten auf den dritten Platz zurück. Sabine Krapf ist jetzt Vierte. In der Mannschaftswertung rangiert Deutschland nun auf Rang vier.

Gegen den englischen Meister

Basel (sid) – Der THW Kiel muß in der Qualifikationsrunde des Handball-Europapokals 1983/84 gegen den englischen Meister Kilbridge Brighton antreten. Die übrigen deutschen Mannschaften VfL Gummersbach (Meisterwettbewerb), TuSEM Essen (Pokalsieger) und TV Großwallstadt (IHF-Pokal) wurden gesetzt.

TENNIS

Meisterschaften der USA in Flushing Meadow, Herren, 1. Runde: Connors (USA) – Krishnan (Indien) 6:2, 6:4, 3:6, 6:2, McEnroe – Waltke (beide USA) 6:3, 5:7, 4:6, 6:0, 6:1, Higueras (Spanien) – Anger (USA) 6:4, 6:4, 6:2, Vilas (Argentinien) – Edwards (Südafrika) 6:2, 6:2, 6:2. – Damen, 1. Runde: Jäger – Nagelsen (beide USA) 6:0, 6:2, Wade (England) – Jolissaint (Schweiz) 6:3, 6:1, Mandlikova (CSSR) – Yeargin (USA) 6:0, 6:3.

FUSSBALL

Junioren-Länderspiel (U 17): Deutschland – Frankreich 1:3.

GALOPP / Internationale Woche Baden-Baden

Zukunfts-Rennen: Viel Geld, nur zwei deutsche Starter

K. GÖNTZSCHE, Baden-Baden

Mit 102 000 Mark (60 000 Mark dem Sieger) ist das Zukunfts-Rennen von Iffezheim das höchstdotierte Rennen für zweijährige Galopper in Deutschland. Man sollte meinen, der Drang der Trainer, Besitzer und Jockeys zu dieser Geldquelle sei riesengroß. Von 3232 Pferden, die 1982 an den Start gingen, waren immerhin 441 im noch zarten Alter von zwei Jahren.

Im Zukunfts-Rennen, das morgen um 16.35 Uhr gestartet wird, laufen fünf Pferde. Drei werden von Trainern aus England gesattelt, nur zwei kommen aus Deutschland. Championtrainer *Heinz Jentzsch schickt* die Stute La Colorada aus dem Gestüt Fährhof ins Rennen. Der in Iffezheim ansässige ungarische Trainer Ervin Simko bietet mit Celesta eine Stute auf, die bislang noch ohne Sieg ist. Man hat den Eindruck, sie läuft, um dem Veranstalter einen Gefallen zu tun.

Immer wieder hat die Besitzervereinigung die Abhaltung zahlreicher Rennen für Zweijährige von den Rennvereinen verlangt. Die Manager der Vereine fürchten sie: wenig Starter, entsprechend wenig Umsatz am Toto-Schalter. In Iffezheim wird das Rennen von der Champagnerfirma Moët & Chandon gesponsert, das verkleinert das finanzielle Risiko des Veranstalters, ändert das Problem aber nicht.

Die Siegesserie der Pferde aus England setzte sich am Dienstag auch im Oettingen-Rennen (Europa-Gruppe III, 90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 1600 Meter) fort. Der Engländer Drumalis mit Jockey John Matthias siegte vor Lofty mit Paul Cook und dem besten deutschen Pferd Solarstern mit Lutz Mäder.

Heißer Favorit im Großen Preis von Baden (300 000 Mark) am Sonntag ist Diamond Shoal aus England, den Steve Cauthen reitet. Cauthen war 1977 in den USA Sportler des Jahres, seit vier Jahren reitet er erfolgreich in England.

Von einem, der mit Borg spielte . . .

Für die Fotografen – sie sind wichtig, wo immer er auch auftaucht – setzte er sich in einen alten Bugatti. Oldtimer im Oldtimer, das ist werbeträchtig. Oder darf Björn Borg, Frührentner zwar, Wohnsitz Monaco, aber erst 27 Jahre alt, überhaupt Oldtimer genannt werden? Es ist ja alles noch so frisch: Fünfmal hintereinander Sieger in Wimbledon, Inbegriff des modernen Tennissports schlechthin, trotz Connors, trotz McEnroe, trotz Noah und allen Sternschnuppen wie Mats Wilander, seinem Landsmann.

Björn Borg, der Superstar, schlägt immer noch gegen den Ball. Wie es seine Werbeverträge vorschreiben. Es ist rührend und traurig zugleich, wie er – diesmal in Köln – Kunden seiner Schlägerfirma für ein paar Ballwechsel zur Verfügung steht. Diesen Kunden soll ein neues Racket schmackhaft gemacht werden.

Ein nüchterner Geschäftsvorgang mit einem Weltstar als Galionsfigur – ein alltäglicher Vorgang. Und doch viel mehr, weil da, auf der anderen Seite des Netzes, Björn Borg steht.

Ich habe mich dazwischengeschmuggelt, als Nummer sieben auf der langen Liste derjenigen, die mit *Borg spielen durften. Zehn Minu*ten lang für jeden, hatte der Organisator gesagt.

Da stehe ich nun in der Halle und warte, wippe von einem Fuß auf den anderen, kann immer noch nicht ganz fassen, was geschehen soll: Hier ich, Hobbyspieler wie Millionen andere auch, dort Björn Borg, Legende schon zu Lebzeiten. Wir beide werden Tennis spielen . . .

Die Wartezeit ist lang. Immer wieder sage ich mir – Ort und Anlaß des Erlebnisses sind für mich unwichtig geworden – immer wieder sage ich mir: Gleich muß es soweit sein, da mußt du parat sein. Wärm dich auf. Die Fehler, die dir beim Aufwärmen unterlaufen, machst du nicht mehr, wenn dir Björn Borg gegenübersteht. Blödsinn. Als hätte ich mit meinem besten Schlag eine Chance gegen seinen Schwächsten. Aber so ist es, der Verstand sagt Werbespielerei, das Gefühl ist nur auf den Sport gerichtet und auf einen der größten Athleten aller Zeiten. Das strengt an.

Ich bin dran, gehe auf das Spielfeld, mit weichen Knien, einem trockenen, fürchterlich kratzenden Hals. Mir gegenüber, nur durch das Netz getrennt, steht Björn Borg. Ohne Bart, den er sich immer in Wimbledon wachsen ließ. Aber das Stirnband hält immer noch seine zotteligen Haare zusammen. Die Erinnerungen an Fernsehen und Fotos sind noch so frisch. Wirklich schon Oldtimer?

Mit einem leichten Heben des Kopfes bedeutet er mir anzufangen. Ich versuche einen Aufschlag, glaube, der Ball landet in Björn Borgs Feld. Er geht ins Netz. Der zweite Ball tröpfelt ins Seitenaus. Björn Borg verlangt wortlos ernst – lächeln tut er nur bei Bällen, die er selbst verschlägt, was selten vorkommt – einen dritten Versuch. *Dann entstand so etwas wie ein* Ballwechsel . . .

Als ich alle Bälle, seine wie meine, verschlagen hatte, treffen wir uns am Netz. Da spricht er mich an. Ich müsse mit meinem Schläger viel früher ausholen, wenn der Ball die Netzkante passiere. Ich nicke schüchtern zurück und kann dann nicht mehr überprüfen, welch guter Trainer Björn Borg ist. Ich muß vom Feld, der nächste ist dran. Borg schüttelt mir noch die Hand, ich entweiche wieder in die Anonymität, in der Borg wohl nie leben wird.

Einer von Borgs Partnern an diesem Tag sagt unter der Dusche: „Ich bin seit 6.30 Uhr unterwegs, fünf Stunden von Ulm aus. Ich würd's noch mal machen. Auch bei größerer Entfernung."

Bei mir, so schön es war, gibt's Wehmut: Björn Borg, nur noch tauglich für Werbespielchen mit Leuten wie mir . . .?

ULRICH SCHMIDLA

Kirchen-Appell an Kohl und Honecker

DW. Bonn

In einer gemeinsamen Erklärung haben die evangelischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" an die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin appelliert, gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf eine Lösung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen zu drängen.

In einem heute in Hannover und Ost-Berlin veröffentlichten Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl und an den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker sprechen sich der Vorsitzende der „Konferenz der Kirchenleitungen Evangelischer Kirchen in der DDR" und der Vorsitzende des „Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland", Landesbischof Eduard Lohse, indirekt gegen die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa sowie für Abrüstungsschritte der Sowjetunion aus. Die „durch Abrüstung frei werdenden Mittel und Kräfte in Ost und West" sollten „für die Beseitigung oder wenigstens Linderung des Hungers von Millionen Menschen in vielen Ländern zur Verfügung" gestellt werden. Kohl und Honecker werden „auf das dringlichste" gebeten, sich „im Rahmen des jeweiligen Bündnissystems mit aller Kraft" für eine Verhandlungslösung einzusetzen, durch die eine „spürbare Verringerung der beiderseitigen Waffensysteme" erreicht wird.

DGB-Gespräch mit Bundesregierung

dpa, Düsseldorf

Der DGB und die Bundesregierung haben zu Fragen der Wirtschaftspolitik im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit offenbar weiterhin unterschiedliche Auffassungen. Nach einem Gespräch, an dem bei Bundeskanzler Helmut Kohl auf Regierungsseite die Minister Otto Graf Lambsdorff, Gerhard Stoltenberg, Friedrich Zimmermann, Norbert Blüm und Werner Dollinger teilnahmen, verlautete aus DGB-Kreisen, es habe sich nichts bewegt. Gewerkschafter begrüßten jedoch das Gespräch, weil man ohne Schärfe in aller Offenheit und Klarheit miteinander geredet habe. Für den 21. November ist ein weiteres Treffen, auf DGB-Seite in anderer Besetzung, vorgesehen.

USA begrüßen Aufschub des Teilrückzugs

Wieder schwere Kämpfe in Beirut / Armee setzt Panzer ein

DW. Washington/Beirut

Mit Erleichterung hat Washington auf die Bereitschaft Israels reagiert, den Truppenrückzug aus den Schuf-Bergen bei Beirut um einige Tage zu verschieben. Gestern ging die libanesische Armee mit etwa 10 000 Soldaten unter heftigen Feuergefechten gegen die linksgerichteten moslemischen Milizen in Beirut vor.

Die israelische Armee hatte ursprünglich zu Beginn der Woche mit dem Rückzug auf eine Linie 40 Kilometer südlich von Beirut entlang des Awali-Flusses beginnen wollen. Der Aufschub des israelischen Rückzugs soll der libanesischen Regierung Zeit geben, mit den Drusen- und Schiitenführern eine Regelung über die zukünftigen Verhältnisse in den Schuf-Bergen auszuhandeln. Israels Premierminister Begin hatte, in einer Begegnung mit US-Sonderbotschafter McFarlane, in die Bitte von US-Präsident Reagan um Aufschub des israelischen Rückzugs eingewilligt.

Nach schweren Gefechten in Beirut, die die ganze Nacht andauerten, hatte die libanesische Armee die Menschen in den betreffenden Bezirken aufgefordert, die Schutzbunker aufzusuchen. In einer Erklärung, die im Rundfunk verlesen wurde, hieß es, alle bewaffneten Männer würden ohne Warnung erschossen.

Die schwersten Kämpfe fanden an der früheren „Grünen Linie" statt, die das christliche Ost-Beirut vom moslemischen Westteil der Stadt trennte. Bewohner Ost-Beiruts berichteten, daß die Armee zur Unterstützung ihrer Truppen auch Panzer einsetzte. Der Rundfunksender der Falangisten meldete, bei den Kämpfen sei ein Kind ums Leben gekommen, 20 Menschen seien verwundet worden. Auch die amerikanischen, französischen und britischen Soldaten der internationalen Friedenstruppe lagen erneut unter Beschuß.

Nach Auskunft des französischen Verteidigungsministeriums wurden am Dienstag vier französische Soldaten der internationalen Friedenstruppe sowie ein Mitglied der paramilitärischen Polizei CRS bei Gefechten am Gebäude der französischen Botschaft getötet. Radio Beirut berichtete gestern, in der nordlibanesischen Stadt Tripoli seien zehn Personen getötet worden. Tripoli steht unter der Kontrolle syrischer Truppen, doch operieren dort auch linksgerichtete moslemische Kämpfer, die gegen die syrische Armee vorgehen.

Seite 2: Zögern mit Blut bezahlt

‚Nicht Altar gegen Altar'

Bischof Moser zur Friedensdebatte in der Kirche

DW. Stuttgart

Der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Georg Moser, hat an die Katholiken appelliert, im Streit um die Nachrüstung Gottesdienste nicht zu politischer Aktion zu mißbrauchen. In einem Beitrag für die Katholische Nachrichten-Agentur KNA schrieb Moser, es dürfe „niemals Altar gegen Altar gekehrt werden". Gott für die eigenen Interessen gebrauchen zu wollen, „bedeutet ihn mißbrauchen". Die Vater-unser-Bitte „Dein Wille geschehe" sei wesentlicher, unverzichtbarer Grundzug jedes Gottesverhältnisses, „auch für den, der sich in einem Akt der Mitverantwortung im Bittgebet an Gott wendet".

Der Bischof erinnerte an Berichte, wonach im Ersten Weltkrieg französische und deutsche Gemeinden in die Liturgie jeweils ihre politischen Interessen eingebracht und Gott dafür um seinen Segen gebeten hätten. Angesichts des heutigen Verhältnisses zwischen diesen beiden Völkern erscheine eine solche Haltung als absurd. Moser: „Und doch besteht heutzutage im eigenen Land und Volk die Gefahr, Ähnliches zu wiederholen. Auch in der heutigen politischen Auseinandersetzung dürfen Gottesdienste nicht zu Demonstrationen einseitiger Willensbildungen umfunktioniert und verzweckt werden." Das Wort der deutschen Bischöfe „Gerechtigkeit schafft Frieden" mache deutlich, daß in Fragen des Friedens unterschiedliche Urteile und Wege denkbar seien. „Nicht zur Diskussion stehen darf allerdings das Ziel: Erhalt und Wiederherstellung des Friedens." Moser war früher Präsident des deutschen Zweiges von „Pax Christi".

Luftpiraten geben in Teheran auf

dpa/SAD, Teheran/Paris

Die vier arabischen Luftpiraten, die seit Sonntag eine Maschine der Air France auf dem Teheraner Flughafen Mehrabad festhielten, haben gestern nachmittag aufgegeben und um politisches Asyl in Iran gebeten. Ihre zuletzt noch 15 Geiseln blieben unverletzt, wurden aber zur ärztlichen Untersuchung in ein Krankenhaus gebracht.

Maskiert und mit Sonnenbrillen getarnt, verließen die vier Männer die Boeing 727, feuerten mit ihren Waffen in die Luft und gaben am Fuß der Gangway eine kurze Pressekonferenz. Zuvor hatten sie mit zwei moslemischen Geistlichen verhandelt.

Die vier Entführer, deren Identität gestern noch immer nicht feststand, hatten die Maschine mit 111 Passagieren am vergangenen Samstag auf dem Flug von Wien nach Paris in ihre Gewalt gebracht und zur Landung in Genf gezwungen, wo sie 37 Passagiere freiließen. Nach dem erneuten Start kreuzte die Maschine stundenlang über dem Mittelmeer, bis sie am späten Samstagabend im sizilianischen Catania landete. Dort durfte die Mehrzahl der Reisenden von Bord gehen. Nach einer weiteren Zwischenlandung in Damaskus setzte die Maschine dann am Sonntagnachmittag trotz Verbots in Teheran auf.

In mehreren Ultimaten verlangten die Entführer von Frankreich die Freilassung inhaftierter Araber und die Einstellung der französischen Hilfe für Irak, Libanon und Tschad. Am Dienstag zogen die iranischen Behörden eine bereits erteilte Starterlaubnis zurück, als die Luftpiraten ankündigten, sie würden die Maschine mit den noch verbliebenen Geiseln im irakischen Luftraum sprengen.

Einige der Passagiere, die in Catania freigelassen worden waren, wollen auf Fotos in einem der vier Flugzeugentführer den palästinensischen Terroristen al Charif erkannt haben. Er hatte vor acht Jahren auf dem Pariser Flughafen Orly auf eine gerade startende Passagiermaschine der israelischen Fluggesellschaft El Al geschossen. Der Schütze sowie zwei Komplizen nahmen nach Eingreifen der Polizei mehrere Geiseln, ließen diese aber nach langen Verhandlungen wieder frei. Alle drei durften später unbehelligt nach Irak ausfliegen. Der damalige Innenminister Michel Poniatowski wurde seinerzeit heftig wegen der Konzessionen an die drei Terroristen kritisiert. Al Charif soll einer PLO-Gruppe angehört haben.

Kardinal widerlegt das Dementi Prags

Brief an CSSR-Kirchenamt in Bonn veröffentlicht

DW. Bonn

Der Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek hat die Darstellung der tschechoslowakischen Führung widerlegt, wonach es keine Proteste seitens des Erzbischofs gegen Unterdrückung der Religion und Diskriminierung der katholischen Kirche gegeben habe. Kardinal Tomasek wandte sich jetzt direkt an die Katholische Nachrichten-Agentur in Bonn und übermittelte ihr den Text eines Protestschreibens an den Leiter des staatlichen Kirchenamtes in Prag, Vladimir Janku. Zuvor hatte bereits die österreichische Agentur Kathpress ausführlich über den Brief berichtet (WELT vom 26. August).

Der Kardinal schrieb an Janku unter anderem: „Im Jahr 1954 wurde ein Rundschreiben des Innenministeriums, das die öffentliche Evidenz der konfessionellen Zugehörigkeit aufhebt, veröffentlicht. In der Praxis wird diese Anordnung jedoch systematisch gebrochen. In den Schulen und auf den Arbeitsplätzen herrscht dauernd religiöse Diskriminierung – im Gegensatz zu allen internationalen Vereinbarungen und der tschechoslowakischen Verfassung. Die Diskriminierungsmentalität hat sich in den breiten Volksschichten bereits dermaßen eingebürgert, daß viele Eltern schon im voraus die Hoffnung aufgeben, ihre Kinder dürften einmal studieren; andererseits staunt man offen über die ‚Frechheit' auch der hervorragenden Studenten, die sich zum Studium an der Hochschule melden und dabei ‚in die Kirche gehen'.

Für den einfachen Bürger bleibt also die Religionsfreiheit bei uns ein Problem. Wie kann es Religionsfreiheit geben, wenn die höchsten offiziellen Stellen zwar versichern, den Gläubigen für ihre gewissenhafte Arbeit Anerkennung auszusprechen, gleichzeitig aber versichern, ausdauernd und mit allen Mitteln gegen die Religion zu kämpfen? ... Die Gläubigen haben viele Erfahrungen mit den offiziellen Stellen, die Gesetze und internationale Abkommen in verschiedenen Rundschreiben eigenwillig auslegen, geheimnisvolle ‚Bedingungen', denen X. Y. nicht entspricht, bestimmen und so weiter. So sind wir künstlich außerhalb des Rechtes und gegen das Gesetz gestellt." In dem Brief heißt es weiter, was die Kirche am meisten schmerze, sei, daß sie den Menschen „bei ihrer Suche nach voller menschlicher Identität" nicht dienen dürfe.

Mord in Chile verurteilt

Regierung will „Marsch zur Demokratie" fortsetzen

DW. Santiago de Chile

Die chilenische Regierung ist entschlossen, trotz des Mordes an dem Gouverneur von Santiago, General Urzua, an ihrer Absicht einer „demokratischen Öffnung" festzuhalten. Die Regierung Pinochets erklärte, die Rückkehr zu demokratischen Institutionen in Chile dürfe nicht durch Terrorismus gestoppt werden. Ihr Sprecher sagte, die Regierung werde bei ihrem „Vormarsch auf die völlige Demokratie, die von der großen Mehrheit der Chilenen gewünscht wird, nicht weichen". Innenminister Sergio Onofre Jarta sagte, das Attentat ziele auf den Abbruch der Bestrebungen zu einer Rückkehr zur Demokratie ab. Die Regierung sei jedoch entschlossen, ihre Politik einer demokratischen Öffnung fortzusetzen.

Die chilenischen Bischöfe haben in einem öffentlichen Aufruf ihre Landsleute nach der Ermordung General Urzuas zur „Mäßigung und Einsicht" aufgerufen. Der Mordanschlag auf den General sei eine kriminelle Tat und ein Rückschlag für alle gewesen, die bemüht seien, „dem Land den Frieden wiederzugeben", hieß es in der Bekanntmachung.

Zu dem Mord an General Urzua, seinem Fahrer und seinem Leibwächter bekannte sich inzwischen die linksgerichtete Untergrundorganisation „MIR". In einem Kommuniqué der „MIR" hieß es, General Urzua sei „hingerichtet" worden. Gleichzeitig kündigte „MIR" einen „Volkskrieg gegen das Militärregime als Vergeltung für die Toten bei den jüngsten schweren Zusammenstößen in Santiago zwischen Demonstranten und Militär an. Beim letzten „nationalen Protesttag" waren in Santiago 24 Menschen ums Leben gekommen.

Genscher: FDP hat wieder Tritt gefaßt

hey. Bonn

Die FDP hat nach den Worten ihres Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher wieder Tritt gefaßt. In einer Bilanz ein halbes Jahr nach den Neuwahlen meinte er gestern in Bonn, der „Prozeß der Konsolidierung" seiner Partei nach den monatelangen Richtungskämpfen wegen des Koalitionswechsels sei überstanden. Jetzt sei wieder ein „aufsteigender Trend" zu erkennen. Diese positive Entwicklung sei auch auf den Generationswechsel in der Spitze etlicher Landesverbände zurückzuführen.

Vor Journalisten betonte Genscher ausdrücklich den Willen, in der Innen- und Außenpolitik „im Schulterschluß" mit der Union den Wählerwillen zu erfüllen. Einem „kurzatmigen Taktieren" erteilte er gleichzeitig eine Absage.

Der FDP-Vorsitzende äußerte weiter die Erwartung, daß in diesem und im nächsten Jahr das Konsolidierungsziel bei den öffentlichen Haushalten erreicht werde. Dieser Prozeß müsse aber auch darüber hinaus noch fortgesetzt werden. Gerade angesichts der leeren Kasse gebe es jetzt die Chance, notwendige Reformen einzuleiten. So müsse die Bürokratisierung zurückgedrängt werden. Außerdem müsse eine „Leistungsbestrafung" zum Beispiel durch die Steuerprogression abgebaut werden.

Kohl schreibt an Hungerstreikende

hey, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat drei Mitglieder der Aktion „Fasten für das Leben", die eine atomare Abrüstung erzwingen wollen, zur Beendigung ihres Anfang des Monats begonnenen unbefristeten Hungerstreiks aufgefordert. In einem Brief an die Gruppe äußerte Kohl gestern seine „Betroffenheit" über deren Beschluß. Dies sei ein „falscher Schritt", auch wenn es um die richtige Sache gehe.

Kohl weist die drei, die sich wie zehn andere in Toronto, Oakland und Paris notfalls zu Tode hungern wollen, darauf hin, daß das, was in Jahrzehnten an Rüstung aufgebaut worden ist, nicht in wenigen Tagen verschwinden könne. Das gehe nur in vielen kleinen Schritten und langwierigen Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

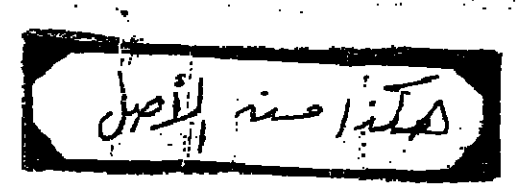
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Deutlicher Unterschied

Mk. – Deutlicher hätten sich die Unterschiede gar nicht offenbaren können: Während noch über das Thesenpapier des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht diskutiert, der Kern seiner Aussagen für die mittel- und langfristige Orientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik jedoch als richtig bezeichnet wird, legt sich die Bundesregierung in der Agrarpolitik auf eine Linie fest, die dem widerspricht.

Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, müßten, so Albrecht, die Arbeitskosten real gesenkt werden, wobei er in erster Linie an die hohen Lohnnebenkosten denkt. Eine Ansicht, mit der er nicht allein steht. So hat zum Beispiel der Sachverständigenrat die Rigidität der Löhne nach unten als ein wichtiges Hindernis auf dem Wege zur Vollbeschäftigung geortet.

In der Agrarpolitik sollen solche Überlegungen nicht gelten. Obwohl die wachsenden Überschüsse die finanziellen Grundmauern der erschüttern, werden Preissenkungen, die von Wissenschaftlern als das geeignete Mittel zur Drosselung der Produktion bezeichnet werden, kategorisch abgelehnt. Lieber wird dem Dirigismus in Form von Produktionsquoten gefrönt.

Wie schwer Kürzungen fallen, zeigt der Streit um das Mutterschaftsgeld. Trotzdem bleibt die Regierung auf ihrem Sparkurs. Dabei geht es in der Agrarpolitik allein für den Bundeshaushalt um Milliarden, nicht um Millionen. Die Differenz sind nicht ein paar Nullen, sondern ganze Welten. In einem Fall wird versucht, die Effizienz des Systems zu verbessern, um so die Schwierigkeiten zu meistern. Im anderen Fall sollen Aktivitäten behindert werden. Was dabei herauskommt, liegt auf der Hand.

Mehr Frischkost

fu (London) – Die Eßgewohnheiten der Briten haben sich in letzter Zeit merklich verändert: weg von tiefgefrorenen Mahlzeiten, dafür mehr gesunde Frischkost. Am stärksten profitieren von dieser neuen Welle die Hersteller von Yoghurt, Frühstücksmehlspeisen, Cornflakes, Rice-Crisps und Fruchtsäften. Allein die Verkäufe von Yoghurt sind zwischen 1978 und 1982 real um 27 Prozent gestiegen. Bis 1987 rechnet die Nahrungsmittelbranche mit einem weiteren Anstieg um 32 Prozent. Die Aufgabe traditioneller Insel-Eßgewohnheiten läßt sich eigentlich nur mit den Reise-Erfahrungen der Briten erklären. Was im Auslands-Urlaub so gut und gesund geschmeckt hat, das will man auch zu Hause nicht vermissen. Tiefgefrorenes Geflügel und Gemüse, Weißbrot und Dosenpudding weichen unaufhaltsam frischem Fisch und Frischgemüse, für die bis 1987 ein Verkaufszuwachs um 9,4 bzw. 5,5 Prozent vorausgesagt wird, während der gesamte Lebensmittelmarkt in diesem Zeitraum nur um 0,6 Prozent wachsen dürfte. „Frisch" lautet die neue Devise.

UNTERHALTUNGSELEKTRONIK / WELT-Gespräch mit Interfunk-Chef Seringer

Europäische Konzentration ist nötig im Wettbewerb mit den Japanern

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Euphorie, die der Branche der Unterhaltungselektronik früher zu eigen war, ist einer realistischeren Betrachtungsweise mit einem Schuß Optimismus gewichen. Diese Einschätzung der Stimmung in dem vielbeachteten Wirtschaftszweig der Konsumelektronik bei Beginn der Internationalen Funkausstellung Berlin 1983 (2. bis 11. September) gab Interfunk-Chef Hermann Seringer in einem WELT-Gespräch. Er stellt im übrigen Tendenzen der inneren Festigung in der europäischen Unterhaltungselektronik-Industrie fest.

Die Konzentration in dieser Industriesparte, die sich vor allem in den „Blöcken" Thomson-Brandt (Nordmende, Saba, Dual, Telefunken), dem Tandem Philips/Grundig oder auch in den ITT-Firmen manifestiert, sei nach Seringers Ansicht notwendig gewesen. Rücke man nicht zusammen, so gäbe es ähnlich wie in der Auseinandersetzung der Fotobranche mit den japanischen Anbietern eines Tages auch hier keinen starken Europäer mehr.

Seringer traut der europäischen Unterhaltungselektronik-Industrie die Kraft zu, nicht immer nur das nachzuvollziehen, was andere vorgeben. Die gestiegene Attraktivität des Sortiments europäischer Hersteller dokumentiert sich – so Seringer – auch darin, daß ihr Anteil am Angebotsprogramm brauner Ware der Interfunk eG, Ditzingen, dieser führenden Einkaufsgenossenschaft europäischer Rundfunk-Fachhändler, inzwischen wieder auf 80 Prozent angestiegen, der fernöstliche Anteil damit auf 20 Prozent zurückgegangen ist. Nicht übersehen werden darf dabei freilich, daß die hiesigen Produzenten in beträchtlichem Umfang Erzeugnisse wie Videorecorder, Hifi-Geräte und „Henkelware" aus Fernost zukaufen, so daß sich die Ursprungsquote möglicherweise auf 50 Prozent stellt.

Im Hinblick auf das Zusammenrücken in der Industrieszene werden auch bei den Einkaufverbänden entsprechende Schritte überdacht. Der Handel werde nach Meinung Seringers in seiner Gesamtheit einen Strukturwandel durchmachen. Dabei werde sich der Fachhandel an anderen Beispielen orientieren müssen, wofür das Fachmärkte-Prinzip einen Ansatzpunkt darstellen könnte.

Von der Berliner Funkausstellung verspricht sich der Rundfunk- und Fernsehfachhandel, der in der ersten Jahreshälfte mit einem realen Umsatzplus von 3,5 bis 4 Prozent abgeschnitten hat, belebende Kaufimpulse. Große Stücke hält Seringer von der Einführung des digitalen Fernsehens durch SEL, ein Schritt, den auch andere Anbieter nachvollziehen dürften. Darüber hinaus werde das Thema Bildschirmtext und seine Anwendung eine weitere Belebung erfahren.

Während sich im Audiobereich das Geschäft mit der Compactdisc kontinuierlich entwickelt und oftmals von Engpässen im Warenangebot gekennzeichnet ist, befindet sich in der Videosparte die Bildplatte in einer Sackgasse. In diesem Segment hält Seringer die Preise für zu hoch und das Angebot für zu gering.

Auf dem Felde der Videorecorder sind insbesondere durch das Selbstbeschränkungsabkommen für japanische Importware die Industrieabgabepreise seit Jahresbeginn nach Feststellungen der Interfunk etappenweise um bis zu 15 Prozent angestiegen. Die aus jener „Bremse" resultierenden Vorteile für das europäische Videosystem 2000 (Philips/Grundig), dessen Marktanteil in der Bundesrepublik auf über 30 Prozent ansteigen dürfte, sind allerdings – so Seringer – von kurzfristiger Natur. Nach Ablauf der Dreijahresfrist werde der Markt mit Sicherheit einbrechen. Überdies habe man sich auch deshalb mit dem Selbstbeschränkungsabkommen einen Bärendienst erwiesen, da man Komponentenlieferungen – hier gebe es bereits Engpässe – einbezogen habe.

Während Seringer auf dem Sektor der Videotheken eine „Goldgräber-Mentalität" ortet, die durch einen „mörderischen" Preiswettbewerb gekennzeichnet sei, sieht er für das Homecomputer-Geschäft nicht zuletzt für seine Organisation beste Aussichten. Er hält es für möglich, daß der Markt bis 1986 auf eine Million Stück anwachsen wird.

US-STEUERSYSTEM / Umfrage-Ergebnis

Höhere Verbrauchsabgaben werden eher akzeptiert

H.-A. SIEBERT, Washington

Im Falle einer Steueranhebung würde die Mehrheit der amerikanischen Bürger höhere Abgaben auf den Verbrauch, in den USA „sales tax" oder Umsatzsteuer genannt, vorziehen.

Das ergab die Umfrage einer Regierungskommission, die 1959 vom Kongreß zur Überwachung der Funktionsweise des föderalistischen Systems eingesetzt worden ist. Das überraschende Ergebnis kann zu weitreichenden Reformen führen:

Einmal läßt sich ohne neue Einnahmen das inzwischen dramatische Defizitproblem des amerikanischen Bundes nicht lösen; zum anderen wird in den Vereinigten Staaten schon seit langem über einen Abbau der investitiven Steuern diskutiert. Die Belastung ist hier traditionell am größten, erschwert werden dadurch Kapitalbildung und Produktionsausweitung. Einflußreiche Gruppen plädieren bereits für die Einführung einer Mehrwertsteuer nach europäischem Muster.

Vor die Wahl gestellt, den Konsum oder das Einkommen stärker zu besteuern, sprachen sich 52 Prozent der Befragten für eine nationale Umsatzsteuer aus – Nahrungsmittel ausgenommen. Nur 24 Prozent votierten für eine Heraufsetzung der Einkommensteuern. Eine nationale Umsatzsteuer gibt es in den USA bisher nicht; Abgaben auf den Verbrauch sind vielmehr die wichtigste Finanzquelle der 50 US-Bundesstaaten und ihrer Gemeinden. Die Sätze selbst sind von Land zu Land höchst unterschiedlich. In New York macht der Preisaufschlag zum Beispiel acht, in Maryland fünf Prozent aus.

Nach Ansicht amerikanischer Steuerfachleute spiegelt die eindeutige Mehrheit die große Unzufriedenheit mit der steilen, zumeist inflationsbedingten Zunahme der direkten Steuern in den vergangenen Jahren wider. Präsident Reagan hat zwar die Einkommensteuern vom 1. Oktober 1981 bis zum 1. Juli 1983 in drei Phasen um insgesamt 23 Prozent gesenkt. Gegenüber 1973 ist die Last dennoch viel schwerer geworden. Das gilt auch für die Sozialversicherungsabgaben – in Amerika eine Steuer, die mehrfach heraufgesetzt worden ist.

Das Votum reflektiert aber auch die angenommenen Ungerechtigkeiten im US-Einkommensteuersystem sowie den Mangel an persönlicher Einflußnahme. Viele Befragte versprechen sich von einer größeren Belastung des Verbrauchs mehr Eigenkontrolle; das heißt, der Steuerumfang hängt von den Kaufentscheidungen ab. Weniger Konsum füllt automatisch die Sparbücher.

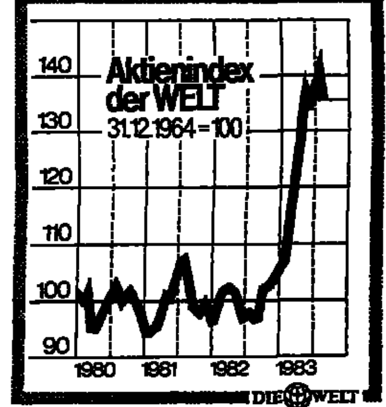
Hinzu kommt, daß in eine nationale Umsatzsteuer nur schwer Oasen eingebaut werden können. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich nur sechs Prozent für eine stärkere Besteuerung der Unternehmen aussprachen.

Konjunktur für Miesmacher

Von CLAUS DERTINGER

Die Gesichter der Börsianer werden von Tag zu Tag länger. Nichts geht mehr, klagen sie. Optimisten, die noch vor einem Monat von einem anhaltenden Höhenflug der Aktienbörse überzeugt waren, wechseln mehr und mehr ins Lager der Pessimisten über, seit die Kurse kontinuierlich nachgeben. Die Verluste einzelner Papiere an einzelnen Tagen mögen gering erscheinen. Doch für den ganzen August summierten sie sich – gemessen am Aktienindex der WELT – auf rund fünf Prozent. Damit ist das Kursniveau wieder auf den Stand von Mitte April zurückgegangen. Gegenüber dem Höchststand Anfang Juli bedeutet das einen Rutsch um rund sieben Prozent.

Nach der vorangegangenen Hausse, die vor einem Jahr begann und die vielfach Gewinne von 50 Prozent und mehr gebracht hat, braucht man sich über eine solche Korrektur eigentlich nicht zu wundern. Es reizt einfach,



Kasse zu machen, und das ist inzwischen für immer mehr Anleger möglich, ohne daß sie den Fiskus an den Börsengewinnen beteiligen müssen, weil die Spekulationssteuerfrist abgelaufen ist.

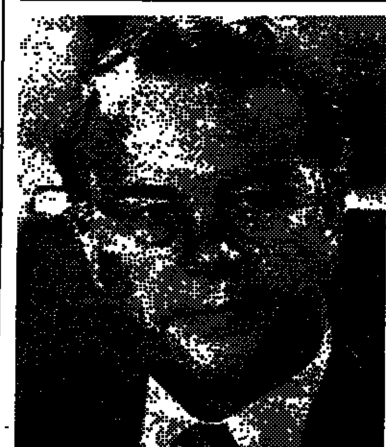
Im Frühjahr, als die Kurse allzu stürmisch hochschossen, hätten viele Börsenexperten eine solche Beruhigungspause gern gesehen, um noch einmal billiger „einsteigen" zu können. Doch jetzt beginnen sie nervös zu werden, weil diejenigen Kunden, in denen die Banken noch vor einigen Monaten die potentiellen Käufer von morgen gesehen hatten, die Taschen zugeknöpft halten. Besorgt stellt man die Frage nach den Motiven für diese Kaufzurückhaltung.

Die Konsolidierungspause könnte noch länger anhalten, die Kurse könnten noch weiter sinken", erhalten die Bankberater oft zur Antwort. „Wer weiß, ob die Konjunktur hält, was sie noch vor einigen Monaten zu versprechen schien", so wird zu bedenken gegeben, seit einige Propheten für 1984 wieder eine Abschwächung des noch bescheidenen Wirtschaftswachstums verkünden. „Soll man da nicht lieber die Finger von der Aktienbörse lassen und abwarten, wie es weitergeht?" Auch der Börsenprofis in den Banken bemächtigen sich zunehmend solche Gedanken. Da muß man sich nicht wundern, wenn die Börse zum Schlafsaal wird, wo das Geschäft dahindämmert und manche trüben Gedanken aufkommen. Die Börsianer, denen es nie an Begründungen für die eine oder andere Tendenz mangelt, wissen auch noch einiges andere ins Feld zu führen: Die steigenden Zinsen in den USA zum Beispiel, die auch unser Zinsniveau und den Dollarkurs mit in die Höhe ziehen. Aber war das nicht auch schon vor zwei Monaten so, als die deutschen Aktienkurse zum Gipfelsturm ansetzten?

Der steigende Dollarkurs, der noch vor einigen Wochen als Stimulans für den deutschen Export und damit auch für die Konjunktur von vielen Börsianern nicht ungern gesehen wird, gilt heute als Börsenbremse. So ändern sich die Meinungen über Fakten, die heute noch die gleichen sind wie vor kurzer Zeit. Da kann man doch eigentlich nur noch zu dem Schluß kommen, das ganze Gerede nicht so schrecklich ernst zu nehmen und einen kühlen Kopf zu bewahren.

Wer sich nicht von der in Mode gekommenen Miesmacherei anstekken läßt und darauf vertraut, daß es in der Wirtschaft bei uns und in den USA weiter bergauf geht, wenn auch vielleicht nur langsam, der findet in flauen Börsenzeiten sicherlich gute Einstiegsmöglichkeiten. Ein Blick in die Halbjahresberichte vieler Aktiengesellschaften zeigt, daß die Gewinne in einem viel rascheren Tempo steigen als das Konjunkturbarometer. Und das wird wohl auch in der zweiten Jahreshälfte so bleiben. Das ist für die Börse eine solide Grundlage, der man sich eines Tages wieder mehr erinnern wird, wenn störenden Einflüssen wie der von den USA angetriebenen Zinsentwicklung einmal nicht mehr so viel Gewicht beigemessen wird wie jetzt.

AUF EIN WORT



» Wenn man sich vorstellt, daß die Zahl der Arbeitslosen weiter steigt, daß die CDU erfolgreich ist mit ihrem familienpolitischen Programm, daß wir die Menschen bei steigender Lebenserwartung früher in Rente schikken, dann kann man nur sagen: Der Sockel, auf dem die Finanzierung des gesamten Sozialsystems steht, wird immer schmaler. «

Dr. Ernst Albrecht, Niedersächsischer Ministerpräsident
FOTO: RICHARD SCHULZ-VORBERG

Konjunktur: USA liegen vorn

AP, Alpbach

Die Wirtschaftsentwicklung in den westeuropäischen Staaten ist nach Ansicht von acht führenden internationalen Wirtschaftsexperten in der gegenwärtigen Konjunkturphase deutlich hinter den Vereinigten Staaten und Japan zurückgeblieben. Zu diesem Ergebnis kamen die Experten der nationalen Wirtschaftsforschungsinstitute der Weltbank, der OECD und des Internationalen Währungsfonds in einer im Tiroler Ort Alpbach erstmals gestellten Weltwirtschaftsprognose. In der Bundesrepublik wird der gemeinsamen Prognose zufolge das reale Wirtschaftswachstum 1983 etwa ein Prozent betragen.

FRANKFURTER HERBSTMESSE

Klare Konjunktursignale sind noch ausgeblieben

INGE ADHAM, Frankfurt

Keine eindeutigen Konjunkturtendenzen für die Konsumgüterindustrie hat die Herbstmesse Frankfurt gebracht, die gestern nach fünftägiger Dauer zu Ende ging. Globale Beurteilungen der Geschäftslage in den einzelnen vertretenen Branchen sind nahezu unmöglich. Dicht nebeneinander wie Kitsch und Kunst auf dieser größten Konsumgüterschau der Welt liegen auch positive und negative Urteile der einzelnen Firmen.

Denn es hat auf dieser Messe durchaus erfolgreiche Anbieter gegeben, die mit wohlgefüllten Auftragsbüchern zurückreisen. Aber eben auch solche, die nur über ein sehr schwaches Messegeschäft berichten. Dabei war nach dem Urteil der Aussteller der Besuch schwächer als im Vorjahr.

Kaum ein Thema waren auf dieser Messe Preiserhöhungen. Angesichts der nur relativ schwach ausgeprägten Orderbereitschaft des Handels wurden, wie es bei einem Anbieter heißt, selbst eigentlich notwendige Preiserhöhungen vertagt. Gleichwohl gab es harte Verhandlungen, um Konditionen nämlich, mit denen die Einkäufer jenen kleinen Vorsprung vor den Mitbewerbern herausholen wollen, der es ermöglicht, im Endverkaufspreis ein wenig günstiger zu liegen als die Konkurrenz.

Generell rechnen die Aussteller mit einem sehr kurzfristigen Nachordergeschäft, da nach einhelliger Ansicht die Läger im Handel weitgehend äußerst knapp gefahren werden und der Handel dazu tendiere, das Lagerrisiko auf die Hersteller abzuwälzen. „Unnötigerweise" zusätzlich verunsichert wurden die Einkäufer nach Ansicht zahlreicher Aussteller auch durch Berichte zu Messebeginn, die ein sich wieder leicht verschlechterndes Konsumklima signalisierten.

VOLKSREPUBLIK CHINA

DIW: Importe bleiben hinter den Planvorgaben zurück

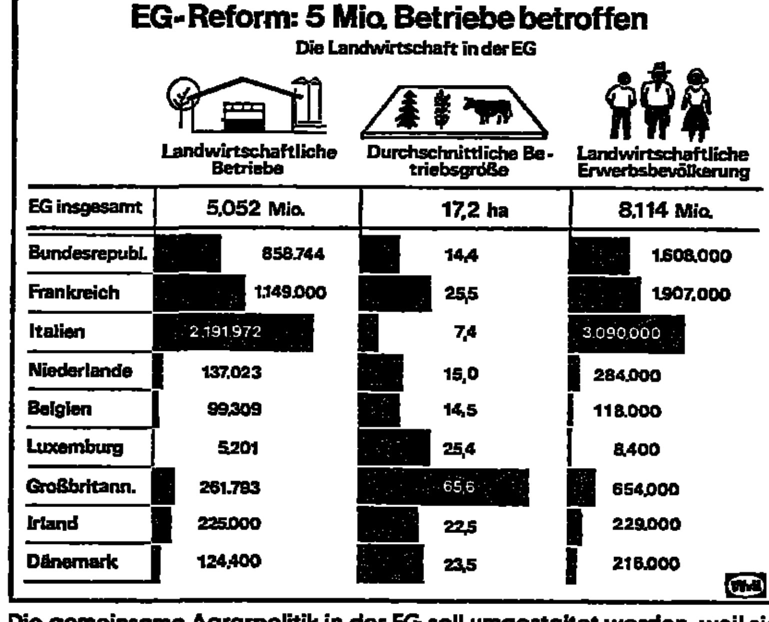
rtr, Berlin

Die Volksrepublik China muß zur Erfüllung ihrer außenwirtschaftlichen Planvorgaben die Kooperation mit ausländischen Partnern und das Projektmanagement verbessern, die begonnenen Reformen in die Tat umsetzen und vor allem die Behinderungen des Importhandels abbauen. Zu diesem Ergebnis kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Analyse zum chinesischen Außenhandel.

Trotz überwiegend günstiger Voraussetzungen sei das neue Importprogramm nicht den Planvorgaben gemäß verlaufen, erklärt das DIW. Grund dafür sei eine zu schwerfällige Planbürokratie, die nicht auf kurzfristige Veränderungen der Wirtschaftspolitik oder der gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen flexibel reagieren könne. Im sechsten Fünfjahresplan (1981 bis 1985) hatte die Volksrepublik für den chinesischen Außenhandelsumsatz ein durchschnittliches Wachstum von jährlich real 8,7 Prozent geplant. Die Einfuhr sollte dabei sogar jährlich um 9,2 Prozent überdurchschnittlich zunehmen.

Nachdem 1981 der chinesische Außenhandel sehr rasch expandierte – die Ausfuhr wurde real um 18, die Einfuhr um fünf Prozent gesteigert und die Handelsbilanz praktisch ausgeglichen – wuchs der Außenhandel 1982 nur noch verhalten. Die Ausfuhr sei um nominal 12,7 Prozent, die Einfuhr um 2,7 Prozent gewachsen. Bei Exporten von 41,4 Milliarden Yuan und Importen von 35,8 Milliarden Yuan habe sich ein Rekordüberschuß von 5,6 Milliarden Yuan ergeben. Dies entsprach in Dollar gerechnet einem Saldo von rund drei Milliarden US-Dollar, schreibt das DIW.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



EG-Reform: 5 Mio. Betriebe betroffen
Die Landwirtschaft in der EG

	Landwirtschaftliche Betriebe	Durchschnittliche Betriebsgröße	Landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung
EG insgesamt	5,052 Mio.	17,2 ha	8,114 Mio.
Bundesrepubl.	858.744	14,4	1.608.000
Frankreich	1.149.000	25,5	1.907.000
Italien	2.191.972	7,4	3.090.000
Niederlande	137.023	15,0	284.000
Belgien	99.309	14,5	118.000
Luxemburg	5.201	25,4	8.400
Großbritann.	261.793	65,6	654.000
Irland	225.000	22,5	229.000
Dänemark	124.400	23,5	218.000

Die gemeinsame Agrarpolitik in der EG soll umgestaltet werden, weil sie in der bisherigen Form nicht mehr finanzierbar ist. Die Reformbemühungen betreffen über fünf Millionen Betriebe mit mehr als acht Millionen Erwerbstätigen. Die Zahlen über Beschäftigte und Betriebsgrößen zeigen, wie unterschiedlich Bedeutung und Struktur der Landwirtschaft in den einzelnen EG-Ländern sind. QUELLE: WVH

Keine Fortschritte bei EG-Agrarreform

Brüssel (AFP) – Die am Dienstag in Brüssel abgehaltene Konferenz der Außen-, Finanz- und Agrarminister der Europäischen Gemeinschaft führte zu keiner Lösung des Problems einer Reform der europäischen Agrarpolitik. Nach zwei vorbereitenden Konferenzen auf Experten- und Staatssekretärebene unterstrichen die Minister lediglich übereinstimmend die Notwendigkeit, die gemeinsame Agrarpolitik zu rationalisieren. Bei der Suche nach konkreten Lösungen wurden jedoch keinerlei Fortschritte verzeichnet. Die Sparvorschläge der EG-Kommission stoßen auf größte Zurückhaltung, da die einzelnen Regierungen nachträgliche Folgen für die Einkommen ihrer Landwirte befürchten.

Schwache Handelsumsätze

Düsseldorf (Py.) – Der deutsche Facheinzelhandel hat das Umsatzplus vom Juni im Juli nicht halten können. Aus dem regelmäßigen Betriebsvergleich des Instituts für Handelsforschung an der Universität Köln geht hervor, daß der Einzelhandelsumsatz um zwei (preisbereinigt um etwas mehr als drei) Prozent unter dem Vorjahresmonat lag. Besonders schlecht schnitten Tapeten-, Beleuchtungs- und Möbeleinzelhandel (minus 13,11 und 10 Prozent) ab. Drogerien- und Sportartikel sowie Bücher lagen im Durchschnitt des Handels, während Uhren mit Gold- und Silberwaren sowie Textilien und Schuhe Zuwächse zwischen 1 und 3 Prozent verbuchten. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lag der Einzelhandelsumsatz um ein (real zwei) Prozent niedriger als im Jahr zuvor.

Bund erhöht Renditen

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Bundesfinanzministerium erhöht die Renditen für seine Daueremissionen. Wie die Bundesbank mitteilte, wird ab heute für die fünfjährige Bundesobligation mit einem Nominalzins von acht Prozent der Ausgabekurs auf 99,40 (bisher: 100) Prozent zurückgenommen, wodurch sich die Rendite auf 8,15 (acht) Prozent erhöht. Bei den Finanzierungsschätzen des Bundes wird bei einem Jahr Laufzeit die Rendite auf 6,10 (5,82) Prozent und bei zwei Jahren Laufzeit auf 7,27 (7,09) Prozent angehoben.

Autotagegeld erhöht

Bonn (AP) – Wer bei einem unverschuldeten Unfall auf den ihm eigentlich zustehenden Mietwagen verzichtet, bekommt von der Versicherung deutlich mehr Geld als bisher. Wie der HUK-Verband der Autoversicherer mitteilte, wird das sogenannte Autotagegeld, die Nutzungsausfall-Entschädigung, ab sofort um Beträge zwischen 2,50 und elf Mark je nach Fahrzeugtyp angehoben. Nach der Neubewertung liegen die Tagessätze jetzt zwischen 22,50 und 115 Mark in Abhängigkeit von der Autogröße. Begründet wird die Erhöhung mit gestiegenen Kosten für Neu- und Mietwagen und für den Unterhalt der Autos.

Auftragsrückgang in USA

Washington (Sbt.) – In den USA sind die Industrieaufträge im Juli um 1,7 Prozent auf 175,5 Milliarden Dollar gesunken, verglichen mit einer Zunahme um sieben Prozent im Juni. Zugleich stiegen die Lagerbestände um 0,4 Prozent, was auf ein erstes Nachlassen der Verbrauchernachfrage hindeutet. Dennoch glaubt das US-Handelsministerium nicht an eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos. Gegenüber dem Vormonat sanken die Verkäufe von Einfamilienhäusern in Amerika um sechs Prozent auf 663 000 Einheiten. Verglichen mit Juli 1982 betrug das Plus jedoch 70 Prozent. Der durchschnittliche Verkaufspreis betrug 75 000 (1981: 68 900) Dollar.

„Exporthilfe keine Lösung"

Hamburg (rtr) – Auch mit Auftragshilfen der Bundesregierung werden die deutschen Werften nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ihre Kapazitäten nicht auslasten können. Den Bremer Bürgermeister Hans Koschnick forderte er in einem Interview der Wochenzeitung „Die Zeit" erneut auf, für die von Schließung bedrohten Werften in seinem Bundesland noch vor der Bremer Bürgerschaftswahl am 25. September ein Überlebenskonzept vorzulegen. Die Forderungen der Werften und der Senate von Bremen und Hamburg nach Exporthilfen des Bundes sollen in der nächsten Woche im Bundeskabinett beraten werden. Das Problem der Werften liege – so Lambsdorff – im Mangel an Aufträgen und nicht an der japanischen Konkurrenz und den staatlichen Schiffbausubventionen in anderen Ländern.

AUTOMOBILINDUSTRIE

Dollinger fordert: Sich den Herausforderungen stellen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

„Die Automobilindustrie selbst muß das Wohlwollen der Bürger erhalten, wenn das Auto auch in Zukunft seine maßgebende Rolle spielen will." Dies erklärte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger in den Verkehrsnachrichten seines Hauses. Die Zukunft des Automobils werde nicht in erster Linie von der Verkehrspolitik geprägt. Vor allem müsse sich die Automobilindustrie den Herausforderungen in den Bereichen Kraftstoffeinsparung, Umweltschutz und Sicherheit stellen.

Die Konkurrenz erzwinge in der Marktwirtschaft zwar eine Kraftstoffeinsparung, die sogar über die freiwillige Zusage der Industrie hinausgehe. Aber ebenso wie bei der Verringerung der Schadstoffemissionen müsse noch mehr erreicht werden. Die Einführung von bleifreiem Benzin sei ein wesentlicher Schritt. Angesichts der unsicheren Entwicklungen in den Erdölförderländern müssen nach Ansicht Dollingers aussichtsreiche und versorgungssichere Ergänzungskraftstoffe vorbereitet werden.

Nach einer Untersuchung des Verkehrsministeriums wäre die Einführung des Elektro-Pkw eine geeignete Therapie gegen eine Ölkrise. Allerdings würden solche Fahrzeuge heute noch keine Käufer finden. Vielmehr wären laufende Subventionen von mindestens 3000 Mark pro Fahrzeug erforderlich, um eine Breiteneinführung zu fördern. Dies hält die Bundesregierung noch nicht für sinnvoll. Elektro-Pkw seien heute technisch realisierbar. Sie erreichten jedoch schlechtere Fahrleistungen als die gängigen Autos, bei denen der Energiekostenanteil jedoch doppelt so hoch wie beim Elektro-Wagen liege.

BÜROKRATIE / Auflagen der Gewerbeaufsicht für Hortens Frisiersalons

Die Sozialkommunikation des Friseurs

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erfolgreich und mit einem Umsatzplus von 17 Prozent in 1982 hat die Horten AG, Düsseldorf, in ihren Warenhäusern mit dem Kooperationspartner Essanelle, mit über tausend Geschäften in zehn Ländern größten Frisiersalon-Kette der Welt, Frisiersalons eingerichtet. Deren bis 1982 auf 28 gewachsene Zahl soll in diesem Jahr um 14 steigen. Welche geradezu abenteuerlichen Hürden bürokratischer Gewerbeaufsicht dabei mitunter übersprungen werden müssen, schilderte der Horten-Vorstandssprecher in der Hauptversammlung des Unternehmens an drei Beispielen und mit dem Fazit, daß hier der Gesetzgeber schleunigst zum Wohle der Schaffung neuer Arbeitsplätze Abhilfe schaffen sollte:

„Halten Sie es bitte nicht für eine Posse: In unserem Düsseldorfer Haus verlangte die Gewerbeaufsicht ernsthaft die Schließung des Salons und damit die Entlassung von 15 Mitarbeitern, weil aus bautechnischen Gründen keine Außenfenster für den Frisiersalon zu brechen waren und so, wie es hieß, die soziale Kommunikation des Friseurs mit der Außenwelt verhindert werde. Der Blick in die Verkaufsräume des Warenhauses genüge nicht.

Um die gewünschte soziale Kommunikation zu fördern, bauten wir in einer anderen Stadt (mit zweistelliger Arbeitslosenquote) dann einen Salon mit breiter Fensterfront nach draußen. Da war dann die soziale Kommunikation zu stark. Eine Gardine mußte her, um den Einblick der Passanten auf die Arbeit des Friseurs zu verhindern. Als sie hing, behinderte sie wieder die soziale Kommunikation von drinnen nach draußen, weil sie zu dicht war. Die nächste, etwas dünnere Gardine schließlich fand Gnade bei der Gewerbeaufsicht.

In einer dritten Stadt schließlich (mit ebenfalls zweistelliger Arbeitslosenquote) verlangt die Gewerbeaufsicht, daß die Mitarbeiter des Frisiersalons nicht unsere in reicher Zahl vorhandenen Mitarbeiter-Toiletten benutzen, sondern eine separate Toiletten-Anlage erhalten. Auch die Garderobenschränke des Frisiersalon-Personals dürften nicht im gleichen Raum mit denen der Horten-Mitarbeiter stehen.

Solche Auflagen machen im Einzelfall die Investition unrentabel und verhindern neue Arbeitsplätze. Und wem, meine Damen und Herren, sagen wir nun: ‚Weil du einen schöneren Arbeitsplatz mit eigener Toilette und Garderobe bekommen sollst, bekommst du überhaupt keinen.' Welches Ergebnis brächte wohl eine Abstimmung unter arbeitssuchenden Friseuren, die im übrigen als Spitzenkräfte bei unserem Partner weit über dem Branchendurchschnitt verdienen."

FRANKREICH / Autonachfrage leicht abgeschwächt

Verluste der „Ausländer"

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die französische Automobilnachfrage hat sich in den letzten Monaten insgesamt abgeschwächt. Dies lag vor allem an dem allgemeinen Verbrauchsrückgang infolge des Austerity-Plans. Verhältnismäßig günstig behaupteten sich die nationalen Hersteller dank ihrer neu auf den Markt gebrachten Modelle.

Bei den ausländischen Wagen verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Insgesamt stieg ihr Absatz im ersten Halbjahr um 10,9 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 302 038 Einheiten. Das waren 31,54 (28,5) Prozent aller Neuzulassungen, wobei allerdings ihr Marktanteil seit der letzten Franc-Abwertung (21. März) etwas zurückging.

Es scheint, daß darunter und unter der gleichzeitigen D-Mark-Aufwertung die deutschen Wagen besonders stark zu leiden hatten. So verminderte sich der Frankreich-Absatz der VAG-Gruppe im Halbjahresvergleich um 6 Prozent auf 62 184 Einheiten, dabei um 8,9 Prozent auf 48 233 Volkswagen, während der Audi-Absatz um 5,2 Prozent auf 13 951 Einheiten zunahm. Diese auch in Frankreich sehr erfolgreiche Marke rangiert stückzahlmäßig jetzt zwischen BMW und Mercedes, die Absatzverluste von 1,9 und 5,2 Prozent verbuchten.

Spitzenreiter unter den „Ausländern" wurde die Ford-Gruppe mit einem Verkaufsanstieg von 23,8 Prozent auf 75 826 Einheiten, was einem Marktanteil von 7,14 Prozent entsprach, während der von VAG auf 5,85 (6,26) Prozent zurückging. Noch stärker, nämlich um 68,8 Prozent, konnte General Motors (dank Opel) seinen Frankreich-Absatz ausweiten. Mit 40 733 Einheiten blieb die Gruppe aber deutlich hinter VAG. Seinen dritten Platz behauptete Fiat mit einem Absatz von 47 509 Einheiten (minus 0,9 Prozent). British Leyland dagegen fiel weiter ab auf 15 615 Einheiten (minus 7,6 Prozent).

Für die nächsten Monate erwartet der französiche Autoimporteurverband, daß BMW und Mercedes dank ihrer neuen Modelle, die hier erst jetzt auf den Markt kommen, etwas aufholen. Auch im sozialistischen Frankreich gelte die Regel, daß sich Luxuserzeugnisse in der Krise behaupten.

OPEC-STAATEN / Industrialisierung wurde weiter vorangetrieben – RWI-Studie

Gefahren für die deutschen Exporte

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Zeiten, in denen die Bundesrepublik durch den wachsenden Handel mit den meisten der reichen Länder der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) für gute Beschäftigung der heimischen Industrie und ansehnliche Überschüsse in der Handelsbilanz sorgte, sind – zumindest vorerst – vorüber.

Das ist nicht allein die Folge der besonders seit Mitte letzten Jahres sinkenden Ölpreise. Gefahr für den deutschen Handel mit den Opec-Staaten des Nahen Ostens, Afrikas und Südamerikas droht vielmehr durch die Industrialisierung dieser Länder. Sie versuchen nicht nur, dem Import deutscher Waren durch eigene Produkte das Wasser abzugraben, sondern auch auf den Weltmärkten der deutschen Konkurrenz Paroli zu bieten.

Auf kurze Sicht bietet der Opec-Markt in Zeiten wirtschaftlicher Probleme in den westlichen Industrieländern ausgleichende Export- und Beschäftigungsmöglichkeiten, auf lange Sicht aber könnte die dort entstehende neue Industriestruktur und der angestrebte Export industrieller Produkte für manche Branchen der traditionellen Industrieländer zur ernsthaften Konkurrenz werden.

Zu diesem Schluß kommt eine Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Immerhin hatte die Bundesrepublik von 1970 bis 1979 ihre Produktionsstrukturen auf den Bedarf der Opec-Länder an kapitalintensiven Produktionsverfahren und technologisch hochwertigen Investitionsgütern zugeschnitten. Ende der 70er Jahre machten Investitionsgüter (Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge) fast 50 Prozent der Opec-Gesamtimporte aus. Aus der Bundesrepublik stammten knapp 45 Prozent, den deutschen Export trugen sie zu 60 Prozent. Die deutsche Wirtschaft steigerte ihren Marktanteil am Opec-Handel von 13,1 auf 16,1 Prozent, 1982 lag er bei 13,8 Prozent.

Die Bundesrepublik profitierte nach Ansicht des RWI unter den Wettbewerbern durch die Diversifikation der eigenen Produktpalette von der Opec-Industrialisierungswelle. Sie rangiert im Handel mit Opec-Staaten überall auf den vordersten Plätzen. Innerhalb von elf Jahren (bis 1981) stiegen die deutschen Exporte dorthin auf 15 Milliarden Mark.

Der Versuch der Opec-Länder, bisher importierte Güter durch heimische Produkte zu ersetzen und die eigene Produktpalette für den Export breiter zu fächern, ist – so das Institut – bislang nicht gelungen: „Die durch die Öleinnahmen bewirkte hohe Bewertung ihrer Währungen hat die relative Wettbewerbsposition ihrer Nicht-Öl-Ausfuhren ständig verschlechtert." Das würde zwar in absehbarer Zeit nicht zu einer spürbaren Beeinträchtigung des deutschen Exports auf dem Weltmarkt durch Opec-Erzeugnisse führen, wohl aber könnten immer mehr Investitionsprogramme in diesen Ländern in Frage gestellt werden und so den deutschen Export negativ beeinflussen.

Unter den Branchen, die von der derzeitigen tendenziellen Abnahme der Exporterlöse dieser Länder kurzfristig am meisten betroffen sind, gehören der Stahlbau, Schiffbau sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau.

ITALIEN / Mehr Freiheit für Außenhandelsfirmen

Liberales Devisengesetz

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die für Devisenbestimmungen zuständigen vier italienischen Ministerien wollen schon im September einen gemeinsamen Textvorschlag zur Änderung des aus dem Jahre 1976 stammenden Devisengesetzes vorlegen. Eine entsprechende Reformabsicht war von Ministerpräsident Craxi in seinem Regierungsprogramm angekündigt worden.

Mit der Liberalisierung der geltenden Devisenbestimmungen will die Regierung „mehr Freiheit für die italienischen Außenhandelsunternehmen auf den internationalen Märkten schaffen".

Das sogenannte Kapitalfluchtgesetz (Lex 159) war im Jahre 1976 unter dem Eindruck der zweiten großen Lira-Krise erlassen worden und sollte der illegalen Kapitalausfuhr einen Riegel vorschieben. Im Unterschied zu der vorangegangenen liberalen Gesetzgebung führte es erstmals in der Nachkriegszeit wieder den Tatbestand des strafrechtlich zu ahndenden Devisenverbrechens ein. Mit Gefängnis kann bestraft werden, wer ohne Genehmigung der Devisenbehörden über 5 Millionen Lire (etwa 8750 Mark) ausführt.

Mit der jetzt geplanten Änderung soll die gesamte Materie laut Außenhandelsminister Nicola Capria „progressiv" liberalisiert werden. Es ist vorgesehen, den Kapitalexportbetrag, bei dem strafrechtliche Maßnahmen an die Stelle einfacher Verwaltungsgebühren treten, von jetzt 5 auf 100 Millionen Lire zu erhöhen. Ferner soll der heutige Grundsatz, daß alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, dem Verbot unterliegt, durch das umgekehrte Prinzip ersetzt werden, nämlich daß alles, was nicht verboten ist, erlaubt ist.

Um die Liberalisierung straf- und fiskalrechtlich abzusichern, ist eine Amnestie geplant, die alle Personen von Strafen befreit, die das vor und nach dem Inkrafttreten des Kapitalfluchtgesetzes illegal ausgeführte Kapital repatriieren. Diese Amnestie wird sich auch auf die Tausende von Devisenverfahren beziehen, mit denen derzeit die Gerichte beschäftigt sind. Zur Erleichterung dieser Repatriierung soll eine Auslandsanleihe aufgelegt werden. Sie wird allerdings voraussichtlich nur den kleinen und mittleren Kapitalexporteuren vorbehalten sein.

NAMEN

Theodor Langohr ist nach über 40jähriger Tätigkeit in leitender Funktion auf eigenen Wunsch aus der W.&E. Höhler Hamm, Straßen- und Tiefbau, ausgeschieden.

John F. Devaney (37) ist zum Generaldirektor der Perkins-Gruppe ernannt worden. Er ist Nachfolger von **Jim Felker**, der zum Präsidenten Traktoren und Landmaschinen der Massey-Ferguson Ltd. ernannt worden ist.

Dr. **Günther Letschert**, Vorstandsmitglied der Frankfurter Hypothekenbank, übergab wegen seines bevorstehenden Ausscheidens aus dem aktiven Berufsleben den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditinstitute an **Klaus Flachmann**, Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekenbank.

Dagobert Knoess (40) ist seit dem 1. August 1983 Mitgeschäftsführer der Deutschen Wienerwald GmbH. Er leitet die Bereiche Verwaltung, Finanzen und Beschaffung.

Dr. Franz Batthyany hat als Nachfolger von Dr. Alfons Wagenhofer sein Amt als österreichischer Handelsdelegierter in Düsseldorf angetreten.

Dr. Herbert Hollmann, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Chemische Industrie Niedersachsen, ist im Alter von 60 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: ultimo sportswear GmbH; **Bad Iburg:** Rhinolith Isolierbaustoffe Verwaltungs- u. Beteiligungsges. mbH, Hilter; Rhinolith Isolierbaustoffe GmbH & Co. KG, Hilter; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Hans-Joachim Kretschmann, Kraftfahrer; **Betzdorf:** Nachl. d. Horst Fischbach, vorm. alleiniger Geschäftsführer der Fischbach, Lagertechnik GmbH; **Mainz:** Nachl. d. Karl Walter Josef Hahn, Mainz-Mombach; **Mannheim:** Nachl. d. Erna Frieda Fertig geb. Stoppel, Mannheim-Schönau; **Marburg** (Lahn); Kurt Gräser (Ing. grad.) GmbH & Co. KG; Kurt Gräser GmbH, Elektroanlagen u. Elektrodienst; **München:** Video Shop 69 GmbH; Nachl. d. Heiner Koch; **Osnabrück:** Gerhard Gerds Floristenbedarfs-GmbH & Co. KG, Hasbergen; **Reutlingen:** Hößle GmbH, Bauunternehmung; **Syke:** Bischoff GmbH, Bassum; **Wiesbaden:** City Kaufhaus Verwaltungsges. mbH, Mainz-Kastel; **Wuppertal:** Nachl. d. Sit Sitharma Peruvemba.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hamburg: Stuppenhagen & Rubbert. **Heilbronn (Neckar):** Lauser GmbH, Internationale Spedition;

Vergleich beantragt: Beckum: Completta Möbel GmbH, Oelde-Stromberg; **Pinneberg:** interplan Internationales Planungsbüro f. Förder- u. Lagertechnik GmbH, Schenefeld.

Paris: Geldbuße für Boehringer-Tochter

J. SCH. **Paris**

Die französische Filiale der deutschen Pharma-Gruppe C. H. Boehringer, Ingelheim, ist wegen angeblichen Mißbrauchs ihrer dominierenden Position auf dem Markt bestimmter Arzneimittelspezialitäten mit einer Geldbuße von 2,5 Mill. Franc (0,83 Mill. DM) belegt worden. Dies verfügte das Pariser Finanzministerium auf Antrag der Wettbewerbskommission. Der Firma wird vorgeworfen, auf ihre französischen Konkurrenten unzulässigen Druck ausgeübt zu haben, um diese zu veranlassen, den Absatz bestimmter Medikamenten, die mit Boehringer-Medikamenten konkurrieren, einzustellen. Es soll sich dabei um solche unter Verwendung von „Dipyridamol" handeln.

Die Preise für zwei der „dominierenden" Boehringer Arzneien wurden von dem Ministerium zwangsweise um 5 Prozent herabgesetzt. Die Konkurrenzkommission beantragt außerdem eine generelle Überprüfung der Preispolitik des Pharma-Konzerns.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Lufthansa zufrieden

Köln (dpa/VWD) – Ungeachtet der allgemein schwierigen Lage im Weltluftverkehr zieht die Deutsche Lufthansa, Köln, eine günstige Halbjahresbilanz. Die gesamte verkaufte Leistung sei gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 um 8,7 Prozent auf rund zwei Milliarden Tonnenkilometer angestiegen. Im Frachtsektor seien 17 Prozent, im Passagierverkehr 2,3 Prozent mehr verkauft worden, heißt es in dem gestern veröffentlichten Aktionärsbrief. Ohne genaue Zahlenangaben wird die Geschäftsentwicklung im ersten Halbjahr 1983 erfreulicher eingestuft als im Vorjahr. Die Erträge seien stärker als die Kosten gestiegen. Auch für das Gesamtjahr erwarte man ein positives Ergebnis.

GDB übernimmt Soennecken

Bergisch Gladbach (dpa/VWD) – Die GDB Großeinkaufsvereinigung Deutscher Bürobedarfsgeschäfte eG, Bergisch Gladbach, hat sämtliche Anteile an der Soennecken Gesellschaft für Büroorganisation mbH übernommen. Soennecken wird zunächst als selbständige Firma weitergeführt. In den ersten sieben Monaten steigerte GDB ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent. Bis zum Jahresende wird mit einem um 60 Mill. auf 560 Mill. DM erhöhten Umsatz gerechnet. 260 Firmen sind Mitglied bei GDB.

Deutscher Ring gut voran

Düsseldorf (Py.) – Die positive Geschäftsentwicklung des Vorjahres hat sich bei Deutscher Ring Lebensversicherung AG, Hamburg, im 1. Halbjahr 1983 fortgesetzt. Das Neugeschäft lag um 15 Prozent über dem Niveau des Vorjahres, die Beitragseinnahmen stiegen um 10 Prozent auf 270 Mill. DM. Auch bei Deutscher Ring Sachversicherungs-AG haben sich die ersten Monate dieses Jahres gut angelassen.

Groth scheidet vorzeitig aus

Hannover (dos) – Claus Groth, der Mitte 1984 den Vorsitz der Geschäftsführung bei der Düsseldorfer Messegesellschaft NOWEA übernehmen wird, scheidet bei der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG in Hannover bereits Ende dieses Jahres aus. In einer gemeinsamen Erklärung des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums und der Messe-AG heißt es, die vorzeitige Beendigung des Vertragsverhältnisses sei einvernehmlich erfolgt. Die Aufsichtsratsvorsitzende der Messe-AG, Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, habe bereits Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, „den Vorstand wieder zu komplettieren".

Berliner Werk ausgebaut

Berlin (Wz.) – Die Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat in ihrem Berliner Werk mit einer Investitionssumme von über 37 Mill. DM eine neue Produktionsstätte errichtet. Wie Vorstandsmitglied Werner Niefer mitteilte, ist der Neubau für die erweiterte Fertigung von Aggregaten für Pkw-Motoren bestimmt. Außerdem wird die Produktion von hochwertigen Triebwerksteilen der Acht-Zylinder-Motoren nach Berlin verlagert.

MEXIKO / Hohe Inflation verschlechtert Lebensstandard – Schnelle Besserung der Wirtschaftslage nicht in Sicht

Regierung sagt Schwarzhändlern den Kampf an

FRIEDLÄNDER/dpa, **Mexiko-Stadt**

„Ixtapalapa" ist für Nicht-Mexikaner ein schwer aussprechbares Wort, aber die Mexikaner wären froh, wenn es ihnen nur phonetische Probleme bringen würde. Ixtapalapa ist ein Vorort der Stadt Mexiko, in dem die Regierung Lopez Portillo das sogenannte „Centro de Abastos" errichtete, die Markthallen der Großhändler für die gesamte Lebensmittelversorgung der Stadt. Bisher wurde die Versorgung von dem mitten in der Hauptstadt gelegenen Stadtteil „La Merced" aus vorgenommen. Die günstige Lage erlaubte es auch vielen weniger Bemittelten, dort billig einzukaufen, nicht zuletzt, weil die Verkäufer es mit dem Zahlen der Steuern nicht allzu genau nahmen. Die berüchtigte „Mordida", wie die Geldgeschenke heißen, die Beamte dafür einstreichen, daß sie gelegentlich in eine andere Richtung blicken, machte eine wirksame Kontrolle schwer.

So beschloß die Regierung den Bau des Centro de Abastos in Ixtapalapa, 30 Ladenstraßen mit je 200 Lokalen für den Kauf und Verkauf der Lebensmittel. Das Centro von Ixtapalapa ist ein von Schlagbäumen umgebenes Getto: Die Bauern, die ihre Ware in die Stadt bringen, müssen nun eine Steuer zahlen, wenn sie ins „Centro" kommen. Sie müssen beim Entrichten der Steuer den Beamten auch mitteilen, welche Großhändler sie aufsuchen, so daß die Steuer eine ungefähre Kenntnis davon hat, was diese Kaufleute umsetzen.

Die kleinen Kunden, die bisher ihren Bedarf billig beim Grossisten decken konnten, haben dazu keine Gelegenheit mehr. Ixtapalapa schuf neue preissteigernde Faktoren, die zu Mexikos Inflation beitragen. 1982 betrug sie 99,8 Prozent, und sie wird in diesem Jahr nicht viel geringer sein. In den ersten sieben Monaten des Jahres war die Teuerungsrate bereits bei 47 Prozent angelangt.

Als der mexikanische Peso zusammenbrach, nachdem er während vieler Jahre dank künstlicher Notierungen von 12,50 DM auf nur 48 zum Dollar gesunken war, und dann bei 150 sein wirkliches Niveau fand, schien Mexiko international gesehen ein überaus billiges Land geworden zu sein. Aber die Preise stiegen rasch, und manche Gebrauchsartikel haben bereits wieder die Höhe der benachbarten USA erreicht. Nur Löhne und Gehälter wurden nicht angeglichen. Der Mindestlohn wurde im vergangenen Januar um 25 Prozent und im Juni noch einmal um 15 Prozent angehoben. Er ist damit auf 523 Pesos (268 DM) im Monat angelangt. Der Unterschied zwischen Armen und Angehörigen des Mittelstandes ist astronomisch. Eine vierköpfige Familie des Mittelstandes verbraucht etwa 4000 DM im Monat.

Mit einiger Spannung erwarten die Mexikaner den Rechenschaftsbericht, den der Präsident heute dem Parlament und der Nation über die zurückliegenden Monate gibt. Ein „Knüller", wie ihn Ex-Präsident José Lopez Portillo vor zwölf Monaten mit der Verstaatlichung der Banken lieferte, wird nicht erwartet. Dennoch findet der erste Bericht Miguel de la Madrids mehr Aufmerksamkeit als gewöhnlich. 70 Millionen Mexikaner warten darauf, aus der schweren Wirtschaftskrise herausgebracht zu werden, die allein 1982 mindestens 1,5 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz gekostet hat.

Unzufriedenheit mit der Regierung hat sich bemerkbar gemacht. Im Juli siegten bei Provinzwahlen zum erstenmal oppositionelle Kandidaten in 5 Staaten und 12 Städten, eine in 54 Jahren Herrschaft des „PRI" (Partei der Institutionalisierten Revolution) nie erlebte Niederlage. Der Sieger war die rechts vom Zentrum stehende Partei des PAN (Nationale Aktion). Es war eine wenig beachtete Lehre für die „Sachverständigen", die glauben, daß die Not die Massen in die Arme der Linken treibt.

Mexiko hatte in den letzten Wochen eine günstige Internationale Presse, die wirtschaftliche Fortschritte errechnet. Es handelt sich dabei in erster Linie um Wunschträume der nordamerikanischen Banken, die eine langfristige Neuregelung der mexikanischen Auslandsschuld von 85 Milliarden Dollar dem nordamerikanischen Publikum schmackhaft machen muß. Wer in Mexiko lebt, denkt meistens ganz anders. Die zunehmende und in allen Kreisen Mexikos bemerkbare Auswanderungslust spricht deutlicher als Zahlen. (SAD)

USA über den IWF verstimmt

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Eine kleine Insel in der Karibik – Grenada – hat zu neuen Verstimmungen zwischen den USA und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) geführt. Mitglieder des Kongresses werfen der multilateralen Organisation vor, sie unterstütze massiv ein sozialistisches Regime, das mit der Sowjetunion und Kuba paktiere. Besorgt wird darauf hingewiesen, daß Grenada dabei ist, eine Landepiste für Großflugzeuge zu bauen, die Moskau für Aktionen in Mittel- und Südamerika benutzen könnte.

Ausgebrochen ist der Streit über einen dreijährigen Bereitschaftskredit in Höhe von 13,5 Millionen Sonderziehungsrechten (rund 37,8 Millionen Mark), den das Direktorium des Fonds gegen das Votum der USA genehmigte. Im Kapitol beklagt man sich über das mangelnde politische und strategische Fingerspitzengefühl im IWF, und wie es aussieht, wird sich die Entscheidung nachteilig auf die ohnehin umstrittenen amerikanischen Zahlungen an den Fonds – 8,4 Milliarden Dollar im Zusammenhang mit der Quotenerhöhung und Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen – auswirken.

Nach der Sommerpause müssen der Senat und das Repräsentantenhaus endgültig darüber befinden. Gegen die Angriffe des Kapitols, in die unter der Hand auch Mitglieder der Reagan-Administration einstimmen, wehrt sich der IWF mit Hinweisen auf seine Satzung. Danach ist es ihm untersagt, die Kreditvergabe von politischen Überlegungen abhängig zu machen.

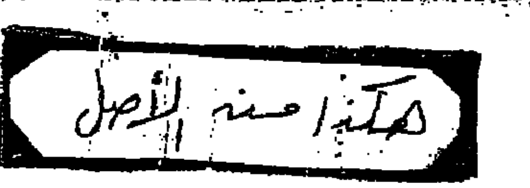
Kammergericht zu Rheinmetall / WMF

PETER WEERTZ, **Berlin**

Im Kartellstreit zwischen dem Bundeskartellamt und der Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, muß jetzt der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts entscheiden. Das Kartellamt hatte Rheinmetall die schon vollzogene Übernahme der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF), Geislingen (Steige) untersagt. Gegen diese Entscheidung legte Rheinmetall Beschwerde beim Kammergericht ein.

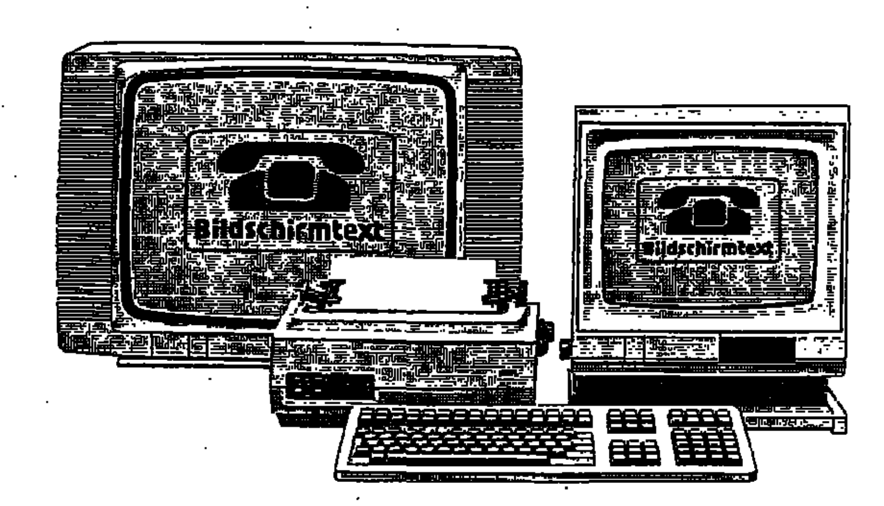
Bei seinem Beschluß war das Kartellamt davon ausgegangen, daß die Finanzkraft von Rheinmetall die Marktposition von WMF spürbar verstärke. Vor dem Kartellsenat bestritten die Rechtsvertreter beider Unternehmen diese Ansicht. Für Rheinmetall sei der Erwerb von WMF lediglich eine Verstärkung ihres Gebrauchsgütersektors. Zugleich wurde moniert: Bislang habe über die tatsächliche Finanzkraft des Unternehmens und ihre Auswirkungen auf den Markt keine Diskussion stattgefunden. Außerdem werde von der Kartellbehörde Umsatz mit Ertragskraft verwechselt.

Der Maßstab für die Finanzkraft eines Unternehmens sei jedoch der Gewinn, ein Zusammenrechnen der Umsätze führe nicht weiter. Es komme vielmehr darauf an, was in Wirklichkeit an Finanzkraft disponibel sei. Auch die Berücksichtigung der Minderheitsbeteiligungen lehnten die Unternehmen ab. Vor dem Kartellsenat bestritt daher Rheinmetall, daß WMF seine marktbeherrschende Stellung nach dem Erwerb durch Rheinmetall verstärkt habe.



Sehr geehrter
Herr Bundespostminister,

Sie und wir haben heute einen
guten Grund zur Freude.
Sie starten das Kommunikations-
System der Zukunft: den neuen
Bildschirmtext.
Wir bieten das erste und einzige
komplette Geräteprogramm,
mit dem man es nutzen kann.



Dazu gehören professionelle Editier-Arbeitsplätze, Dialog-Monitore, Drucker und Farbfernseher mit Abruf-Fernbedienung oder Dialog-Tastatur. Alle Loewe Btx-Geräte verarbeiten den neuen internationalen CEPT-Standard – und natürlich auch die alte Prestel-Norm. Mit dieser innovativen Erstleistung können Sie Ihrem Unternehmen den frühzeitigen Einstieg in das Kommunikations-System der Zukunft sichern – und damit einen wichtigen Wettbewerbs-Vorsprung. Und Loewe festigt mit dieser wegweisenden Entwicklung seinen Ruf als Pionier bei neuen anspruchsvollen Technologien.



KHD / Zufriedenstellendes Ergebnis in Aussicht gestellt

Keine Impulse vom Export

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ohne schon jetzt eine endgültige Aussage über das Ergebnis 1983 zu machen, glaubt die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (KHD), Köln, aufgrund der seit einigen Jahren durchgeführten Kostensenkungsmaßnahmen für das laufende Geschäftsjahr wieder ein „zufriedenstellendes Ergebnis" in Aussicht stellen zu können. Für 1982 hatte KHD die Dividende auf 7,50 (7) DM je 50-DM-Aktie aufgestockt.

In ihrem Aktionärsbrief per 30. 6. 1983 beklagt der KHD-Vorstand zwar, daß weder vom Export noch vom Binnenmarkt zur Zeit belebende Impulse auf den Investitionsgüterbereich ausgehen, doch wird in der Hoffnung auf einen leichten Aufwärtstrend im 2. Halbjahr der Gesamtumsatz der KHD AG voraussichtlich nicht wesentlich unter den Vorjahreswerten liegen.

Während sich in der Gruppe der Gesamtumsatz des 1. Halbjahres um 7,4 Prozent auf 2,5 Mrd. DM verringert hat, lag er bei der AG mit 1,64 Mrd. DM um 9 Prozent unter den außergewöhnlich guten Vergleichswerten des Vorjahres. Dabei mußten erwartungsgemäß im Export 918 Mill. DM (minus 13 Prozent) größere Einbußen hingenommen werden als im Inlandsgeschäft (minus 4 Prozent). Die Umsatzrückgänge betragen sowohl Serienerzeugnisse als auch Industrieanlagen. Der Exportanteil am Umsatz ging leicht auf 56 (58) Prozent zurück. Im Unternehmensbereich Antriebe war der Umsatz der Sparte Mittel- und Großmotoren im In- und Ausland rückläufig. Der Bereich Landtechnik hat sich dagegen mit einem Plus von 7 Prozent zufriedenstellend entwickelt.

Der Auftragseingang der AG ging um 17 Prozent auf 1,78 Mrd. DM zurück. Auch hier fiel das Auslandsgeschäft (minus 27 Prozent auf 1,02 Mrd. DM) ungleich stärker zurück als der Auftragseingang aus dem Inland (minus 1 Prozent). Der Auftragsbestand aus dem Inland weist noch mit 644 Mill. DM ein leichtes Plus von 5 Prozent auf, während das Minus im Ausland von 11 Prozent auf 2,66 Mrd. DM den Auslandsanteil auf 81 (83) absenkte. Die verschlechterte Kapazitätsauslastung zwang in mehreren Bereichen zu verstärkter Kurzarbeit. Die Belegschaft verringerte sich seit Jahresbeginn um 1030 auf 21 576.

MECKLENBURGISCHE / Bisher bester Abschluß

Verstärktes Neugeschäft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Mecklenburgische Versicherungsgruppe, Hannover, die im Geschäftsjahr 1982 lediglich ein Prämienwachstum von 3,8 Prozent auf 179 (172) Mill. DM verzeichnete, rechnet für 1983 mit einem „zumindest marktkonformen Wachstum" von über 6 Prozent auf 190 Mill. DM. Den stärksten Zuwachs erwartet der Vorstand in der Lebensversicherung mit einem Zuwachs um voraussichtlich 15 Prozent. Aber auch in den anderen Branchen sei ein verstärktes Neugeschäft zu verzeichnen. Hinsichtlich der Ertragslage werde es keine wesentlichen Änderungen gegenüber der günstigen Entwicklung 1982 geben.

Ihren bislang besten Abschluß präsentiert für 1982 die Obergesellschaft Mecklenburgische Versicherungs-Gesellschaft a. G. Bei einer Beitragseinnahme von 143 (141) Mill. DM ergab sich ein versicherungstechnischer Überschuß von 3 Prozent der Nettobeiträge. Diese Entwicklung wurde vor allem durch die um 8,4 Prozent gesunkene Schadenhäufigkeit in der Kfz-Haftpflicht begünstigt. Der Jahresüberschuß von 3,5 (1,8) Mill. DM wurde den Rücklagen zugeführt.

Bei der Mecklenburgischen Leben stiegen der Versicherungsbestand um 11,2 Prozent auf 713 (641) Mill. DM und die Beitragseinnahmen um 11,8 Prozent auf 28,7 (25,6) Mill. DM. Die um 40,7 Prozent auf 7,59 Mill. DM erhöhten Vermögenserträge ließen den Rohüberschuß auf 7,34 (4,72) Mill. DM ansteigen. Er wurde zu 98,3 Prozent der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt.

Grundlegend verbessert hat sich auch die Ertragslage bei der Rechtsschutz-Versicherung, deren Beitragseinnahme um 13,9 Prozent auf 6,8 (6) Mill. DM wuchs. Der ausgewiesene Verlust von 0,14 (0,79) Mill. DM sei auf aperiodische Zusatzkosten für eine Vertragsumstellungs-Aktion zurückzuführen.

WELLA / Stimmrechtslose Vorzugsaktien werden für 340 Mark angeboten

Konsortialbanken wollen breite Streuung

INGE ADHAM, Frankfurt

Eine faire Chance zur Kursentwicklung nach oben sieht Deutsche-Bank-Chef Wilfried Guth bei der Aktie des Darmstädter Haarkosmetik-Unternehmens Wella AG. Vom 2. bis 27. September werden die stimmrechtslosen Vorzugsaktien von einem Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank im Nennbetrag von 27,1 Mill. DM für 340 DM je 50-DM-Aktie zur Zeichnung angeboten. Sie sind rückwirkend ab 1. Juli dieses Jahres dividendenberechtigt, die Dividende ist zwei Prozent höher als die der Stammaktien, beträgt mindestens jedoch 5 Prozent. Die Aufnahme der amtlichen Notiz in Frankfurt ist für den 12. September vorgesehen. Besonders am Herzen liegt den Konsortialbanken, wie Guth betonte, eine breite Streuung der Wella-Aktien.

Nach dem Gang an die Börse wird das traditionsreiche Unternehmen (Gründungsjahr 1880) über 112 Mill. DM Grundkapital verfügen, davon entfallen 75,8 Prozent (in Stammaktien) auf die Nachkommen der Gründerfamilien, die per Familienvertrag schon 1976 auf aktives Management im eigenen Unternehmen verzichtet haben, und 24,2 Prozent auf die jetzt angebotenen Vorzugsaktien.

Bei der Vorlage des Börsenprospektes in Frankfurt wiesen Vertreter der Inhaber darauf hin, daß der Gang an die Börse ebenso wie der Familienvertrag vor dem Hintergrund des Zieles, die Eigenständigkeit des Unternehmens zu wahren, gesehen werden muß. Aktueller Kapitalbedarf bestehe nicht. Gleichzeitig sorge die breitere Kapitalbasis dafür, Wachstumschancen auf den Weltmärkten wahrzunehmen. Möglich wurde die lange durch Familie und Banken vorbereitete Börseneinführung durch eine Umstrukturierung der Wella-Gruppe: Auslandsbeteiligungen, die bisher von der Schweizer Holding der Ströher-Gruppe gehalten wurden, sind unter dem Dach einer Schweizer Holding nunmehr direkt an die Wella AG angebunden, die für diese Übernahmen im Laufe der letzten Jahre nach Angaben von Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Krutzki 120 Mill. DM aufgewendet hat. Dazu kommen 10 inländische und 46 ausländische Beteiligungen, sowie drei weitere über eine amerikanische Holding.

Die jetzt erstmals vorgelegte Welt-Bilanz zeigt die Wella-Gruppe, deren Umstäze nicht mit denen der früheren Stöher-Gruppe identisch sind, da Firmen, die das eigentliche Wella-Geschäft nicht betreiben, nicht übernommen wurden, als Gruppe mit 1,32 Mrd. DM Weltumsatz und 52 Mill. DM Jahresüberschuß; die Eigenkapitalquote liegt bei gut 33 Prozent, wird aber mit der Börseneinführung die schon traditionellen 40 Prozent wieder übersteigen. Für das erste Halbjahr dieses Jahres weist die Gruppe ein fünfprozentiges Umsatzplus aus, der Gewinn nach Steuern wird mit 27 Mill. DM angegeben (plus 6 Prozent).

Für das gesamte Jahr werden 1,4 Mrd. DM Umsatz erwartet, die Umsatzrendite soll wieder zwischen 4 und 5 Prozent liegen. Für 1982 waren wie für die Vorjahre 14 Prozent Dividende ausgeschüttet worden. Grundsätzlich bekannte sich Krutzki aber zur Dividendenflexibilität: „Steigende Gewinne bedeuten bei uns steigende Ausschüttung, aber auch steigende Rücklagendotierung."

BBC / Im ersten Halbjahr mit höherem Umsatz

Auftragseingang gestiegen

rtr, Mannheim

Das Elektrounternehmen Brown, Boveri & Cie AG (BBC) hat im ersten Halbjahr seinen Außenumsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um rund 14 Prozent auf 2,10 (Vorjahr: 1,84) Mrd. DM gesteigert. Wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte, sei es durch weitere Kosteneinsparungen und Rationalisierungsmaßnahmen gelungen, eine Ergebnisverbesserung zu erzielen. Für das gesamte Jahr 1983 erwartet das Unternehmen einen Umsatzzuwachs in einer Größenordnung von 5 Prozent.

In den ersten sechs Monaten erhöhte sich der Inlandsumsatz gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3 Prozent, während der Auslandsumsatz bei rückläufigem Seriengeschäft durch die Abrechnung größerer Anlagenaufträge um 29 Prozent wuchs. Der Auftragseingang habe insgesamt einen Wert von rund 2,61 Mrd. DM erreicht, was 2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum seien. Im Inland sei der Auftragseingang um 1 Prozent und im Ausland um 4 Prozent gestiegen. Die Entwicklung des Auslandsgeschäfts basiere auf einer niedrigen Vorjahresbasis und spiegele, so das Unternehmen weiter, noch nicht die derzeit schwierige Exportsituation wider.

Die Erhöhung der Personalkosten und Materialeinstandspreise seien im laufenden Jahr zwar geringer als im Vorjahr gewesen. Der harte Wettbewerb habe jedoch eine volle Weitergabe der Mehrbelastung an den Markt verhindert. Daneben hätten die Kosten der Unterbeschäftigung das Ergebnis belastet, schreibt das Unternehmen weiter. Die unterschiedliche Beschäftigungslage in den einzelnen Sparten habe sich insgesamt noch nicht verbessert. Insbesondere bei den Serienmaterialfabriken sei auch im ersten Halbjahr 1983 wieder kurzgearbeitet worden, jedoch mit zunächst abnehmender Tendenz. Beim Industrieofen-Geschäft in Dortmund seien strukturelle Veränderungen – 200 Arbeiter werden entlassen – eingeleitet worden. Die Zahl der Mitarbeiter lag mit 38 069 am 30. Juni um 853 unter dem Stand vom Jahresende 1982. Während in den Monaten Januar und Februar noch etwa 4000 Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen waren, sei die Zahl der Kurzarbeiter bis Juni auf etwa 600 gesunken.

Stoevesandt mit hohem Lagerbestand

dos. Bremen

Mit einer weiteren Verschlechterung des Betriebsergebnisses und einem Umsatz in Vorjahreshöhe rechnet die Gebrüder Stoevesandt AG, Rinteln. Der Vorstand des Unternehmens, das sich mit der Herstellung von Glasflaschen befaßt, wies vor der Hauptversammlung in Bremen darauf hin, daß die Lagerbestände sich in den Sommermonaten trotz Produktionseinschränkung noch aufgebaut haben und überdurchschnittlich hoch seien. Immerhin sei aber der Umsatz in den ersten sieben Monaten gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 2,6 Prozent auf 23,2 Mill. DM gestiegen.

Im Geschäftsjahr 1982 mußte Stoevesandt einen Umsatzrückgang um 5,5 Prozent auf 41,5 (43,9) Mill. DM hinnehmen. Deutlich verringert habe sich das Betriebsergebnis. Das bessere neutrale Ergebnis und niedrigere Ertragssteuern ließen jedoch den Jahresüberschuß auf 0,73 (0,48) Mill. DM ansteigen und ermöglichten die Ausschüttung einer unveränderten Dividende von 12 Prozent auf 4 Mill. DM Grundkapital. Darüber hinaus wurden 0,25 Mill. DM den freien Rücklagen zugewiesen.

HORTEN-HV / Kunden werden optimistischer

Mit Ergebnis nun zufrieden

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der Einzelhandelskunde ist zwar wieder optimistischer in seinen Zukunftserwartungen geworden. Aber er wandelt (die fast unverändert hohen Sparguthaben zeigen es) den seit Jahren aufgestauten Nachholbedarf bei langlebigen Gebrauchsgütern wie Elektrogroßgeräten, Radio, Fernsehen, Möbeln und Heimtextilien nur zögernd in konkrete Nachfrage um. Was Vorstandssprecher Bernd Hebbering in der Hauptversammlung der Horten AG, Düsseldorf, so als Wende-Beginn im Konsumklima andeutete, konnte er für das erste Halbjahr 1983/84 (28. 2.) der Horten AG mit einem Umsatzplus von 2,2 Prozent und auf vergleichbarer Fläche von 3,2 Prozent belegen.

Dazu der Hinweis, daß die im zweimonatigen Rumpfjahr 1983 sehr deutlich eingetretene Ertragsumkehr ins Positive bislang anhalte. Bleibe das so, dann könne man für 1983/84 „eine sichere Ausschüttung" ankündigen. Mehr als diesen „vorsichtigen Optimismus" ließ sich Hebbering auch von den Aktionären nicht entlocken. Wohl aber würzte er seinen *Rechenschaftsbericht mit einer stattlichen* Fülle von Beispielen der Kostensenkung und Strukturverbesserung dieses Warenhauskonzerns.

Die Versammlung (400 Aktionäre repräsentierten 87,05 Prozent von 250 Mill. DM Aktienkapital) war davon so beeindruckt, daß die Kritik an dem Dividendenausfall für 1982 und für das Rumpfjahr 1983, den Horten seinen 47 000 Aktionären erstmals zumutete, in der langen Diskussion weit überwiegend sehr milde ausfiel. Lob erntete der Vorstand nicht zuletzt dafür, daß er mit einer bei deutschen Unternehmen nicht alltäglichen Offenheit auch den mutmaßlichen Umfang stiller Reserven in der Bilanz andeutete. Dies auch unter dem Gesichtswinkel, daß man 1982 und im Rumpfjahr 1983 die Substanz weiter gestärkt und der Versuchung zur Bilanzfrisur zwecks Dividendenzahlung widerstanden habe.

Eine naheliegende Versuchung. Denn immerhin steht den Immobilien-Buchwerten von 660 Mill. DM bei Horten ein Feuerversicherungswert von gut 1,8 Mrd. DM gegenüber. Der Quadratmeter Verkaufsfläche steht nur mit 1200 DM zu Buch gegenüber 3500 DM Neubauwert. Der Buchwert der Warenhausgrundstükke ist mit 400 DM/qm bilanziert, „also sicher weit unter den Preisen, die heute für Gewerbegrundstücke in guten *und besten Innenstadtlagen zu* zahlen sind". Dazu passenden Trost aus dem Dividendenausfall schöpften die Aktionärssprecher aus dem seit Anfang 1983 fast 50prozentigen Kursanstieg der Horten-Aktie.

KAELBLE-GMEINDER / Liquiditätsengpaß

Konzept zur Sanierung

MANFRED FUCHS, Backnang

Für die in einen Liquiditätsengpaß geratene Kaelble-Gmeinder GmbH, Backnang und Mosbach, Hersteller von Sonderfahrzeugen, Baumaschinen, Lokomotiven und Getrieben hat der Stuttgarter Unternehmensberater Prof. Hellmuth Fischer ein Sanierungskonzept erstellt, das mit Hilfe der Banken, der Gesellschafter und der Landeskreditbank Baden-Württemberg das Unternehmen nach Fischers Angaben retten soll. Kaelble-Gmeinder, die zusammen 1150 Mitarbeiter beschäftigt, war durch eine Stornierung von Baumaschinen-Aufträgen aus Libyen in Höhe von 30 bis 40 Mill. DM in einen Liquiditätsengpaß geraten, der 1983 zu einem Umsatzrückgang auf etwa 120 (155) Mill. DM führen wird.

Die Liquiditätslücke von insgesamt 15 Mill. DM wird durch Zuführungen der Gesellschafter, Auflösung von 2 Mill. DM Rückstellungen, 5 Mill. DM Lagerabbau und durch 6 Mill. DM Bankkredite, wovon die Hälfte von der Landeskreditbank gesichert ist, ausgeglichen. Außerdem soll das alte Werk I in der Stadtmitte von Backnang in das neue Werk II am Ortsrand verlagert werden. Wenn die Auftragslage sich nicht verbessert, sind laut Fischer Personalreduzierungen nicht auszuschließen. Dazu werden Gespräche mit Gewerkschaft und Betriebsrat geführt.

Anteilseigner sind seit 1981 mit 50 Prozent libysche Gesellschafter über die Contrust Vermögensverwaltungs-GmbH Karlsruhe, mit je 10 Prozent die jordanischen Gebrüder Khoury, Amman und Karlsruhe, und die Familie Kaelble, die von Bärbel Kaelble-Roesch repräsentiert wird.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten uneinheitlich

Obwohl sich die Baukurse in den USA nochmals ermäßigten und in der Folge der Dollar anzog, hat sich auf dem deutschen Rentenmarkt der Anstieg der Renditen verlangsamt. Die Kursentwicklung war uneinheitlich. Bei öffentlichen Anleihen gab es zwar noch einzelne Abschläge von rund einem halben Punkt, einige Emissionen waren aber auch zu höheren Notierungen gesucht. Ebenso uneinheitlich lagen die DM-Auslandsanleihen. Die anhaltenden Diskussionen über die Finanzkrise in Brasilien berührten die DM-Anleihen brasilianischer Schuldner kaum noch.

	31. 8.	30. 8.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	88,75bG	89,5bG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	92,5bG	93,25bG
7 dgl. Pf 3	95bG	93,25bG
7 dgl. Pf 27	100,1bG	99,25bG
6½ dgl. KS 14	94,5bG	95bG
7¾ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M-S Bayer. Hypo Pf 33	120,5G	120,5G

	31. 8.	30. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93	93
6 dgl. Pf 42	99,25G	99,25G
8½ dgl. Pf 47	101G	101G
P 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	69G	69,5G
5½ dgl. Pf 58	76G	76G
6 dgl. Pf 79	78G	78,5
6 dgl. Pf 130	90,5G	90,5G
8½ dgl. Pf 153	84,5G	89G
10 dgl. Pf 169	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G

	31. 8.	30. 8.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Süddeutsche Pf 41	89GTG	89GTG
6½ dgl. Pf 57	74,8bG	78G
6½ dgl. Pf 143	92bG	92,5G
7 dgl. Pf 37	91,5G	91,5bG
7½ dgl. Pf 104	94bG	95G
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7½ dgl. KS 81	96,5G	96,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,5bG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Aktien kaum noch schwächer

VW wegen der Verlustmeldungen unter Druck

DW. – Der Verkaufsdruck am Aktienmarkt hat trotz der Beunruhigung durch den steigenden Dollarkurs nachgelassen. Auf Basis der ermäßigten Kurse wuchs die Anlageneigung. Sie sorgten in den meisten Standardaktien für Stabilität. In der zweiten Börsenstunde nahm die Kaufbereitschaft sogar noch zu, deshalb schlossen zahlreiche Papiere zu den höchsten Tagesnotierungen. Die eingetretene Stimmungsbesserung wird mit der technischen Überwindung des Monatsultimos begründet. Zu den wenigen Papieren, die Verluste hinnehmen mußten, gehörten die VW-Aktien, bei denen die Verlustzahlen des 1. Halbjahrs 1983 verstimmten.

Von der Schwäche der VW-Aktien, die rund 3,50 DM einbüßten, waren anfangs auch Daimler und Mercedes berührt; beide Werte schlossen aber auf Dienstagniveau. Die Aktien der Deutschen Bank, die am Vortag unter Abgabedruck gelegen hatten, holten 2,50 DM wieder auf. Siemens konnte sich um 1 DM verbessern, der Philips-Kurs mußte sogar mit Plus angekündigt werden und zog um 2,50 DM auf 43,10 DM an; zu erklären mit der vorangegangenen Kursanhebung an der New Yorker Börse.

Düsseldorf: Die Börse zeigte sich nach heiterer Eröffnung uneinheitlich. AEG Kabel Rheydt erhöhten um 3 DM auf 236 DM und Bilfinger um 6 DM auf 223 DM. DAT verbesserten sich um 10 DM auf 330 DM und Gildemeister um 3 DM auf 55 DM. Nachgeben mußten Heinr. Lehmann sowie Pegulan um 3 DM. Rheag verloren 4 DM auf 381 DM und Verseidag 3 DM auf 80 DM.

Frankfurt: Zum Monatsende waren Standardwerte an der Frankfurter Börse wenig verändert, auch Nebenwerte hatten weniger Abweichung. So notierten Bayerische Brauerei Schuk Jänisch 260 DM (minus 10 DM), Herlitz Vorzüge 186 DM (minus 7 DM) sowie Hochtief 415 DM (minus 20 DM).

Hamburg: Die Kursentwicklung war zufallsbedingt und unsicher. Versorgungswerte lagen gut behauptet. Conti Gummi waren 0,70 DM höher. Phoenix Gummi gaben 1 DM nach. Nordd. Steingut wurden zu 77 DM (minus 3,80 DM) gehandelt. Beiersdorf wurden mit 337 DM bezahlt. Von den Brauereien ging Holsten mit plus 7 DM zu 260 DM und Elbschloß zu 408 DM (plus 1 DM) aus dem Markt.

München: Agrob Vorz. erhöhten um 4 DM auf 316 DM und Audi NSU um 5 DM auf 255 DM. Dywidag gaben um 1,50 DM auf 282,50 DM nach und Ekatit um 3 DM auf 107 DM. NAK Stoffe verbesserten sich um 4,50 DM auf 52,50 DM und Zahnräder Renk um 2 DM auf 252 DM.

Berlin: Bekula konnten sich um 1,40 DM und DUB-Schultheiss um 2 DM festigen. Dt. Hypobank Berlin bröckelten um 1 DM ab. Berthold mußten um 2,50 DM und Herlitz Vorzüge um 3 DM zurückgenommen werden. Kempinski schwächten sich um 7 DM und DeTeWe um 11 DM ab.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · London · Toronto · Wien · Brüssel · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Sydney

Optionshandel vom 31. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-70/7, 1-70/10, 1-80/5,40, 4-75/10,60, 4-80/8, Siemens 10-350/4,70, 1-330/26, 1-350/10, 4-380/12, VEBA 10-160/20, 1-170/10, 4-170/17, BASF 10-140/17,80, 1-160/6,40, 4-150/28, 4-160/13,40, 4-170/9, 4-180/6,40, Bayer 10-140/10, 10-146/5, 10-150/5, 1-150/10, 4-160/9,45, Hoechst 1-150/15, 1-170/5,10, 4-150/20,40, 4-160/12, BMW 1-400/22, VW 10-170/39, 10-180/33,50, 10-190/23, 10-200/14,40, 10-210/11,80, 10-220/6,80, 10-230/5, 10-240/3, 1-180/38, 1-190/31, 1-200/17, 1-230/13,40, 1-240/8, 4-220/30, 4-250/13,40, 4-270/8,60, Conti 10-100/7,20, 10-110/2,40, 1-110/6,90, 1-120/3,60, 4-110/12, 4-120/7,50, 4-140/3, Commerzbank 10-170/6, 10-200/1, 1-160/19, 1-170/15, 1-180/9,30, 1-190/6, 4-170/19, 4-190/12, 4-210/7,50, Deutsche Bank 10-320/6, 1-310/20,65, 1-320/15, 1-330/10, 4-330/25, 4-370/7, Dresdner Bank 10-180/1,05, 1-170/12,85, 1-180/7,90, 1-190/6,80, 4-200/8,40, Hoesch 10-45/4,50, 10-50/1,40, 1-45/6,50, 1-50/4, 1-60/2, 4-45/9,80, 4-50/5,40, 4-60/3,80, Mannesmann 10-150/1,05, 1-140/8,10, 1-150/6, 4-140/15, 4-160/7, Preussag 1-270/9, 4-300/10, Thyssen 4-80/5, Bay. Hypobank 10-300/4, 4-320/15, Bay. Vereinsbank 4-360/10, Deutsche Babcock 4-180/15, GHH Vorz. 1-140/8, Karstadt 1-260/16,40, Mercedes 1-510/29,30, 1-540/13,70, Chrysler 1-70/11, 1-75/6,15, 1-80/5,10, 1-90/3,30, 4-70/11,90, 4-80/9, IBM 1-320/23,20, 4-330/24, Sperry Rand 1-85/37, Royal Dutch 1-150/6, 4-130/17,40, 4-150/10,50, elf 1-70/6,35, 4-60/15,40. *Verkaufsoptionen:* AEG 1-70/3,40, Bayer 4-150/6,80, Hoechst 10-160/6, 1-150/3,50, VW 10-200/5, 10-210/6, 1-210/6,10, 1-220/15, Commerzbank 10-170/8,50, Deutsche Bank 1-320/17, Hoesch 4-50/6,40, Daimler 10-560/9,40, 1-560/19,40, Deutsche Babcock 1-170/18,60, Kali + Salz 1-210/12, RWE 4-170/8. 650 Optionen, 33 900 (42 350) Aktien, davon 46 Verkaufsoptionen = 2550 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10	5 –5⅛	4⅛–4½
3 Monate	10 –10⅛	5⅛–5¼	4⅜–4¾
6 Monate	10¼–10⅜	5¾–5⅞	4⅝–5
12 Monate	10⅝–11⅛	5⅞–6⅛	4⅝–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 31. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1590,00	1938,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1263,00	1479,81
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,26
1 £ Sovereign alt	262,00	321,48
1 £ Sovereign Elizabeth II	255,00	313,50
20 belgische Franken	194,00	255,36
10 Rubel Tscherwonez	272,00	338,58
2 südafrikanische Rand	256,00	314,64
Krüger Rand, neu	1139,00	1344,06
Maple Leaf	1139,00	1344,06
*Außer Kurs gesetzte Münzen *)*		
20 Goldmark	261,00	331,74
20 schweiz. Franken „Vreneli"	219,00	278,16
20 franz. Franken „Napoléon"	213,00	271,32
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1055,00	1271,10
20 österr. Kronen (Neuprägung)	212,00	264,48
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	489,00	597,38
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	116,00	155,04

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

31. 8. 83	Frankfurt, Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt, Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,7028	2,7108	2,7758	2,66	2,75
London¹)	4,032	4,046	3,998	3,96	4,10
Dublin¹)	3,139	3,153	3,067	3,11	3,25
Montreal³)	2,1893	2,1973	2,1718	2,14	2,23
Amsterd.	89,230	89,550	89,29	88,25	90,25
Zürich	122,350	123,960	122,45	122,00	124,75
Brüssel	4,963	4,983	4,926	4,81	5,03
Paris	33,145	33,305	32,445	32,25	34,25
Kopenh.	27,740	27,860	27,49	26,50	28,50
Oslo	35,890	36,050	35,33	34,75	36,50
Stockh.**)	33,975	34,135	33,565	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,672	1,682	1,627	1,64	1,73
Wien	14,210	14,250	14,221	14,12	14,34
Madrid**)	1,766	1,776	1,674	1,71	1,88
Lissabon**)	2,160	2,180	2,06	1,85	2,65
Tokio	1,0960	1,0990	–	1,05	1,11
Helsinki	46,870	47,070	45,89	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	22,00
Rio	–	–	–	0,10	0,50
Athen*) **)	2,898	2,942	–	2,30	3,10
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3670	2,3960	–	2,31	2,41
Johannesbg.*)	2,3940	2,4130	–	2,05	2,30

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 80 bis 99 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die Marktteilnehmer erwarten für den Monat September wieder eine steigende Tendenz in der Entwicklung der amerikanischen Geldmenge und die Äußerung des US-Handelsminister Baldrige, daß sich die Zinsen mit der Wirtschaftentwicklung weiter nach oben bewegen könnten, führten zu einem neuen Auftrieb des US-Dollar-Kurses bis 2,7110. Der amtliche Mittelkurs wurde am 31. 8. mit 2,7068 festgestellt. Die Bundesbank intervenierte mit einem Verkauf von 33,45 Mill. Dollar. Aktivitäten im Freiverkehr können nicht ausgeschlossen werden. Die D-Mark schwächte sich gegenüber den übrigen amtlichen notierten Währungen parallel zum Dollar-Kurs weiter ab. Der japanische Yen verzeichnete dabbei mit 0,6 Prozentpunkten auf 1,0970 den größten Tagesgewinn. US-Dolalr in: Amsterdam 3,0270; Brüssel 54,4225; Paris 8,1495; Mailand 1614,70; Wien 19,0220; Zürich 2,1926; Ir. Pfund/DM 3,146; Pfund/Dollar 1,4922; Pfund/DM 4,039.

Ostmarkkurs am 31. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Aufgrund unveränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt notierten die Dollar-Termin-Depots am 31. August auf Vortagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,12/1,02	3,15/3,05	6,18/5,98
Pfund/Dollar	0,04/0,06	0,21/0,25	0,45/0,50
Pfund/DM	2,20/0,80	4,70/3,30	8,60/7,20
FF/DM	30/14	86/70	175/159

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 31. 8.: Tagesgeld 5,0–5,1 Prozent; Monatsgeld 5,4–5,5 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent. Privatdiskontsätze am 31. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G bis 4,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 31. 8.: 5 Prozent; Lombardsatz 4 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/11 (Typ A) 4,25 (4,25)–6,50 (5,35)–8,25 (6,25)–9,00 (6,87)–9,25 (7,27)–9,75 (7,61). Ausgabe 1983/12 (Typ B) 4,25 (4,25)–6,50 (5,37)–8,25 (6,32)–9,00 (6,98)–9,25 (7,43)–9,75 (7,82)–9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Warenpreise – Termine

Nahezu unverändert schlossen am Dienstag die Gold-Notierungen. Silber und Kupfer tendierten schwächer. Kaffee ging zumeist fester aus dem Markt, bei Kakao gab es durchweg Aufschläge.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30. 8.	29. 8.
Sept.	378,00	388,25
Dez.	400,50	410,50
März	416,50	426,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	30. 8.	29. 8.
St. Lawrence 1 CW	246,94	246,34
Amber Durum	256,44	260,34

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	162,80	167,80
Dez.	163,30	168,30
März	167,00	172,40

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	105,50	107,80
Dez.	105,30	107,30
März	107,00	109,20

Hafer Chicago (c/bush)	30. 8.	29. 8.
Okt.	168,00	175,75
Dez.	181,25	190,25
März	194,50	203,25

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	346,75	358,50
Dez.	352,00	361,50
März	360,25	370,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	30. 8.	29. 8.
Okt.	117,70	121,20
Dez.	119,10	122,60
März	123,00	125,60

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30. 8.	29. 8.
Terminkontr. Sept.	131,70	131,05
Dez.	129,50	129,00
März	127,25	127,10

Kakao New York ($/t)	30. 8.	29. 8.
Sept.	2095	2063
Dez.	2128	2104
Terminkontr. März	2158	2130
Umsatz	3309	1500

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	10,10	9,70
Okt.	10,53	10,20
Jan.	11,30	11,00
März	11,98	11,76
Mai	12,32	12,15
Umsatz	9 101	10 190

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	30. 8.	29. 8.
	9,98	–

Kaffee London (£/t) Robusta-	30. 8.	29. 8.
Kontrakt Sept.	1726–1727	geschl.
Nov.	1709–1711	geschl.
Jan.	1680–1691	geschl.
Umsatz	2287	–

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1477–1481	geschl.
Dez.	1513–1514	geschl.
März	1518–1520	geschl.
Umsatz	3778	–

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	172,75	geschl.
Dez.	180,50–181,75	geschl.
März	193,75–194,00	geschl.
Mai	198,20–198,30	geschl.
Aug.	–	geschl.
Umsatz	1840	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	30. 8.	29. 8.
schw. Sarawak spez.	252,50	252,50
weißer Sarawak	347,50	347,50
weißer Muntok	347,50	347,50

Orangensaft New York (c/lb)	30. 8.	29. 8.
Sept.	119,20	119,05
Nov.	116,75	116,70
Jan.	111,85	111,85
März	110,75	111,00
Mai	110,95	110,80
Umsatz	275	111

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	30. 8.	29. 8.
Südstaaten fob Werk	49,00	38,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	35,00	34,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	33,60	34,60
Okt.	33,77	34,75
Dez.	33,70	34,65
Jan.	33,50	34,50
März	33,17	34,20
Mai	32,35	33,30
Juli	31,85	32,80

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	39,00	38,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,00	29,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,50	19,00

Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	17,00
fancy	17,00	16,50
bleichfähig	16,75	16,50
yellow max. 10% fr. F.	14,25	14,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	43,00	42,90
Dez.	42,05	42,90
Febr.	46,20	46,70

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,90	63,60
März	63,10	63,80
Mai	64,70	65,70

Häute Chicago (c/lb)	30. 8.	29. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	57,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	60,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	874,00	903,00
Nov.	889,75	917,50
Jan.	900,50	930,00
März	909,00	938,00
Mai	908,50	938,00
Juli	898,00	928,00
Aug.	868,00	898,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	234,50	244,00
Okt.	233,50	243,50
Dez.	234,30	244,30
Jan.	234,20	244,20
März	234,00	244,00
Mai	234,50	244,00
Juli	237,50	247,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	30. 8.	29. 8.
Okt.	373,00	383,00
Dez.	382,00	392,00
März	383,00	403,00

Kokosöl New York (c/lb)	30. 8.	29. 8.
Westküste fob Werk	48,50	47,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	31. 8.	30. 8.
jegl. Herk. cif	1045,00	1055,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	815,00	825,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	595,00	[illegible]10,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	185,00	[illegible]6,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	945,00	[illegible]0,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	307,50	315,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	30. 8.	29. 8.
Okt.	80,75	80,45
Dez.	82,45	82,00
März	83,30	82,90
Mai	83,50	83,05
Juli	83,50	83,15
Okt.	77,80	77,70

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	60,00	60,00

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	30. 8.	29. 8.
Okt.	424–430	geschl.
Dez.	425–427	geschl.
Jan.	425–428	geschl.
Umsatz	206	–

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	30. 8.	29. 8.
Okt.	45,40	45,40
Dez.	45,90	45,90
März	46,20	46,20
Mai	46,50	46,50
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	30. 8.	29. 8.
Okt.	580,0-583,0	580,0-581,0
Dez.	571,0-572,0	570,0-581,0
März	589,0-590,5	590,0-592,0
Umsatz	51	70

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	30. 8.	29. 8.
East African 3 long	670,00	geschl.
undergraded:	640,00	geschl.

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	30. 8.	29. 8.
Sept.	13 790	13 783
Okt.	13 736	13 719

Kautschuk London (p/kg)	30. 8.	29. 8.
Nr. 1 RSS loco	78,50–80,00	geschl.
Okt.	78,30–80,00	geschl.
Nov.	78,20–79,50	geschl.
Dez.	78,20–78,40	geschl.
Tendenz: unsicher		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	30. 8.	29. 8.
Nr. 1 RSS loco:	264,00–265,00	264,50–265,50
Sep.	264,50–265,50	265,00–265,50
Okt.	267,50–268,50	268,00–269,00
Nr. 2 RSS Sep.	261,00–262,00	261,50–262,50
Nr. 3 RSS Sep.	257,50–258,50	258,00–259,00
Nr. 4 RSS Sep.	251,00–252,00	251,50–252,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	30. 8.	29. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg) Blei: Basis London	31. 8.	30. 8.
laufend. Monat	106,41–106,61	106,20–106,30
drittfolg. Monat	110,46–110,57	110,13–110,23
Zink: Basis London		
laufend. Monat	234,26–234,67	228,32–228,53
drittfolg. Monat	240,74–240,94	234,58–234,78
Produz.-Preis	230,42	228,74
Reinzinn 99,9%	–	3770–3808

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	31. 8.	30. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	433,74–436,16	433,65–436,07
Blei in Kabeln	114,25–115,25	113,75–114,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,30	405,50–408,30
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	31. 8.	30. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–392	367–392
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–419	418–419
MS 63	423–427	423–427

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30. 8.	29. 8.
	30,31	30,05

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	31. 8.	30. 8.
Leg. 225	432–463	432–433
Leg. 226	435–465	435
Leg. 231	467–495	465–467
Leg. 233	477–505	475–477

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	31. 8.	30. 8.
Platin (DM je g)	39,85	40,20
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	36 500	36 500
Rücknahmepr.	35 700	35 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	36 500	36 550
Rücknahmepr.	35 410	35 450
verarbeitet	38 310	38 380
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	36 225	36 280
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	1080,70	1077,40
Rücknahmepr.	1023,60	1039,70
verarbeitet	1107,70	1125,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	31. 8.	30. 8.
10.30	414,50	418,85
15.00	414,25	418,10
Zürich mittags	413,90–414,40	418,20–418,70
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 800	108 450
Silber (p/Feinunze) London Kasse	803,35	818,40
3 Monate	822,00	838,50
6 Monate	841,70	859,35
12 Monate	883,25	900,35

Platin (£-Feinunze) London	30. 8.	29. 8.
fr. Markt	291,20	geschl.
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	98,95	geschl.

New Yorker Preise	30. 8.	29. 8.
Gold H & H Ankauf	418,10	416,50
Silber H & H Ankauf	1223,00	1222,50
Platin fr. Händlerpr.	441,00–443,50	441,00–443,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	148,00–150,00	148,50–150,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze) Sept.	1214,00	1219,00
Okt.	1226,00	1231,00
Dez.	1246,00	1253,00
Jan.	1259,30	1266,00
März	1280,00	1310,70
Mai	1304,70	1333,40
Juli	1327,40	1356,10
Umsatz	27 500	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	30. 8.	29. 8.
Sept.	72,00	72,55
Okt.	72,80	73,35
Dez.	74,25	74,85
Jan.	75,05	75,65
März	76,40	77,10
Mai	78,10	78,70
Juli	79,60	80,20
Umsatz	16 000	19 000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	31. 8.	30. 8.
Kasse	1099,0–1100,0	1100,5–1101,5
3 Monate	1129,0–1129,5	1129,5–1130,0
Blei (£/t) Kasse	263,00–263,50	263,50–264,00
3 Monate	273,00–273,20	273,50–273,75
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1059,0–1060,0	1062,5–1063,0
3 Monate	1086,0–1087,0	1090,5–1091,5
abends Kasse	–	1066,0–1067,0
3 Monate	–	1093,5–1094,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1027,5–1028,0	1035,5–1037,0
3 Monate	1054,0–1054,5	1062,0–1063,0
Zink (£/t) Kasse	579,00–580,00	576,00–577,00
3 Monate	595,00–595,50	592,00–593,00
Zinn (£/t) Kasse	8565–8566	8520–8525
3 Monate	8690–8693	8651–8653
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	73–79

Viktor Theodor Bausch

genannt Vicky

ist gestorben.

* 26. 8. 1898 in Neu-Kalisz/Mecklenburg
† 30. 8. 1983 Gargnano/Italien

Erika Bausch
geb. Freiin von Hornstein-Biethingen
Thomas Bausch
Felix Nikolas Bausch
Christina Bausch
geb. Sekyra
Constanze
Camilla
Coralie Anna

Die Beerdigung findet am 1. September 1983 im engsten Familienkreis in Gargnano statt.

Wir trauern um

Viktor Theodor Bausch

In Dankbarkeit und Verbundenheit werden wir dem Gründer und Seniorchef unserer Unternehmen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gesellschafter
Geschäftsführer
Betriebsräte und
Belegschaften

der

Viktor Bausch GmbH. + Co Igraf KG Berlin
Viktor Bausch GmbH. + Co Igraf KG Pfaffenhofen
Igraf Zurmühle + Co Richterswil/Schweiz

30. August 1983

Meine geliebte Frau, meine liebe Mutter

Dr. Juliane Hördemann

geb. Linden

hat uns nach kurzer, schwerer Krankheit für immer verlassen.

Karl-Otto Hördemann
Steffi Hördemann

4600 Dortmund 30, den 28. August 1983
Brandbruchstraße 8

Auf Wunsch der Verstorbenen hat die Trauerfeier in aller Stille stattgefunden.





Möglicherweise ein neues Traumpaar im deutschen Fernsehen: die fesche Uschi Glas und der pfiffige Elmar Wepper FOTO: KÖVESDI

ZDF-Serie mit Uschi Glas und Elmar Wepper

München in der Hauptrolle

Wenn jemand zum zweitenmal heiratet, ist das der Sieg der Hoffnung über die Erfahrung", verkündet keck Uschi Glas als „Elfiemaus" und wagt den Schritt – in dem Sechsteiler „Unsere schönsten Jahre". Man muß keine hellseherischen Gaben besitzen, um jetzt schon zu prophezeien, daß das bayerische Trio Glas/Wepper/Fischer großen Erfolg *mit dieser Serie haben wird.*

Wieder spielt Helmut Fischer, in enger Anlehnung an den „Monaco-Franze", einen ebenso leichtsinnigen wie sinnlichen Mann namens „Berti", der das Abenteuer braucht, wie der Radi das Salz. Dieser Schauspieler

Unsere schönsten Jahre – ZDF, 19.30 Uhr

scheint inzwischen die Rollen seines Lebens gefunden zu haben. Mit wehleidigem Charme und windiger Eleganz mimt er den Part des guten Verlierers in diesem Dreierstück.

Als neues „Traum"-Paar treten Uschi Glas und Elmar Wepper auf. Die Glas gibt sich hier schlagfertig wie einst in ihren besten Anfangszeiten. Eine, die ihr Herz locker auf der Zunge trägt, die eher handelt als daß sie lange nachdenkt. Eine selbständige, lebenstüchtige junge Frau, die die Zuschauer nicht allein durch ihr hübsches Aussehen gewinnt, sondern vor allem auch durch diese ganz eigene, bayerische Mischung aus Charme und Realitätssinn, mit der sie ihren Alltag meistert. Ihr ebenbürtig Partner Elmar Wepper als Tischlermeister aus der Münchner Vorstadt; ein quicker Jungunternehmer, der weiß, wo's längs geht.

Die Geschichte selbst klingt nicht nur banal, sie ist es auch: Elfie, Verkäuferin in einem Münchner Sportgeschäft, die bislang immer an die falschen Männer geriet, hat es endgültig satt, ihre Wochenenden allein zu verbringen, wenn ihr Freund sich seiner Familie widmen muß. Sie beschließt, diesen unerfreulichen Zustand zu ändern und trifft just auf den geschiedenen Tischlermeister Sommer. So rankt sich Episode auf Episode zu einer heiter-melancholischen Liebesgeschichte hoch. Doch *wie leichthändig wurden hier Dialoge* geschrieben und ins Bild gesetzt von Autor und Regisseur Franz Geiger (er schrieb auch beim „Monaco-Franze" mit). Mit Ironie jongliert er in Trivialmustern. Das Komische bleibt hier stets spritzig, wird nie derb.

Die Serie dürfte besonders beim bayerischen Publikum einschlagen, das hochvergnügt die lokale Szenerie wiedererkennt. Denn die weißblaue Metropole mit ihren weiten Plätzen, Alleen, Parks und Biergärten bildet den Schauplatz, belebt von „typischen" Münchner Leuten ohne Eigenschaften – will sagen ohne Exzentrik – aber voller Eigenheiten. Menschen, denen man tagtäglich in der U-Bahn oder am Viktualienmarkt begegnen kann, Figuren, die zur Identifikation taugen, weil sie Marotten pflegen, die uns allen wohlvertraut sind. Nur hier, in dieser seltsamen Münchner Mischung, dem Flair vom angeblich leichtlebigen Schwabing bis hin zum alten Franzosenviertel mit holprigem Asphalt und kleinen Hinterhöfen, wo immer der Maischegeruch der nahen Brauereien in der Luft hängt – nur hier konnten solche Typen gedeihen. Da ist selbst den gebrochenen Existenzen der Witz zur zweiten Natur geworden.

Und hinter den Sätzen, da rumort mitunter haarsträubender Nonsens – fast wie bei Valentin.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Unerträgliche Übertreibung

Der französische Produzent von Boulevard-Lustspielen namens Robert Lamoureux ist doch wahrhaftig ein Genie. Sein Stück **„Mensch, Teufel noch mal"** (ZDF), von der Komödie am Berliner Kurfürstendamm einstudiert, weist es aus. Der Mann bringt es tatsächlich fertig, präzis zu beschreiben, wie Literaturpreise vergeben werden. Er rückt sogar in den Blick, daß der Literatur-Nobelpreis – es geht mit dem Teufel zu – an aber auch jeden hergelaufenen Schreiberling verliehen werden kann. Die Liste der Preisträger – Namen will man ja gar nicht nennen – setzt ihn jederzeit ins Recht.

Sogar wenn Lamoureux seine eigene Produktion beurteilt, ist seine prophetische Hellsichtigkeit enorm. „Dein Teufel würde ja nur ein Teufelchen werden, der nichts erreicht", sagt Frau Gilberte in schlechtem Deutsch zu ihrem schriftstellernden Ehemann, „eine Zweitbesetzung." Damit ist der schauspielerische Gewaltakt von Günter Pfitzmann in der Tat umfassend beschrieben. So billig, so outriert war er noch nie. Aber das unerträgliche Übertreiben und Drücken ist spürbar die Signatur der Inszenierung von Jürgen Wölffer, der das so entbehrliche Stück auch übersetzte. Man sah es an den darstellenden Damen, vor allem an der aparten Doris Gallart, die man aus differenzierten Charakterrollen weitaus intensiver kennt.

Das Schlimmste an diesem Fernsehabend aber war gar nicht die Minderwertigkeit der Darbietung, sondern der frenetische Beifall des Berliner Publikums.

KATHRIN BERGMANN

Eine Menge Meinungen

Eine Menge Meinungen hat die Sendung **„Standpunkte: der NATO-Doppelbeschluß"** (ZDF) vermittelt. Das war wohl auch die Absicht des redaktionellen Konzeptes. Trotzdem blieb die Frage unbeantwortet, worin letztlich die entscheidenden Gründe zu sehen sind, die dazu führten, daß die westliche Allianz zu diesem bemerkenswerten „Doppel"-Beschluß über die Aufstellung von Mittelstreckenwaffen und ihrer etwaigen Disposition zur Streichung fand. Der kurze historische Abriß von Helmut Schmidts Londoner Rede 1977 über das Guadeloupe-Treffen der Vier Ende 1978 bis hin zur NATO-Dezember-Sitzung 1979 mußte den kaum informierten Zuschauer so ratlos lassen wie vorher. Es bleibt festzuhalten, daß es bislang noch kein „runder" TV-Beitrag geschafft hat, diese Informationslücke im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu schließen.

Was die Meinungsbeiträge der Politiker wie Wörner (CDU), Genscher (FDP) und Vogel (SPD) angeht, so boten sie kaum überraschende Nuancen, allenfalls die, daß der Verteidigungsminister in aller Klarheit die sicherheitspolitische Bedeutung der Pershing 2 herausstrich, sein Koalitionspartner, der Außenminister, indes so tat, als seien andere schuld, daß dieses Thema wochenlang nur Irritationen erzeugte, statt zuzugeben, daß er zu dieser Verwirrung erheblich beigetragen hat.

Was schließlich auffiel: Bei keiner politischen Gruppe schien derart starke Sympathie der Redaktion für die geäußerten Meinungen durch wie bei denen der „Friedensbewegung".

RÜDIGER MONIAC

STUDIO

Den Anträgen von elf privaten Programmveranstaltern zur Teilnahme an dem **Versuch mit Breitbandkabel** hat die Versammlung der Anstalt für Kabelkommunikation am Dienstag in Ludwigshafen zugestimmt.

Nachdem die im rheinland-pfälzischen Landesgesetz über einen Versuch mit Breitbandkabel festgeschriebene „Erlaubnis-Hürde" genommen ist, können das Bischöfliche Ordinariat in Speyer, die Erste Private Fernsehgesellschaft (EPF) in Ludwigshafen, die Frankenfernseh-Studiogesellschaft in Erlangen, die Otto Maier Verlags GmbH in Ravensburg, die Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) in Frankfurt und die „Rheinpfalz"-Verlag und Druckerei GmbH in Ludwigshafen sowie fünf weitere private Veranstalter aus Neunkirchen/Saar, Rüsselsheim, Köln, Neustadt an der Weinstraße und Hamburg ihre Vorbereitungen für die künftige Programmgestaltung intensivieren. (dpa)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 ARD-Sport extra
Fußball-Bundesliga/Intern. Leichtathletik-Sportfest Koblenz
11.05 Umschau
11.25 Unser Kosmos
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.25 Der Mann in den Bergen
Himmelsstürmer
16.10 Tagesschau
16.15 Frauengeschichten
Ingrid van Bergen
„. . . . und trotzdem singe ich"
Film von Heide Nullmeyer
17.00 Matt und Jenny
9. Folge: Jennys neue Kleider
17.25 Der unsichtbare Mann und der glückbringende Regenbogen
Eine Indianer-Legende aus Kanada
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Konzert frei Haus
Agnetha Fältskog präsentiert „The heat is on"
Erste Solo-Show der ABBA-Sängerin
21.30 Die Fernseh-Diskussion
Thema: Welchen Kurs steuert die SPD?
Teilnehmer: Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Journalisten
Gesprächsleitung: Rudolf Mühlfenzl
22.30 Tagesthemen
23.00 Das heiße Herz
Fernsehspiel von John Patrick
Mit Dagmar Mettler, Peter Dirschauer, Sigmar Solbach, u. a.
Regie: Michael Kehlmann (Wh. v. '82)
In einem Militärhospital in Südostasien: Der schwerkranke McLachlen wird in ein Zimmer mit Leichtverwundeten gelegt. Der Schotte geizt nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefühlen.
00.45 Tagesschau

ZDF

14.55 ZDF – Ihr Programm
15.00 Gefragt – gewußt – gewonnen
Länderquiz mit Hans Rosenthal
Heute: Berlin
16.00 heute
16.04 Musik und Technik
6. Teil: Live-Elektronik
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Yankee Doodle
Amerikan. Zeichentrickfilm von Chuck Jones
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Funkausstellung Berlin 1983
Tele-Illustrierte
Informatives und Unterhaltendes
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Der Paragraphenwirt
Gatermann gegen Goliath
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Unsere schönsten Jahre
Sechsteilige Serie
1. Teil: Wochenend und Sonnenschein
20.15 Kennzeichen D
Themen:
Neues Rezept gegen die Finanzpleite der Städte: Arbeitseinsatz für Sozialhilfeempfänger / Christen streiten um Frieden und Nachrüstung – Gespräch mit dem EKD-Vorsitzenden Bischof Eduard Lohse / Von der Ost-Karriere zum West-Erfolg – Ehemalige „DDR"-TV-Stars zwischen Berlin und Hollywood (mit Nina Hagen, Veronika Fischer und Armin Müller-Stahl)
Moderation: Ernst Elitz
21.00 heute-journal
21.30 Funkausstellung Berlin 1983
Liedercircus
Ein internationales Chansonfest zu Ehren von Edith Piaf
23.00 Des Broadways liebstes Kind:
Der Pirat
Musical von Cole Porter (Wh. v. '81)
00.35 heute



Milva ist einer der Stars im „Liedercircus", der als Internationales Chansonfest zu Ehren der Piaf aufgezogen wird – ZDF, 21.30 Uhr FOTO: JÜRGEN THOMAS

III.

WEST

18.00 Jim Knopf und die wilde 13
Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
4. Folge: Von China nach Jamballa
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und die wilde 13
19.00 Götter und Helden der Antike
Der Trojanische Krieg
19.15 Wunder der Erde

WEST/NORD/HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Der Herr der sieben Meere
Amerikan. Spielfilm (1940)
Mit Errol Flynn, Claude Reins, Brenda Marshall, Alan Hale, u. a.
Regie: Michael Curtiz
21.56 Tussy, aber das bin ich
Karl Marx und seine jüngste Tochter Eleanor
Dokumentation von Lutz Mahlerwein
23.00 Zwischen Alltag und Anstalt
Reportage über eine psychiatrische Tagesklinik
Von Gert Monheim
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S3:
19.25 Nachrichten
19.30 Im Westen nichts Neues
Engl. Spielfilm (1979)
Nach dem Roman von Erich Maria Remarque
Mit Richard Thomas, Patricia Neal, Ernest Borgnine, u. a.
Regie: Delbert Mann
Anschl.:
Willy Reschl zeichnet ein Porträt des 1970 in Locarno gestorbenen Dichters.
22.05 „Das Schauspiel sei die Schlinge"
Der Theaterfachmann Siegfried Melchinger im Gespräch mit Norbert Beilharz

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
Selbstbetrachtungen eines römischen Kaisers
19.05 Berühmte Erzähler
Frühlingsfluten
Von Vojtech Jasny
Nach einer Novelle von Iwan S. Turgenjew
Mit Dan Mastacan, Senta Berger, Sabine Wienand, u. a.
Kamera: Igor Luther
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend . . .
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Zu Gast: Hilde Krahl
21.45 Sportstammtisch
22.30 Dallas
Auf Messers Schneide (2)
23.15 Rundschau

Wir trauern um unseren Hauptgeschäftsführer

Dr. Luis Gassmann

† 24. 8. 1983

In den letzten Jahren hat er in der Geschäftsführung die Entwicklung unseres Vereins entscheidend mitgeprägt. Mit der Fülle seiner Kenntnisse und Erfahrungen sowie seinem persönlichen Vorbild hat er Maßstäbe für den Verein gesetzt. Sein besonderes Einfühlungsvermögen und seine liebenswerte, persönliche Ausstrahlung werden wir vermissen.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem guten Freund.

IBERO-AMERIKA VEREIN e. V. Hamburg
Der Präsident
im Namen des Vorstandes und der Mitglieder

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, mitteilen zu müssen, daß Herr

Diplom-Volkswirt
Horst Grundmann
Hauptgeschäftsführer

am 29. August 1983 im 47. Lebensjahr verstorben ist.

Er hat die Neuorientierung und Profilierung unseres Berufsstandes entscheidend mitgestaltet.

Dafür sind wir ihm zu großem Dank verpflichtet.

Der Mensch Horst Grundmann wird in unserer Erinnerung weiterleben.

Bundesverband des Deutschen Bier- und Getränkefachgroßhandels e. V.
Bundesarbeitsgemeinschaft der Kooperationen im Getränkefachgroßhandel
Fachverband des Bier- und Getränkegroßhandels Nordrhein-Westfalen e. V.
Verband des Bier- u. Getränkegroßhandels Hamburg/Schleswig-Holstein e. V.
Werner Zielasko, Präsident

Die Beerdigung findet Freitag, den 2. September 1983, um 11.40 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofs in Düsseldorf statt.

Anstelle zugedachter Kranzspenden wird um eine Spende für die Deutsche Krebshilfe e. V., Deutsche Bank, Bonn, Konto 90 90 90 (BLZ 380 700 59), gebeten.



Verbrechen an C. G. Jung

cf. – Morris L. West, dieser ziemlich zuverlässige Lieferant gepflegter Konsumromane, der uns Einblick tun ließ in den Alltag von Päpsten, Botschaftern, machtbesessenen Industriemolchen und internationalen Bankiers, ist mit Familie ins heimatliche Australien zurückgekehrt. Er hat aber dem alten Europa noch einen alteuropäischen Roman hinterlassen, bei dem man sich nun wirklich fragt, was der Dichter sich dabei wohl gedacht habe. Auf dem Klappentext steht, mit „In einer Welt von Glas" (Droemer Knaur, München, 445 S., 38 Mark) sei West „auch das längst erwartete Meisterwerk" gelungen, eine hübsche kleine Fehlleistung! Der Mann hat Millionen eingebracht, und währenddessen haben also die Verleger dauernd auf ein Meisterwerk gelauert. Dienlich mag da eine andere Klappentextzeile sein, die von West sagt: „Beklemmend stellt er die Frage nach dem Schuldigwerden, wenn das dunkle Element die Herrschaft im Menschen übernommen hat."

Dermaßen schlecht ist das Buch nun auch wieder nicht. Kurz gesagt, es handelt sich um eine feurige Ärztin und Gestütseignerin („die attraktive, emanzipierte und sinnlichen Genüssen freizügig zugetane Witwe") namens Magda, welche im Europa des Jahres 1913 ausgiebig ihre einschlägigen Bedürfnisse befriedigt und zum Beispiel einen greisen Preußenoberst dermaßen haut, daß derselbe beinahe an Herzgeschichten noch vor dem Ersten Weltkrieg stirbt.

Alsbald konsultiert Magda in Küssnacht den berühmten Carl Gustav Jung, Freud den Zweiten, der sich gerade von Freud löst. Kaum hat Jung mit hellsichtigem Scharfsinn ermittelt, daß Magda einst von ihrem Herrn Vater entjungfert wurde, da sagt sich der große Seelenarzt: Das muß es wohl gewesen sein, und macht sich daran, ihr den Komplex aus der Seele zu schnippeln.

Das Buch besteht zum größten Teil aus Kapiteln, in denen wechselseitig die Dame Magda und ein Popanz namens C. G. Jung monologisieren, mit sittlichem Ernst, hohlem Schwachsinn und massenweise pathetischer Schlüpfrigkeit. Morris West aber ist weit über sechzig und gewiß begütert. Lieferanten von Konsum-Lesestoff drängen auf seinem Weg in Massen nach. Er wäre weise, würde er ihnen den Weg freigeben.

Sri Lanka zum Beispiel – A. Burgess über die Dummheit von Völkern

Guerrilla-Krieg im Paradies

Es war der englische Schriftsteller Horace Walpole, der als erster den Begriff „Serendipity" prägte – womit die Fähigkeit gemeint ist, durch reinen Zufall schöne und angenehme Dinge zu entdecken. Es war ebenfalls ein Zufall, daß er das Wort von „Serendib" ableitete, der alten Bezeichnung für Ceylon, das wir heute Sri Lanka nennen müssen.

Serendib heißt Paradies, und Ceylon, ein großer Garten mit ein oder zwei Bergen darin, galt schon immer als paradiesisches Gelände. Hier wachsen Tee und exotische Blumen, der Zahn Buddhas glänzt weiß in einem Tempel von Kandy, und in den Hotels von Colombo fliegen Raben durch die geöffneten Fenster, um den Gästen die Ananasscheiben vom Frühstücksteller zu stehlen. Aber seit 1948, als Ceylon aus dem britischen Imperium entlassen wurde, überziehen Krisen die tropische Insel.

Eine der Krisen hat rassische Ursprünge. Die Singhalesen hassen die Tamilen, und die Tamilen zahlen aus vollem Herzen heim. Der typische Singhalese ist von brauner Hautfarbe mit ansprechenden arischen Gesichtszügen. Er wirkt so, wie man sich den gutaussehenden Inder vorstellt – ein Sohn, Neffe oder Bruder von Indira Gandhi. Seine Sprache leitet sich vom Sanskrit her, und in der Religion ist er Buddhist.

Nun schauen wir uns einen Tamilen an: Er ist fast purpurn in seiner extremen Schwärze. Wenn amerikanische Neger von den Schwarzen reden, meinen sie sich selbst; aber sie wissen eben nichts von den Tamilen. Keine Rasse kann schwärzer sein als sie, und trotzdem sind sie nicht negroid. Sie behaupten nicht, von den afrikanischen Söhnen Hams abzustammen, und sie reden eine Sprache, die zur südindischen drawidischen Gruppe gehört. Auch darin steckt viel Sanskrit.

Der am weitesten verbreitete Witz über sie ist dieser: Eines Tages schenkte Gott allen Rassen, die er geschaffen hatte, ihre eigene Sprache. Ermüdet von der harten linguistischen Arbeit, zog er sich in sein Heiligtum zurück und nahm eine Flasche Whisky aus dem Regal. Da zupfte plötzlich jemand an seinem Ärmel. Der Herr blickte nieder und sah unter sich einen kleinen schwarzen Mann. „Wer bist du?", fragte Gott. „Ich bin ein Tamile, und du hast vergessen, mir eine Sprache zu geben." Der Herr sagte: „Verzeih mir." Er leerte den Inhalt der Flasche in den Ausguß. Das klang wie „gluckgluckgluck . . .", und der Herr sagte: „Da hast du deine Sprache."

Der Witz ist unfair, aber niemand ist den Tamilen gegenüber je fair gewesen. Die Malayer nennen sie „taik Adam" oder Adams Scheiße, weil sie so schwarz sind. Ihre Familiennamen werden belacht, weil sie phallisch sind. Sie lauten Sundralingam oder Mahalingam, wobei „sundra" schön und „maha" groß bedeutet, und alle wissen, daß „lingam" den einschlägigen männlichen Körperteil bezeichnet.

Mit Ausnahme weniger christlicher Konvertiten sind sie alle Hindus, ein brillant begabtes Volk von hoher Intelligenz, was den Neid der anderen hervorruft. Es gibt aber heute noch eine andere Art der Tamilen. Dies sind arme Analphabeten aus dem Süden Indiens. *Sie arbeiten auf den* Äckern oder in den Tee- und Gummiplantagen und ernähren sich von der berauschenden Wirkung des Palmweins, den sie „Todi" nennen. Sie bedrohen niemanden, und sie sind deshalb jedermanns Freund.

Man läßt gegenwärtig in Sri Lanka die eingewanderten indischen Tamilen in Ruhe. Verfolgt und getötet werden die Jaffna-Tamilen, die mit ihrem Fleiß und ihrer Intelligenz die Singhalesen herausfordern. Die eigentliche Ursache ist, *daß die Singhalesen*, obgleich nicht minder begabt, wenig von harter Arbeit halten.

Verallgemeinerungen sind immer gefährlich, das weiß ich. Aber während meiner Aufenthalte in Sri Lanka (das jedermann nach wie vor Ceylon nennt) habe ich bis in die unmittelbare Gegenwart nirgendwo Anzeichen von Fleiß oder Spuren von Energie entdeckt. Die Singhalesen schlafen oder traumwandeln; sie dämmern halb verhungert vor sich hin. Zuweilen schreien sie nach Brot, einem Nahrungsmittel, das ihnen fremd war, bis die Amerikaner es ihnen im Zweiten Weltkrieg als Notlösung, als Ersatz für den gewohnten Reis, importierten. Inzwischen verdorren ihre eigenen Reisfelder.

Das führt uns zum verteufelten Begriff des Kolonialismus. Natürlich hat jede Nation das Recht auf Selbstbestimmung, aber wie definiert man genau eine Nation? In Südostasien gibt es eine eingeborene Bevölkerung mit einer alten Sprache und Kultur, die sich den Segnungen der amerikanischen Coca-Cola-Kultur verschließt. Die Synthese ist von den buddhistischen Singhalesen abgelehnt worden.

Zeithistorisch war es indes gerade eine solche Synthese, wenn auch eine recht lockere, die das britische Imperium funktionieren ließ. Die Briten behandelten alle rassisch und kulturell unterschiedlichen Elemente gleich – obwohl sie gelegentlich Gewalt anwenden mußten, um die streitenden Parteien unter einen Hut zu bringen. Das Ziel war jedenfalls, demokratische Ideen des Westens zu verbreiten, wobei man sich selbstverständlich derjenigen Gruppen bediente, die ein Gespür dafür verhießen. In Ceylon waren und sind es die Tamilen und die Chinesen.

Die englische Kolonialmacht ist von der Szene abgetreten. Sie hat ein Vakuum hinterlassen, in dem der Nationalismus grassiert. Die Tamilen leiden gegenwärtig, weil sie Talente besitzen, die der Denkweise fortschrittlicher Staaten entsprechen, *und weil sie den Anspruch* auf eine angemessene politische Repräsentation in ihrem Land erheben. Deshalb werden sie beneidet und gehaßt. Es ist eine traurige, eine typisch nachkoloniale Geschichte.

Sentimentale junge Amerikaner, die für die rassistischen Sünden ihrer Eltern büßen möchten, verbreiten gern die Legende, daß in den afrikanischen Sprachen das Wort „schwarz" ein Synonym für „gut" und „weiß" ein Synonym für „böse" sei. Unsinn! Schwarz ist überall böse, weil es die Farbe der Nacht ist, in der die Schrecknisse lauern. Die Singhalesen praktizieren einen Rassismus, der angeblich aus dem Westen stammt; in Wirklichkeit benutzen sie die schwarze Hautfarbe der Tamilen, um ein intelligentes und fleißiges Volk zu verdammen.

Die separatistische Bewegung der Tamilen hat jetzt ihr Zentrum in London. Es mutet wie eine geschichtliche Ironie an, daß die Metropole des *mythischen weißen Unterdrückers* immer mehr zum Refugium von Asiaten wird, die der Tyrannei anderer Asiaten zu entrinnen suchen.

Die exilierten Tamilen sehen ihr einziges Heil in einem Guerrilla-Krieg. Die Tamilen in Indien wollen den Krieg gegen Sri Lanka, aber der indische Außenminister hat ihnen zu verstehen gegeben, daß seine Regierung nicht eingreifen wird. Die Tamilen stehen allein da, vor einem immer wieder drohenden Massaker. Das ist nicht nur unter humanitärem Aspekt eine Tragödie. Die Sikhs könnten alle Probleme Indiens, die Chinesen alle Probleme Malayas lösen, und die Tamilen könnten ohne Zweifel Sri Lanka auf den Weg des Wohlstandes bringen. Wie es jedoch scheint, werden immer mehr begabte Völker von den faulen und gewalttätigen verfolgt.

ANTHONY BURGESS



Wetteiferte mit Prag: Breslauer Rathaus mit Staubsäule, Zeichnung von S. Mannfeld (1976), aus der Regensburger Ausstellung FOTO: KATALOG

„Breslauer Ansichten aus sechs Jahrhunderten"

Melancholische Suche

Der Städte Königin" nannte der Barockdichter Martin Opitz einst Breslau. Denn jahrhundertelang hatte die Stadt einen Rang, der nur mit Prags Stellung in Böhmen zu vergleichen war. Und bis zu ihrer Zerstörung im Zweiten Weltkrieg war Breslau nicht nur eine der wichtigsten Industrie- und Handelsstädte, sie war auch eine Stätte der Wissenschaft und Kunst. Daran erinnert die Ostdeutsche Galerie in Regensburg mit der Ausstellung „Breslau – Ansichten aus sechs Jahrhunderten".

Daß diese beeindruckende und reiche Übersicht zustande kommen konnte, ist der Sammlertätigkeit des schlesischen Industriellen Haselbach zu verdanken. Und so kann man nun in Bildern, Graphiken, Holzschnitten und auf alten Postkarten – die als teures Gut über Krieg und Vertreibung gerettet wurden – die Geschichte der Stadt anschaulich miterleben. Das beginnt mit der ältesten Darstellung in der Schedelschen Weltchronik von 1483 und endet bei Heisigs Triptychon „Festung Breslau". Dazwischen sieht man barocke Guckkastenbilder oder biedermeierliche Stiche von zarten Damen mit Muff und Herren in Uniformen, die graziös über die vereisten Gewässer gleiten. Man erlebt die Auffahrt vor dem Stadttheater oder die Parade des Militärs vor dem Reiterdenkmal Friedrich des Großen. Es fehlen nicht die frühen Photographien aus dem vorigen Jahrhundert, die Ansichtspostkarten aus den zwanziger Jahren und die Bilder der Zerstörung schließlich.

Parallel dazu läßt sich die Geschichte der Stadt verfolgen, der Aufstieg im 14. Jahrhundert als 20 000 Menschen in ihren Mauern lebten und es dreißig Zünfte gab, die Auseinandersetzungen während der Reformation und der Gegenreformation, als hier barocke Paläste, Kirchen und Klöster der Jesuiten, Kapuziner, Franziskaner und Ursulinen entstanden, bis hin zum zwanzigsten Jahrhundert, als die Stadt, inzwischen auf eine halbe Million Einwohner angewachsen, durch die Oderregulierung und den Bau des Umgehungskanals als Großschiffahrtsweg im Osten zusätzlichen Auftrieb als Handels- und Industriezentrum gewann.

Im Zweiten Weltkrieg galt Breslau jahrelang als der „Luftschutzkeller des Dritten Reiches", weil Schlesien außerhalb der Reichweite britischer und amerikanischer Bomber lag. Das Ende war um so schrecklicher. Zur „Festung" erklärt starben hier in den drei letzten Kriegsmonaten rund 80 000 Menschen und auf 90 000 wird die Zahl der Breslauer geschätzt, die auf der Flucht umkamen. 70 Prozent der Stadt waren zerstört, vierhundert bedeutende Baudenkmäler lagen in Trümmern, als am 9. Mai 1945 die polnische Fahne über der Stadt gehißt wurde.

Die Ausstellung schließt die Gegenwart nicht aus. Sie notiert, was aus bekannten Gebäuden, markanten Plätzen geworden ist. Aber das Schwergewicht bildet die Erinnerung an das, was einst war. Und so bleibt für den, der die Stadt kannte, nur das Suchen in den Bildern: War das nicht der Königsplatz, die Schweidnitzer Straße? Ach, ja, so sahen das Rathaus aus, so die Oper. Es ist eine wehmütige wichtige Ausstellung. (Bis 2. Oktober, Katalog 25 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Orchesterstreik in New York beendet

dpa, New York

Der vor 54 Tagen ausgebrochene Streik des Orchesters der New York City Opera ist mit der Ratifizierung eines neuen Tarifvertrags beendet worden. Die 69 Musiker hatten mit ihrer Aktion die ursprünglich für den 7. Juli vorgesehene Eröffnung der neuen Spielzeit verhindert. Der verspätete Saisonbeginn wurde jetzt für den 21. September angekündigt. Der neue Tarifvertrag sieht unter anderem eine Anhebung der Musikergehälter um jährlich 6,5 Prozent vor.

Ältestes Fachwerkhaus soll Museum werden

dpa, Limburg

Das älteste Fachwerkhaus der Bundesrepublik, ein rund 700 Jahre altes Gebäude in Limburg, sollte nach Ansicht der hessischen Denkmalschutzbehörde künftig als Museum genutzt werden. Der Leiter des Landesamtes für Denkmalschutz, Prof. Gottfried Kiesow, sieht darin die Chance, die frühere Bürgerkultur in einem Baudenkmal höchsten Ranges darzustellen. Das Haus sollte der Öffentlichkeit mit einer Dokumentation über die Fachwerkbauten in Limburg zugänglich gemacht werden. Eine Marburger Arbeitsgruppe für Bauforschung kam zu dem Ergebnis, daß es sich bei dem in Ständerbauweise errichteten Fachwerkhaus aus dem Jahre 1289 um eines der wichtigsten Dokumente mittelalterlicher Baukunst des 13. Jahrhunderts handelt, für das es bisher in der Bundesrepublik kein vergleichbares Beispiel gibt.

Rotterdam veranstaltet „Umwelt-Film-Festival"

DW. Rotterdam

„Der Mensch und das Wasser" ist das Thema des „Zweiten Europäischen Umwelt-Film-Festivals", das vom 26. September bis zum 2. Oktober in Rotterdam stattfindet. 37 Filme aus 18 europäischen Ländern bewerben sich um einen Preis; 39 weitere Filme laufen außer Konkurrenz in einem Informationsprogramm. Aus der Bundesrepublik stehen unter anderem „Vater Rhein – Dreck allein" von Jürgen Wesche und „Wassermangel" von Wolf-Dieter Ebersbach auf dem Programm. Parallel veranstaltet die Stadt Duisburg eine Ausstellung mit dem Titel „Wasser, ein Lebenselement".

Werk des Bildhauers Cesar nach Amerika

AFP, Nizza

Das letzte Werk des französischen Bildhauers Cesar wird im Rahmen der „Französischen Wochen" im September in den USA ausgestellt werden, bevor es zur Versteigerung bereitsteht. Ausgangspunkt des Werkes ist ein Stuhl im Stil Ludwigs XV. Nach eigenen Angaben hat der Künstler dieses für den französischen Geschmack „typische" Möbelstück ausgewählt, um die zeitgenössische französische Bildhauerei in den USA zu repräsentieren. Der *Stuhl ist unter anderem mit* Fröschen, Schnecken, Puppen, einem Wasserhahn und einem Camembert sowie einem Porträt Charles de Gaulles dekoriert.

Waetzold-Festschrift

Wie „tauscht" man denn Kultur aus?

Ohne noch einmal die Forderungen der „DDR" auf Auslieferung bedeutender Kunstwerke der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und die bekannte und solide rechtliche Argumentation der Bundesregierung gegen dieses Begehren ausführlich zu wiederholen, hat der Präsident der Stiftung, Professor Werner Knopp, jetzt darauf hingewiesen, daß „man über den Ausgleich besonders widersinniger, in beide Richtungen erfolgter Zerreißungen einzelner Zusammenhänge sehr vernünftig miteinander reden" *könnte. Dem stünden zur* Zeit u. a. noch immer die „Boykottversuche" der „DDR" gegen die Beteiligung der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz an in- und ausländischen Ausstellungen entgegen.

Knopps Anmerkungen finden sich in einem Sonderband der Jahrbuch-Reihe Preußischer Kulturbesitz, der jetzt ausgeliefert wird. Die Ausgabe ist dem langjährigen früheren Generaldirektor der staatlichen Museen *und ehemaligen Leiter der Kunst*bibliothek, Professor Stephan Waetzoldt, gewidmet, dessen Engagement für die 14 Museen immer wieder in den verschiedenen Aufsätzen zur Sprache kommt.

Knopp hat bei dieser Gelegenheit noch einmal die „ernsten Sorgen auf dem Erwerbungssektor" zur Sprache gebracht. Tatsächlich gefährdet der permanent niedrige Ankaufetat auf Dauer die Position der Berliner Museen in der Spitzengruppe internationaler Museen. Auf längere Sicht könnten erstrangige Fachleute ihr Interesse an leitenden Posten in Berliner Museen verlieren.

Zu den wichtigsten Beiträgen des Jahrbuches gehören Aufsätze über „Die neue Gemäldegalerie" und „Historische Wurzeln des Berliner Kunstgewerbemuseums", nicht zuletzt aktuell durch den bevorstehenden Umzug des Instituts aus der provisorischen Unterbringung in Schloß Charlottenburg in den Neubau am Tiergarten. (Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz, Sonderband 1. Einblicke – Einsichten – Aussichten. Aus der Arbeit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin. Stephan Waetzoldt zum 60. Geburtstag. 319 S., zahlr. Abb., 48 Mark, Gebr. Mann Verlag, Berlin).

PHG

Stieftöchter der Emanzipation (X): Marie Curie, die das Radium entdeckte

Sie war auf den Nobelpreis abonniert

Die Emanzipation und alles das, was wir heute mit diesem so modisch gewordenen Begriff verbinden, haben die größte Wissenschaftlerin unseres Jahrhunderts (und nicht nur unseres Jahrhunderts) wohl kaum angefochten. Mit ihrer unbändigen wissenschaftlichen Neugierde und Genialität hat sie sich bei ihren brillanten Forschungen überhaupt nicht darum gekümmert, ob sie „emanzipiert" war. So ging Marie Sklodowska Curie hin und errang den Nobelpreis gleich zweimal – im Abstand von nur 8 Jahren. Und „Madame Curie" – wie sie schon seit langem genannt wurde – machte auf dem praktisch von Männern beherrschten noblen Nobelforum in Stockholm eine großartige Figur, vor allem wegen ihres herrlich bescheidenen Wesens.

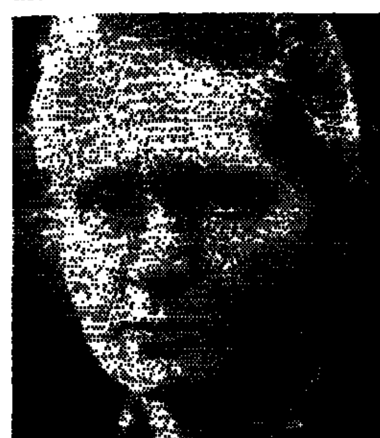
Das soll natürlich überhaupt nicht heißen, daß die männlichen Wissenschaftler die begabte, zielstrebige junge Forscherin nicht – sagen wir einmal – mit erhobenen Brauen etwas „bestaunten". Mania Sklodowska (so wurde sie mit dem Vornamen in ihrer Familie genannt) hatte in Warschau bereits als 16jährige das Abitur (so würden wir heute sagen) gemacht und widmete sich zunächst an dem dortigen Physikalischen Laboratorium des Industriellen Museums dem Studium der Physik. Dann – auch das gab es vor hundert Jahren schon – sympathisierte sie mit einer revolutionären Studentenbewegung und wich nach Paris aus. Im Jahre 1891 setzte sie ihr Studium an der Sorbonne in Paris fort. Sie war damals 24 Jahre alt.

Schon als junge Frau zeichneten sie jene hervorragenden Eigenschaften aus, ohne die ein Wissenschaftler und Forscher auf keinen grünen Zweig kommt: ein scharfer, rationaler Verstand, ein sicheres Gefühl für Ursache und Wirkung, zielbewußtes Denken beim Entwurf des jeweils nächsten Experimentes, eine geradezu anatomische Sezierung der Ergebnisse der Experimente, dauernder Zweifel an den eigenen Schlußfolgerungen und eine nie endende Geduld, ein Schlüsselexperiment so lange zu wiederholen, bis man vor sich selbst sagen kann: „So muß es wohl sein."

An der Sorbonne lernte sie den Physiker Pierre Curie kennen, den sie 1895 heiratete. Pierre Curie hatte sich bereits als 30jähriger einen Namen gemacht, vor allem durch seine Forschungen über den Magnetismus bei Temperaturänderungen. Marie allerdings war damals schon fasziniert von dem, was man zu der Zeit gern „moderne" Physik nannte. Im Jahre ihrer Heirat, 1895, entdeckte Wilhelm Conrad Röntgen in Würzburg die nach ihm benannten durchdringenden Strahlen; ein Jahr später entdeckte der französische Physiker Antoine Henri Becquerel die ebenfalls *durchdringenden spontanen* Strahlen des Urans. Es ist hier nicht der Platz, den mühsamen und entbehrungsreichen Weg zu schildern, auf dem Marie Curie dann jene Eigenschaft bestimmter Elemente erforschte, die sie „Radioaktivität" nannte. Dieser heute so überaus wichtige Begriff geht auch in seiner Bezeichnung auf Madame Curie zurück. Nur eines darf nicht wegfallen in dieser Schilderung: es gelang ihr, durch langwierige Fraktionen einer *großen Menge von Pechblende (einer* uranhaltigen Substanz) zunächst ein weit stärker radioaktives Element zu isolieren, das sie nach ihrem Heimatland „Polonium" nannte. Dann hat sie aus sechs Tonnen roher Pechblende in mühseliger Arbeit ein einziges Gramm des bis dahin stärksten radioaktiven Elementes herauskristallisiert: das berühmte „Radium" war entdeckt.

Als Marie in den ersten beiden Jahren nach ihrer Heirat dem Radium bereits auf der Spur war, packte ihren Mann Pierre auch das Jagdfieber. Er entschloß sich, seine gerade laufenden Untersuchungen über Kristalle augenblicklich liegen zu lassen und beteiligte sich voll an den Arbeiten seiner Frau. Ihr Gatte, und damals auch noch offiziell ihr „Chef", wurde unter ihrer Direktive zu ihrem Mitarbeiter. Um die „Emanzipation" brauchte sich Marie wirklich keine Gedanken zu machen!

Im Jahre 1897 wurde Maries erste Tochter geboren: Irène. Sie heiratete 1926 den Physiker Frédéric Joliot, der Assistent bei ihrer Mutter war.



Sicheres Gefühl für Ursache und Wirkung: Marie Curie FOTO: DPA

Das Ehepaar Joliot-Curie entdeckte 1934 die sogenannte künstliche Radioaktivität. Dafür bekamen sie zusammen 1935 den Nobelpreis. Marie bekam ihn – zusammen mit ihrem Mann Pierre und mit Becquerel – *zum ersten Mal im Jahre 1903; Marie* allein noch einmal im Jahre 1911.

Im Jahre 1904 kam die zweite Tochter zur Welt: Eve. Sie wurde eine begabte Pianistin und Schriftstellerin; sie schrieb auch die Biographie ihrer Mutter. Wenn man einer Tochter auch zubilligen darf, ihre eigene Mutter liebenswürdig zu beschreiben, so taucht doch in diesen Zeilen eine Mania Sklodowska Curie auf, die trotz ihres „männlichen" Intellekts eine liebevolle Gattin und eine gefühlvolle Mutter war. Sie war eine Frau.

Madame Curie hat auch die Gefahr der radioaktiven Strahlen für die Gesundheit an sich selbst entdeckt. Durch das jahrelange Hantieren von radioaktiven Substanzen erlitt sie Verbrennungen an ihren Fingerspitzen und -nägeln. Ihre Tochter Irène starb 1956 an Leukämie, verursacht durch den dauernden Aufenthalt in radioaktiv verseuchten Laboratorien. Hätte damals ein heutiger Beamter für Strahlensicherheit das alte Radium-*Institut der Pariser Universität* untersucht, so hätte er das Gebäude sofort abreißen lassen und die Trümmer in einem dauernd bewachten Salzstock deponiert.

Schon in den ersten Jahren des Jahrhunderts wurden die biologischen Wirkungen radioaktiver Strahlen entdeckt und erforscht. Dabei fand man aber auch, daß diese Strahlen bestimmte Arten von Tumoren heilen konnten. So widmete sich Madame Curie während der letzten Jahre ihres Lebens bis zu ihrem Tode 1934 der bald aufkeimenden Strahlenheilkunde, die schon viele Menschenleben gerettet hat. Auch das gehört zu ihrem Charakter als mitfühlende Frau.

Madame Curie war übrigens nicht die einzige Naturwissenschaftlerin unseres Jahrhunderts, die an den großen Entdeckungen in Physik und Chemie entscheidenden Anteil hatte. Erinnert sei an die amerikanische Astronomin Henrietta Leavitt, an Lise Meitner, an die englische Röntgenographin Rosalind Franklin und die Ozeanographin Mary Tharpe. Alle diese Frauen waren und sind Vollfrauen in jeder Beziehung. Sie hatten es nicht leicht. Indessen, große Frauen kommen eben schon emanzipiert auf die Welt.

HEINZ HABER

Sommerakademie Stuttgart mit Brahms und Bach

Behagliche Liebeslieder

Zwei Ereignisse beeindruckten Brahms tief: die Gründung des Deutschen Reiches und das Erscheinen der *Bach-Gesamtausgabe*. Auf die Bände war Brahms abonniert. Während seiner pianistischen Laufbahn hat er viele Stücke Bachs gespielt. An der Spitze der Wiener Singakademie ist er auch als Dirigent für Bach eingetreten.

Der Komponist Brahms stand Bach näher, als die Werke vermuten lassen. Allerdings zeigt sich Bachs Einfluß selten in auffälligen Angleichungen und Anklängen. Bachs konstruktivistische Tendenzen scheinen der hauptsächliche Bezugspunkt für Brahms gewesen zu sein. Es war daher nicht abwegig, die 5. Stuttgarter Sommerakademie unter das Motto „Bach und Brahms" zu stellen.

Zwei Wochen lang wurde der Leitgedanke in Vorträgen und Interpretationskursen, in Arbeitsgemeinschaften und öffentlichen Konzerten mit Werkeinführungen beleuchtet. Rund 300 Studierende kamen aus Osteuropa, Westeuropa und Übersee. Auffallend ist nur das Desinteresse in England und Italien. Nicht überraschend ist dagegen der Besucherschwund aus Japan, weil dort die Bach-Akademie im April eine Dependance eröffnet hat. Weitere Filialen gibt es in den USA und Argentinien.

Der Andrang zu den Konzerten ist ungebrochen. Die meisten Veranstaltungen sind ausverkauft, manche so gerammelt voll, daß viele Besucher auf dem Boden sitzen oder im Vorraum bei geöffneten Türen zuhören müssen. Wie ein Magnet zieht Helmuth *Rilling, der künstlerische* Leiter der Stuttgarter Bach-Akademie, die Menschen von nah und fern an.

Was bewegt Leute aller Altersklassen, am späten Nachmittag in die Stiftskirche zu strömen, um geistliche Kantaten Bachs in bescheidener Übergabe zu hören? Auch hier scheint Rilling die Attraktion zu sein, seine ungezwungene Art, die Kantaten allgemeinverständlich zu erläutern, die ein breites Publikum anspricht.

Zuverlässige Stütze vieler Konzerte waren Rillings zwei Hausensembles: die Gächinger Kantorei und das Bach-Collegium Stuttgart. Sieben Programme dirigierte Rilling selbst. Den Auftakt bildete Bachs „Johannespassion", die er mit nie erlahmender Konzentration und musikalischer Leidenschaft als ein aufrüttelndes Drama darbot. Das abschließende „Deutsche Requiem" von Brahms, dessen eindringliche musikalische Sprache nicht andächtig stimmte, sondern betroffen machte, wurde zu einem prunkhaften Chorwerk von einer geradezu theatralischen Wirksamkeit. Heiter und entspannt verlief dagegen der Abend, an dem Rilling dem wienerischen Brahms huldigte. Die „Liebesliederwalzer" für vierstimmigen Chor und Klavier zu vier Händen wurde von der Gächinger Kantorei mit unnachahmlicher Eleganz und hinreißender Beschwingtheit gesungen.

Am Pult des gastierenden Radio-Sinfonieorchesters Frankfurt dirigierte Bernhard Klee die vier Brahms-Sinfonien an zwei Abenden. Seine Interpretation ist emotional gefärbt, nicht analytisch ermittelt. Klees Brahms ähnelt jener jovialen, gemütvollen Figur, die in der Vorstellung vieler Musikfreunde lebt. In dieser Darstellung klingen die Sinfonien durchweg behaglich, manchmal auch behäbig, sehr abgerundet und deshalb perspektivenarm.

Mit Bachs weltlichen Kantaten Nr. *207 und 215 stellte sich der Leipziger* Thomas-Kantor Hans-Joachim Rotzsch vor. Er gehört zu den akademischen Typen, die solide und überlieferungsgetreu arbeiten, ihre künstlerische Phantasie bändigen und dadurch die persönliche Ausstrahlung reduzieren.

GERTH-WOLFGANG BARUCH

THEATER-KALENDER

2. Berlin, Freie Volksbühne; Shakespeare: Komödie der Irrungen (R: Schroeter)
3. Hamburg, Thalia Theater; Hauptmann: Michael Kramer (R: Noelte)
4. Darmstadt, Staatstheater; Schiller: Kabale und Liebe (R: Trautmann)
Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Mennicken: Starker Hans (R: Nel)
9. Berlin, Berliner Festwochen; Majakowski: Wladimir Majakowski Tragödie (R: Zischler)
Bremen, Bremer Theater; Bronnen: Vatermord (R: List)
10. Bonn, Bühnen der Stadt; Hebbel: Maria Magdalena (R: Eschberg)
11. Berlin, Berliner Festwochen; Brecht: Furcht und Elend des Dritten Reiches (R: Treusch)
Wiesbaden, Staatstheater; Schnitzler: Liebelei (R: Pflegerl)
14. Basel, Komödie; Martin: Hören Sie mal (DE) (R: Quetes)
Göttingen, Deutsches Theater; Schütz: Laokoon (U) (R: Flekkenstein)
15. Zürich, Schauspielhaus; Shakespeare: Hamlet (R: Besson)
17. Berlin, Berliner Festwochen; Galin: Einmal Moskau und zurück (DE) (R: Polixa)
18. Köln, Schauspiel; Marivaux: Der Streit (R: Korn)
23. Graz, steirischer herbst; Bekkett: Was Wo (U) u. Katastrophe (R: Schildknecht)
24. Graz, steirischer herbst; Achternbusch: Mein Herbert (U) (R: Buchhammer)
Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Shakespeare: Ein Sommernachtstraum (R: Rudolph)
25. Graz, steirischer herbst; Bauer: Ein fröhlicher Morgen beim Frisör (U) (R: Bauer)
28. Bonn, Bühnen der Stadt; Kaiser: Mit dem Rücken zur Wand (U) (R: Pfeiffer)
29. Basel, Komödie; Schiller: Maria Stuart (R: Beyer)
Hamburg, Ernst-Deutsch-Theater; Kiefer: Wlassow (U) (R: Schütter)
30. Wuppertal, Bühnen; Fugard: Die Insel (R: Reible)

Herstatt-Manager müssen hinter Gitter

Bis zuletzt blieb der Schatten von Konzernchef Gerling

WILM HERLYN, **Köln**

Nach mehr als vierjährigem Hickhack, Finten, Volten und Haken im Herstatt-Prozeß, nach Gutachten und Peinlichkeiten, die den längsten Prozeß in der Geschichte der Wirtschaftskriminalität zeitweilig zur Posse degradierten, nach Ungeschicklichkeiten der Richter und endlosen Verfahrensanträgen der Verteidiger, denen es fast gelang, die Verjährungsgrenze zu erreichen, nach all diesen Unerfreulichkeiten zog der Vorsitzende der 16. Strafkammer des Kölner Landgerichts, Ulrich Höppner, gestern einen Schlußstrich mit bitteren Randbemerkungen. Einen solchen Prozeß dürfe es nicht wieder geben, denn die Dauer sei für alle Beteiligten „völlig unzumutbar". Er forderte, die rechtlichen Beschränkungsmöglichkeiten von Anfang an zu nutzen, denn „es hat wenig Sinn, alles und jedes der Anklageschrift zuzulassen". Die Verfahrensdauer sei eine „Ungerechtigkeit".

Kein Wunder, daß Höppner sich so vehement beklagte: 25 000 Blatt Computer-Unterlagen und 25 Bände Aktenmaterial drohten zeitweilig den Prozeß zu ersticken. Als „Ungerechtigkeit" wird bei der Justiz aber mehr noch die Tatsache empfunden, daß die Kammer einen „Stellvertreter"-Prozeß führen mußte. Zwar wurden gestern am 350. Verhandlungstag die beiden früheren Bankmanager der vor neun Jahren in Konkurs gegangenen Privatbank Herstatt, Bernhard Graf von der Goltz (48) und Heinz Hedderich (52), zu je zwei Jahren und fünf Monaten Haft sowie 45 000 Mark Geldstrafe wegen Beihilfe zum Bankrott und wegen Untreue verurteilt und damit zwei Hauptbeteiligte zur Verantwortung gezogen, aber immer wieder stand im Kreuzfeuer der Kritik Hans Gerling (68), der damalige Hauptaktionär und Chef des Versicherungskonzerns Gerling. Die fast dreistündige Urteilsbegründung Höppners geriet über weite Strecken zu einer Anklage „gegen den Mann im Hintergrund". Denn Gerling habe „umfassend von seinen weitreichenden Machtbefugnissen Gebrauch gemacht". „Er war faktisch der Inhaber und bestimmte die Geschäftspolitik." Bezeichnend sei die Aussage eines leitenden Herstatt-Angestellten gewesen: „Ohne Gerling lief bei uns nichts." Iwan D. Herstatt selbst sei dem Titel nach zwar persönlich haftender Gesellschafter gewesen, de facto aber „nur ein leitender Angestellter – und alles andere als geeignet, eine Bank zu führen".

Hans Gerling müsse sich fragen lassen, ob er nicht durch seine Weisungen den Zusammenbruch der Bank am 26. Juni 1974 zumindest gefördert habe. Herstatt habe alle gewähren lassen und gar einmal erklärt: „Macht Geschäfte, wie ihr wollt – aber laßt euch nicht erwischen." Er habe das Kreditinstitut durch wahnsinnige Devisenspekulationen seines Vertrauten Dany Dattel (43) zu einer Spielbank gemacht.

Das „Kölner Herstatt-Dreigestirn" – Herstatt, Dattel, Gerling – muß sich strafrechtlich nicht verantworten. Sehr zum Mißfallen der Staatsanwaltschaft, die bitter feststellte, da seien die Angeklagten Herstatt und Dattel zur Tatzeit quicklebendig, beim Prozeß todkrank oder in tiefer Depression, nach Einstellung der Verfahren aber wieder fröhlich und gesund. Herstatt wurde unlängst in einem Luxushotel auf Capri beobachtet oder kürzlich beim Badevergnügen in Rottach-Egern gesichtet. Dany Dattel aber mache wieder umtriebige Geschäfte.

Ähnliche medizinische Phänomene seien auch bei Gerling zu beobachten: Auf der einen Seite bestätigten Ärzte dem Konzernchef akute Infarktgefahr, auf der anderen leitete er Aufsichtsratssitzungen und unternahm lange Auslandsreisen. Als er jetzt noch als Zeuge vernommen werden sollte, entschwand er in eine Spezialklinik in Mammern am Bodensee. Gegen den Vorführungsbeschluß erhob er sogar Verfassungsbeschwerde.

Nun wird im Kölner Landgericht gewettet, ob Gerling nicht schon am Wochenende wieder in sein abgeschottetes, schloßähnliches Gemäuer im Kölner Vorort Marienthal zurückkehrt, nachdem die Urteile angenommen und rechtskräftig geworden sind. Nicht ausgeschlossen wird, daß die Staatsanwaltschaft doch noch eine Klageschrift gegen Gerling „pro forma" fertigt, aber auf einen Beschluß zur Aufnahme der Hauptverhandlung verzichtet.



An der Hohenzollernburg fotografiert von MANFRED GROHE

Gegenoffensive in der Spielbanken-Affäre

Rechtsanwalt eines Verhafteten beschuldigt Spielbanken der Manipulationen an den Roulett-Tischen

WERNER ZWICK, **München**

In den Streit um den angeblichen Sechs-Millionen-Mark-Betrug in der Spielbank Bad Wiessee (die WELT berichtete) hat der Rechtsanwalt des verhafteten Münchner Geschäftsmannes Vladimir G. jetzt den Spieß umgedreht und die bayerische Lotterieverwaltung wegen Betrugs angezeigt.

Während ein Justizsprecher zu der Anzeige lediglich erklärte, es handele sich um die Methode „Haltet den Dieb", versicherte Rechtsanwalt Peter S., er sei im Auftrag eines anderen Mandanten tätig geworden und werde im Zuge des Ermittlungsverfahrens beweisen, daß seit Jahren ein stiller Kampf zwischen den Spielbanken und sogenannten Systemspielern tobe, die sich auf die Kesselfehler der einzelnen Roulett-Apparate spezialisiert hätten. Eingeweihte wüßten – so der Rechtsanwalt –, daß Roulettgeräte von einem Hersteller in Baden-Baden in Kleinstserien gefertigt würden und kein Gerät genau wie ein anderes sei. Der theoretische Vorteil der Spielbank gegenüber dem Spieler von 2,7 Prozent sei deshalb durch Ungenauigkeiten leicht einzuholen, wie erfahrene „Kesselspieler" wüßten. Es gebe nämlich bei jedem Roulettkessel durch diese Ungenauigkeiten favorisierte Bereiche, in die die Kugel 10 bis 20 Prozent häufiger rolle.

Da diese Spieler durch Aufzeichnen der Favoriten ständig gegen die Bank gewinnen würden, manipulierten die Spielbanken zu ihren Gunsten, behauptet der Rechtsanwalt. So würden sie die Roulettmaschinen in den Tischen ständig miteinander und mit Reservemaschinen austauschen, verdrehten sie über Nacht die Zahlenkränze oder das Drehkreuz, oder tauschten die Kessel sogar von Spielbank zu Spielbank aus, um Berufsspieler zu verwirren.

Die wirklichen Experten unter den Spielbankkunden würden die einzelnen Roulettmaschinen aber sofort erkennen, so wie normale Menschen ihr Auto von anderen der gleichen Marke und Farbe unterscheiden könnten. Wenn die Spielbanken aber erkennen würden, daß sie einem Spieler nicht gewachsen seien, setzten sie ihn einfach auf eine schwarze Liste, die sie sogar international austauschten. Nach geltenden Gesetzen können die Spielbanken nämlich einem Kunden ohne Angabe von Gründen den Zutritt zu ihrem Kasino verweigern.

Sein jetzt wegen Betrugs angeklagter Mandant habe den Ermittlungsbehörden beispielsweise angeboten, in ihrem Beisein am Roulett-Tisch zu gewinnen, worauf aber bislang nicht eingegangen worden sei. Nach Aufkommen des ersten Verdachts einer Manipulation in der Spielbank Bad Wiessee seien im übrigen alle deutschen Roulettmaschinen überprüft worden. Dabei habe man „verheerende Zustände", von lockeren Stegen bis zu rostigen Kugellagern, gefunden. Trotz Beseitigung einiger dieser Mängel habe sich in der Zwischenzeit an der Ungenauigkeit der Roulett-Tische wenig geändert; schon weil sie nach wie vor in Modellbauweise hergestellt würden. Die Spielbanken seien also immer noch gezwungen zu Ungunsten ihrer Kunden zu manipulieren, was den Spielbankbesuchern nach Meinung des Rechtsanwalts vor Betreten eines Kasinos offen eingestanden werden sollte.

Der jetzt in U-Haft sitzende 62jährige Vladimir G., der ganze Scharen von Spielern beschäftigt haben soll, die peinlich genau aufzeichneten, welche Zahlen an welchen Roulett-Tischen wie oft fielen, wird allerdings beschuldigt, dem „Glück" noch auf andere Weise etwas nachgeholfen zu haben. So fand die Polizei in seiner Grünwalder Villa auch 260 Stege und Leim von der Art, wie er beim Austauschen einiger Stege in Bad Wiessee verwendet worden ist.

Zyankali-Pest am Atlantik befürchtet

AFP, **Bayonne**

An den französischen Atlantikstränden werden weiterhin Behälter mit hochgefährlichem Zyankali angeschwemmt, die aus Fabriken aus dem baskischen Überschwemmungsgebiet auf spanischer Seite stammen. Bis gestern waren unter dem Strandgut von offizieller Seite 20 solcher Fässer gezählt worden. Bei Flut wurden mit verschiedensten Trümmern, Tierleichen und Möbelresten immer neue Behälter mit dem Totenkopf-Zeichen angespült. Da eine Reihe von ihnen an den Felsriffen vor der Küste zerschellte, sieht man jetzt eine ernste Gefahr der Verseuchung des Meerwassers mit dem hochgiftigen Zyankali. Die französische Baskenküste blieb auch gestern für Badende gesperrt. In mehreren Orten wurde auch der Zugang zu den Stränden aus Sicherheitsgründen untersagt.

Die spanische Zeitung „El Pais" berichtete gestern, insgesamt 240 Zyankali-Fässer seien bei dem Hochwasser im Raum Bilbao von den Fluten weggeschwemmt und erst 40 von ihnen wiedergefunden worden. In Bilbao heißt es inzwischen, daß die Umweltkatastrophe in der spanischen Provinz Biskaya 26 000 Arbeitsplätze vernichtet hat. Zahlreiche Unternehmen sähen sich aufgrund der Verluste außerstande, ihre Fabriktore wieder zu öffnen. Die Zahl der Toten wird offiziell mit 46 angegeben. Mindestens ebenso viele Menschen werden noch vermißt.

Meuterei im Gefängnis

AFP, **Hominy**

Eine Häftlingsmeuterei in einem Gefängnis der Kleinstadt Hominy (US-Bundesstaat Oklahoma) hat ein Todesopfer und 23 Verletzte gefordert. Über die Umstände des Todesfalles wurde nichts bekannt. 130 Häftlinge hielten sich gestern noch in einem Trakt verschanzt.

Großfeuer in Raffinerie

AFP, **London**

Ein Großfeuer in einer britischen Raffinerie im walisischen Dyfed hält seit Dienstag nachmittag 120 Feuerwehrleute in Atem. Die Flammen sind noch im Umkreis von mehreren Kilometern zu sehen. Nach Angaben des Unternehmens geriet ein mit 45 Millionen Litern Rohöl gefüllter Tank aus bisher noch nicht geklärten Gründen in Brand. Die umliegenden Anwohner wurden evakuiert.

Gedenk-Fahne

AP, **Chamonix**

Drei polnische Bergsteiger haben gestern zum dritten Jahrestag der Unterzeichnung der Danziger Abkommen die Fahne der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" auf Europas höchstem Berg, dem Montblanc, gehißt. Die Fahne war auch vom Fuß des Berges kurz zu sehen, als der Nebel aufriß.

Elefanten-Massaker

AFP, **Harara**

Zur Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts sind in dem zimbabwischen Wankie-Nationalpark 4000 Elefanten zum Abschuß freigegeben worden. Der Park, in dem zur Zeit etwa 22 000 Elefanten leben, ist von der im südlichen Afrika herrschenden Trockenheit stark in Mitleidenschaft gezogen. Man befürchtet, daß der Nahrungsmangel ohne die Abschüsse für viel mehr Tiere den sicheren Tod bedeuten würde.

LEUTE HEUTE

Gefährlicher Abfall

Auf dem der englischen Prinzessin **Anne** gehörenden Gutshof Gatcombe Park in Westengland ist gefährlicher Asbestabfall entdeckt worden. Eine Sprecherin des Buckingham Palastes erklärte, der Abfall sei dem Straßenbelag des Hauptzufahrtswegs beigemischt. Inzwischen gilt als sicher, daß in der Luft schwebende Asbestfasern, wenn sie eingeatmet werden, schwere Lungenschäden und sogar Krebs verursachen können.

Zu spät

Cynthia Lennon (42), die erste Ehefrau des im Dezember 1980 in New York ermordeten Ex-Beatles John Lennon, ist mit ihrer dritten Ehe ge-



scheitert. Diesmal liefert Cynthia den neuen Scheidungsgrund allerdings selber: Sie hat ihrer besten Freundin den Ehemann weggenommen – den bärtigen Briten **Jim Christie** (40). Ehefrau **Margaret Christie** sagte jetzt: „Ich habe alles viel zu spät gemerkt."

In Wien geht's um den Berg

Gedenkmesse des Papstes läßt alten Streit aufflammen

KURT POLLAK, **Wien**

Papst Johannes Paul II., der während seines Österreich-Aufenthaltes vom 10. bis 13. September auch in der polnischen Kirche auf dem Wiener Kahlenberg mit einem Gebet des 300. Jahrestages der Befreiung Wiens von den Türken durch seinen Landsmann, den Polenkönig Johann Sobieski, gedenken wird, wird damit wahrscheinlich Opfer einer Geschichtsfälschung. Denn auch die 1679 errichtete St.-Leopolds-Kirche auf dem benachbarten Leopoldsberg nimmt für sich in Anspruch, Ausgangspunkt für das Entsatzheer gewesen zu sein, das mit seinem Sturm von den Hängen des Leopoldsberges das christliche Abendland rettete.

Selbst Historiker waren bisher nicht imstande, einen schlüssigen Beweis dafür zu erbringen, von welchem der beiden Wiener „Hausberge" die christlichen Heerscharen zum Angriff ansetzten. Das „Durcheinander" entstand offenbar deshalb, weil der heutige Leopoldsberg damals noch Callenberg hieß und erst im Jahre 1693 auf Leopoldsberg „umgetauft" wurde. Auf einer Gedenktafel an der Außenfront der Leopoldskirche steht wörtlich: „An jenem Ort, wo nach Aussage von einheimischen und ortskundigen Zeugen ... die heilige Messe vor dem Sturm auf Wien gelesen wurde ..."

Hingegen bekundet eine Gedenktafel in der Polenkirche auf dem heutigen Kahlenberg, der damals „Sauberg" hieß, folgendes: „Von dieser Anhöhe zog am Morgen des 12. September 1683 Johann Sobieski, König von Polen, zum Entsatz nach Wien."

In der Kirche selbst wird ein Schriftstück aufbewahrt, in dem es heißt: „Diese Kirche ist der Ort, in der die historische Messe vor der Schlacht gegen die Türken am 12. 9. 1683 gelesen wurde. Darüber berichten Zeitgenossen ... König Sobieski ministrierte selbst die heilige Messe ..."

Die Weinbauern von Grinzing lassen sich wie üblich durch den Gelehrtenstreit ihre Planung nicht durcheinanderbringen. Sie ließen einen „Grinzing-Gulden" prägen, auf dem unter dem Bild des Papstes zu lesen steht: „Der Papst – ein Grinzinger." Diese Münze zum Nennwert von 43 Mark wurde, bei einer Auflage von 10 000 Stück, innerhalb weniger Tage zum Renner. Unter Sammlern wird sie bereits für das Vierfache gehandelt. In dem Weinort wird sie als offizielles Zahlungsmittel anerkannt. Die Münze wurde geprägt, weil die geschäftstüchtigen Grinzinger den Papst, wie viele andere Prominente dieser Welt, kurzerhand zum Ehrenbürger erklärt hatten.

Explosiver Nachlaß im Schreibtisch

In einem Tagebuch übt der von der Mafia ermordete Richter Chinnici Kritik an Kollegen

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Die Ermordung des palermischen Untersuchungsrichters Rocco Chinnici, der am 29. Juli vor seiner Wohnung Opfer eines Mafia-Sprengstoffattentats wurde, hat ein ebenso dramatisches wie unerwartetes Nachspiel. Seine Tochter fand im Schreibtisch des Richters ein Tagebuch mit Eintragungen, die nicht ohne Brisanz sind. Chinnici verzeichnete darin vier Jahre lang alles, was sein richterliches Gewissen belastete und was ihm gegen den Strich ging. Und das war eine Menge.

In seinem Tagebuch übt er schonungslose Kritik an mehreren seiner Kollegen, weil sie ihm bei seinem Kampf gegen die Mafia Unterstützung und Zusammenarbeit verweigerten oder nur in beschränktem Umfang zukommen ließen. Seine Tagebuchblätter sind eine bittere Anklage gegen Untersuchungsrichter und Staatsanwälte, die wegen politischer Freundschaften oder aus Mangel an Zivilcourage Beihilfe zu Vertuschungsmanövern geleistet hätten, anstatt die Mafia anzugehen.

Der explosive Nachlaß war in die Hände von Journalisten geraten und so zum Entsetzen der belasteten Gesetzesdiener der italienischen Öffentlichkeit bekanntgeworden. Unter den von Chinnici namentlich aufgeführten Juristen befinden sich etwa Generalstaatsanwalt Ugo Viola und mehrere prominente Staatsanwälte und Richter, die jetzt energisch gegen die „Indiskretionen" protestieren und die Authentizität des Tagebuchs in Zweifel ziehen. Alle berufen sich auf ihre berufliche Integrität.

Bemerkenswert dabei ist allerdings, daß Viola und die anderen von


Nur leise Zweifel an der Echtheit seines Tagebuchs: Rocco Chinnici. FOTO: AP

Chinnici belasteten Personen des Richterstandes bisher darauf verzichtet haben, den Rechtsweg gegen die Veröffentlichung zu beschreiten, sich vielmehr damit begnügen, ein Urteil der obersten Rechtsbehörde Italiens unter dem Vorsitz von Staatspräsident Pertini abzuwarten. Demnach scheinen sie doch nicht an der Echtheit des Tagebuchs zu zweifeln.

In Zusammenhang mit Chinnicis Ermordung ist auch der Hochkommissar für die Mafiabekämpfung in Sizilien, Präfekt Emanuelle De Francesco (62), in die Schußlinie geraten. Dem Nachfolger des von Mafiakillern erschossenen Generals Carlo Alberto Dalla Chiesa wird verschiedentlich Untätigkeit und Unfähigkeit vorgeworfen. Inzwischen wurden auch Rücktrittsforderungen laut. Der christdemokratische Senator Carlo Donat Cattin meinte voller Sarkasmus: „Ich habe den Eindruck, als ob der Hochkommissar für das, was er tut, in keiner Weise riskiert ermordet zu werden."

De Francesco wird vor allem angekreidet, nichts unternommen zu haben, um eine reibungslose Zusammenarbeit von Polizei, Karabinieri und Finanzpolizei zu sichern. Die große römische Wochenzeitung „L'Espresso" stellt fest: „Unter De Francesco hat der italienische Staat drei seiner besten Streiter im Kampf gegen die Mafia verloren, den Richter Ciaccio Montalto in Trapani, den Karabinieri-Kommandanten Mario D'Aleo in Monreale und zuletzt den leitenden Untersuchungsrichter in Palermo Rocco Chinnici."

ZU GUTER LETZT

„Wir machen höflichst darauf aufmerksam, daß die Fernsehempfänger entsprechend eingestellt werden müssen, bevor die Programme empfangen werden können." Aus einer Mitteilung der Bundespost über einen Spezialservice für Kabel-TV-Empfänger während der Funkausstellung.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Ein Hoch mit Schwerpunkt über Rußland schwächt sich ab. Die Kaltfront eines Nordmeertiefs greift später auf Mitteleuropa über.

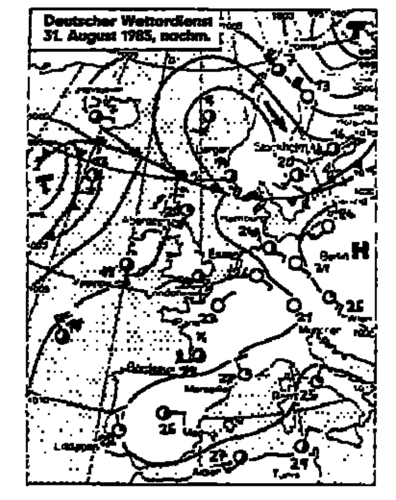
Vorhersage für Donnerstag:

Nordhälfte: Anfangs sonnig, im Tagesverlauf von Südwesten aufkommende Bewölkung und nachfolgend einzelne Schauer oder Gewitter. Tageshöchsttemperaturen um 26 Grad C, nachts auf 16 bis 12 Grad C. Meist schwacher Wind um Südwest, in Gewitternähe auffrischend.

Südhälfte: Stark bewölkt und örtlich Gewitter. Höchsttemperaturen um 23 Grad C. Nachts Tiefstwerte bei 15 Grad C. Schwacher, in Gewitternähe stark böiger Wind um Süd.

Weitere Aussichten:

Wolkig mit gelegentlichen Aufheiterungen, mäßig warm.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16 °C, ● bedeckt ... Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	25°	Kairo	30°
Bonn	26°	Kopenh.	18°
Dresden	24°	Las Palmas	24°
Essen	26°	London	17°
Frankfurt	24°	Madrid	25°
Hamburg	24°	Mailand	25°
List/Sylt	16°	Mallorca	30°
München	21°	Moskau	18°
Stuttgart	22°	Nizza	26°
Algier	27°	Oslo	21°
Amsterdam	22°	Paris	23°
Athen	25°	Prag	22°
Barcelona	26°	Rom	25°
Brüssel	22°	Stockholm	20°
Budapest	24°	Tel Aviv	32°
Bukarest	24°	Tunis	29°
Helsinki	16°	Wien	25°
Istanbul	24°	Zürich	21°

*Sonnenaufgang am Freitag: 6.35 Uhr, Untergang: 20.08 Uhr, Mondaufgang: –.– Uhr, Untergang: 17.27 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

„Napoleon" folgt „Grasmus"

hrk. **Berlin**

Auf den Bock einer blankgewienerten Kalesche schwingt sich heute der 46jährige Berliner Gardinen- und Tapetenhändler Harald Schewerda: Auf den Hufspuren des „Eisernen Gustav", der vor 55 Jahren an die Seine startete, will der Kaufmann mit dem Fernweh im Herzen als Botschafter Berlins nach Paris aufbrechen. Sein trabender Vierbeiner an der Deichsel hört auf den Namen „Napoleon". Bis zum 1. Oktober will die sechsbeinige Expedition aus Berlin die mehr als 1000 Kilometer lange Strecke bewältigen.

Der „Eiserne Harald" läßt seinen Abfahrts-Schnalzer dort ertönen, wo Berlin am berlinischsten ist – am Wedding. Die exakte Route seines berühmten Vorgängers Gustav Hartmann, der über Brandenburg, Magdeburg, Helmstedt und Braunschweig nach Frankreich trottete, kann der frühere Seemann nicht nachvollziehen: „Im letzten halben Jahrhundert haben sich die Straßenverhältnisse gründlich verändert."

Auch die Autobahn Berlin-Ruhrgebiet gab es damals noch nicht – und die „DDR" macht für „Napoleon" auch keine Ausnahme vom Transitabkommen, das keine Rösser erlaubt. Der Vierbeiner muß in einen Pferdetransporter, und die Kutsche wird zunächst in einen Lastwagen gehievt.

Eine große deutsche Privatbank tritt als finanzkräftiger Förderer des Fahrzeugs mit dem Hafermotor auf. Wo Schewerda in deutschen und französischen Städten die Bremskurbel dreht, bekommt er von den Stadtvätern einen Wimpel an die Kutsche geheftet. Wie sein Vorbild aus Hans Falladas unvergeßlichem Roman will der Nachfolger unterwegs ebenfalls Postkarten verkaufen, um reichlich Speis' und Trank für sich und seinen Weggefährten zu haben.

Zwar trägt Schewerda keinen stattlichen roten Kaiser-Wilhelm-Bart wie der Eiserne Gustav, aber eine schmucke Uniform will sich der Kaufmann aus der Schulstraße heute ebenfalls zuknöpfen. Er hofft, daß ihn die Franzosen auch 55 Jahre nach dem historischen Kutscher als einen Freund empfangen.

Wie damals – als der 69jährige Fuhrmann Hartmann am Fuße des Eiffelturms von der jubelnden Menge als „Kurier des Friedens" gefeiert wurde und sein Fuchswallach „Grasmus" eine Extraration Häcksel auf dem Pflaster von Paris mampfen durfte.

Viel Lärm um einen Leckerbissen

W. WILL, **Cape Canaveral**

Wenn es jemals eine umstrittene Fracht gegeben hat, die in den Weltraum befördert wurde, dann sind es die 260 000 Sonderumschläge, die sich derzeit an Bord der „Challenger" befinden. Sie werden sicherlich zu einem begehrten philatelistischen „Leckerbissen" und bald viel mehr wert sein als die 15,35 Dollar pro Stück, die sie nach der Landung kosten werden. Sowohl Nasa als auch US-Postverwaltung werden jeweils rund 780 000 Dollar Gewinn aus dem Verkauf dieser Sonderumschläge mit neuer Briefmarke und mehreren Sonderstempeln ziehen. Gerade deshalb aber sieht sich die Nasa derzeit massiven Vorwürfen aus der Öffentlichkeit ausgesetzt. Man erinnert an ein paar Männer vom Mond ...

Die Astronauten Al Worden, Dave Scott und Jim Irwin hatten im Juli 1971 etwa 400 Sonderumschläge an Bord ihrer Apollo-15-Kapsel geschmuggelt. Das war in Absprache mit Briefmarkenhändlern und ohne Genehmigung der Nasa geschehen. Ob es stimmt, daß jeder der Astronauten für diesen philatelistischen Sondereinsatz eine „Anzahlung" von 7000 Dollar in einen Fonds für Astronauten-Kinder erhielt, mag dahingestellt bleiben. Die Nasa und auch der US-Kongreß witterten einen „Skandal", als 99 dieser Apollo-15-Umschläge in Europa auftauchten und dort für 1500 Dollar das Stück gehandelt wurden – kürzlich erreichte ein solcher Umschlag beim Verkauf den Wert von 13 000 Dollar. Eine hochnotpeinliche Untersuchung aber blieb nicht ohne Folgen: Die drei „Schmuggler" wurden vom Dienst suspendiert und verloren später ihren Astronauten-Status. Rund 300 der Apollo-15-Sonderumschläge wurden beschlagnahmt und verschwanden in den Tresoren des Nationalarchivs Washington.

Dort blieben sie bis Juni dieses Jahres. Da nämlich traf die Nasa insgeheim die Entscheidung, die vor über einem Jahrzehnt beschlagnahmten Sonderumschläge den Ex-Apollo-Astronauten zurückzugeben. Das geschah also zu einem Zeitpunkt, da die Nasa bereits beschlossen hatte, den Weg offiziell zu machen. Aber die Hoffnung der Nasa, mit diesem Schritt eine Affäre zu beenden und einer neuen aus dem Wege zu gehen, ist inzwischen begraben.

Anfang dieses Jahres hatte Ex-Astronaut Al Worden die Nasa auf Rückgabe der ihm gehörenden Umschläge verklagt. Das Justizministerium, von der Nasa befragt, soll in einem Gutachten festgestellt haben, daß es seinerzeit keine rechtliche Handhabe gab, die Umschläge zu konfiszieren. Daraufhin streckte die Nasa „Friedensfühler" aus, es kam mit den drei Ex-Astronauten zu einer Einigung, die Rückgabe der beschlagnahmten Sonderumschläge wurde vorbereitet, die nach Angaben des Fachblattes „Stamp Collector" einen Gesamtwert von etwa vier Millionen Dollar haben dürften.

Die Nasa dafür wird jetzt immer heftiger attackiert. Der Philatelist Michael Morrill aus Oregon etwa stellt fest: „Die Nasa will mit ihrer Weltraumpostsendung jetzt alle Briefmarkensammler schröpfen." Von der „Abkehr von früheren Moralbegriffen" und „Profitsucht" ist bei Pressekonferenzen am Start-Kap auch die Rede gewesen.

Interessenten können jeweils einen solchen Umschlag unter Hinzufügen eines Schecks im Dollar-Wert von 15,35 Dollar ausschließlich schriftlich beantragen. Die Anschrift: Shuttle Fligth Folder, Philatelic Sales Division, Washington, D. C. 20265-9997. Berücksichtigt aber werden nur Briefe, die nicht vor dem Tage der Landung (5. September) der „Challenger" abgestempelt sind. (SAD)